

## **Working Paper 2/2015**

der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften

**Stefanie Hürtgen**

# **Das Konzept der strukturellen Heterogenität und die Analyse fragmentierter Wachstums- gesellschaften in Europa**

ISSN 2194-136X

Stefanie Hürtgen: Das Konzept der strukturellen Heterogenität und die Analyse fragmentierter Wachstumsgesellschaften in Europa. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 2/2015, Jena 2015.

## Impressum

© bei den AutorInnen

DFG-Kolleg-  
ForscherInnengruppe –  
Postwachstumsgesellschaften

Humboldtstraße 34  
07743 Jena

Internet:

[www.kolleg-postwachstum.de](http://www.kolleg-postwachstum.de)

Redaktion/Lektorat/Layout: Christine Schickert

[Christine.schickert@uni-jena.de](mailto:Christine.schickert@uni-jena.de)

Die DFG-KollegforscherInnengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ – kurz: „Kolleg Postwachstumsgesellschaften“ – setzt an der soziologischen Diagnose multipler gesellschaftlicher Umbruchs- und Krisenphänomene an, die in ihrer Gesamtheit das überkommene Wachstumsregime moderner Gesellschaften in Frage stellen. Die strukturellen Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne stehen heute selbst zur Disposition: Die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen bringt weltweit historisch neuartige Gefährdungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Reproduktion hervor. Einen Gegenstand in Veränderung – die moderne Wachstumsgesellschaft – vor Augen, zielt das Kolleg auf die Entwicklung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen und auf eine Praxis des kritischen Dialogs, mittels derer der übliche Rahmen hochgradig individualisierter oder aber projektförmig beschränkter Forschung überschritten werden kann. Fellows aus dem In- und Ausland suchen gemeinsam mit der Jenaer Kollegsgruppe nach einem Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse, um soziologische Expertise in jene gesellschaftliche Frage einzubringen, die nicht nur die europäische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren bewegen wird: Lassen sich moderne Gesellschaften auch anders stabilisieren als über wirtschaftliches Wachstum?

Stefanie Hürtgen

## Das Konzept der strukturellen Heterogenität und die Analyse fragmentierter Wachstumsgesellschaften in Europa

### *Zusammenfassung*

Nicht erst seit der Wirtschaftskrise verschärft sich in Europa die Problematik sozialer Ungleichheit und Exklusion. Bemerkenswerterweise findet dies jedoch kaum Eingang in den Postwachstumsdiskurs. Vielmehr wird – auch dort wo die neue soziale Frage immerhin Erwähnung findet – kategorial von hohen BIP-Zahlen auf ein allgemein hohes Konsumniveau (nationaler) Bevölkerungen geschlossen, um letzteres dann zu kritisieren. Der wachstumslogische Nationalismus des offiziellen Diskurses (Forderungen nach mehr nationalem Wachstum für mehr nationale Wohlfahrt) wird so nicht dekonstruiert, sondern oftmals nur unter negativem Vorzeichen fortgeführt. Hier wie dort bleibt nahezu vollends dethematisiert, dass in vielen europäischen Ländern massive Verarmung trotz hoher Wachstumsraten typisch ist. Das Papier argumentiert zweifach: Erstens wird anhand von ausgewählten Ländern der europäischen Peripherie mit hohen BIP-Steigerungen die Behauptung vom allgemeinen Konsumreichtum empirisch widerlegt und das außerordentliche Ausmaß an Verarmung und Exklusion eindrücklich beschrieben. Zweitens wird eine theoretische Konzeption erinnert und neu interpretiert, die eben jenes sich mittlerweile auch in Europa durchsetzende Wachstumsmodell auf Basis sozialer Fragmentierung, also interner ungleicher Entwicklung, zu fassen und zu kritisieren versucht: das Konzept der strukturellen Heterogenität.

### *Abstract*

Even before the current economic crisis, social inequality and exclusion have intensified across Europe. It is noteworthy that this development is rarely reflected in post-growth discourses. Instead - and even in discussions that at least mention the new social question - high GDP numbers are thought to be indicative of high consumption levels of national populations in general and this consumption is then criticized. This way, the nationalistic growth paradigm of the official discourse (demanding national growth for more national welfare) is not being deconstructed but instead often kept up but now in a negative sense. In both instances, it is not addressed that in many European countries massive impoverishment despite high growth rates constitutes a typical development. The paper makes a twofold argument: First, it empirically refutes the assertion that high GDP growth leads to generally high consumption levels by looking at selected countries from the European periphery and describing the extent of impoverishment and exclusion. Second, the paper reviews and reinterprets a theoretical concept that seeks to define and criticize this growth model based on social fragmentation (internal unequal development) which increasingly gains a foothold in Europe: the concept of structural heterogeneity.

### *Address of the Author*

Dr. Stefanie Hürtgen  
Institut für Sozialforschung  
Senckenberganlage 26  
60325 Frankfurt  
Email: [huertgen@soz.uni-frankfurt.de](mailto:huertgen@soz.uni-frankfurt.de)

## Inhalt

<b>0. Einleitung</b>	1
<b>1. Zur Notwendigkeit, den gängigen wachstumslogischen methodologischen Nationalismus begrifflich zu überwinden</b>	3
1.1 Die begriffliche Koinzidenz von Wachstum, allgemeiner Wohlfahrt und Entwicklung	3
1.2 Wachstumslogischer Nationalismus	4
1.3 Postwachstum und soziale Fragmentierung in Europa	6
1.4 Massenkonsum als historische Fundsache und (transnationales) Re-Scaling als permanente Dialektik von Landnahme und Landpreisgabe	9
1.5 Strukturellen Heterogenität als interne Ungleichheit verschärfender Wachstumstyp	11
<b>2. Empirische Befunde und offene Fragen: Wachstum und interne ungleiche Entwicklung in Mittelosteuropa (Polen/Ungarn) und Tunesien</b>	14
2.1 Mittelosteuropa als wachstumspolitische Erfolgsstory?	15
2.1.1 Die Geschichte von der wachstumspolitischen und sozialen Einbindung	15
2.1.2 Gegengeschichte I: Armut	17
2.1.3 Gegengeschichte II: Moderne Produktion und Niedriglohn	19
2.1.4 Gegengeschichte III-IV: Kathedralen in der Wüste und fragmentierte Lebensweisen	23
2.1.5 Gegengeschichte V: Debtfare, Migration und Subsistenz als notwendige Strategien zur Absicherung der eigenen Reproduktion	25
2.1.6 Zusammenfassung und Einordnung: Zur Notwendigkeit, in Mittelosteuropa interne ungleiche Entwicklung zu konzeptionalisieren	28
2.2 Tunesien als wachstumspolitischer Problemfall?	30
2.3 Zwischenbilanz: Wachstum und soziale Fragmentierung	36
<b>3. Das Konzept der „Dualisierung“ als Gegenbegriff zur idealtypischen Konstruktion effizienter Marktwirtschaften und wohlfahrtsstaatlicher Durchkapitalisierung</b>	38
<b>4. Das Konzept der „strukturellen Heterogenität“ als kapitalismuskritische Wendung der Dualisierungs-Debatte</b>	43
4.1 Entwicklungslogische Befangenheiten	43
4.2 Aktualisierung des Konzepts „strukturelle Heterogenität“: Transnationalisierung, Multiscalarität und Reproduktion	47
4.2.1 Darstellungsperspektiven I: Transnationalisierung und Multiscalarität	47
4.2.2 Darstellungsperspektive II: Der Analysefokus soziale und ökologische Reproduktion	49
4.3 Strukturelle Heterogenität revisited	50
4.3.1 Dependenz als transnationale und multiscalare Zentrum-Peripherie-Konzeption	50
4.3.2 Die moderne Hervorbringung der vermeintlich „traditionellen“ Sektoren	55
4.3.3 Die transnationale ökonomische und soziale Einbindung der „modernen“ Sektoren	56
4.3.4 Die Herausbildung eines Weltmarktes für industrielle Arbeitskräfte als Kombination von „High-Tech und Niedriglohn“	58
4.3.5 „Städtische Subsistenz“ und industrieller Niedriglohn	61
4.4 Zusammenfassung: strukturelle Heterogenität und fragmentierte Wachstumsgesellschaften	64
<b>5. Zusammenfassung und Ausblick: Wachstum und Fragmentierung in transnationaler Perspektive</b>	65
<b>6. Literatur</b>	70

## 0. Einleitung

Das folgende Papier setzt sich theoretisch und empirisch mit einem Konzept auseinander, das die *systematische Nichtpassung von ökonomischem Wachstum und sozialer Inklusion* adressiert, also ein begriffliches Instrument zur Analyse von *interner ungleicher Entwicklung* darstellt. Das fragliche Konzept, die sog. „strukturelle Heterogenität“, das seinerzeit als kritische Reaktion auf den eher in der Mainstream-Wissenschaft verankerten Begriff der „Dualisierung“ von Ökonomien und Gesellschaften entwickelt worden war, zielt auf den begrifflichen Zusammenhang zwischen Prozessen sozio-ökonomischer Fragmentierung bei gleichzeitigem Wachstum, es analysiert *fragmentierte Wachstumsgesellschaften*.

Das Konzept der strukturellen Heterogenität entstand – wie ausführlich dargelegt werden wird – in der Entwicklungstheorie und fungierte bis zum weitgehenden Abebben der Diskussionen Anfang der 90er Jahre als vorrangiges Kennzeichen von sog. Unterentwicklung. Vereinfacht gesagt: fragmentierte, d.h. strukturell heterogene Gesellschaften schienen einzig solche des Globalen Südens zu sein. *Das Ziel der im Papier entwickelten theoretischen Erinnerung und Würdigung ist es, die theoretische Anschlussfähigkeit und Verallgemeinerbarkeit in Bezug auf aktuelle Entwicklungen insbesondere auch im Globalen Norden herauszuarbeiten. Auf diese Weise soll eine analytische Herangehensweise gestärkt werden, die das, was ich mit „wachstumlogischem Nationalismus“ bezeichne, überwindet zugunsten einer transnationalen (und damit notwendig auch interne ungleiche Entwicklung berücksichtigenden) begrifflichen Zugangsweise zur Analyse aktueller Wachstumsgesellschaften, auch und gerade in Europa.*

Auch im Globalen Norden, so die Ausgangsthese, macht es spätestens seit dem Ende des Nachkriegs-Wohlfahrtskapitalismus immer weniger Sinn, von sozial weitgehend homogenen Gesellschaften auszugehen, die dann als nationale und regionale Einheiten anderen Ländern und Kontinenten gegenübergestellt werden. Anders formuliert: auch im Globalen Norden kann nicht länger von ökonomischem Wachstum auf allgemeine (produktions- und konsumtionslogische) Sozialintegration geschlossen werden. Darauf verweist eine umfangreiche Debatte zu hiesigen Polarisierungs- und Exklusionsprozessen.

Bislang allerdings gehen Fragen der internen ungleichen Entwicklung kaum in die Diskussion und (notwendige) Problematisierung von Wachstum und Wachstumsgesellschaften ein, Wachstums- und Konsumkritik werden vielmehr nach wie vor anhand von dann containerhaft erscheinenden Lebensweisen und Bevölkerungen formuliert. Dieser analytisch wie politisch höchst problematischen Leerstelle soll das aus heutiger Sicht rekapitulierte und damit notwendig in einer bestimmten Lesart interpretierte Konzept der strukturellen Heterogenität entgegengesetzt werden und mit seiner Hilfe eine theoretische Herangehensweise der Transnationalität, Multiscalarität und der – ganz im Sinne der Degrowth-Debatte ebenfalls für notwendig erachteten – reproduktionstheoretischen Betrachtung gegenwärtiger Gesellschaften entfaltet werden. All diese Ebenen sind, wie ich zeigen werde, auf höchst anschlussfähige Weise im Konzept der strukturellen Heterogenität enthalten.

Das vorliegende Papier versteht sich also als Beitrag zu einer notwendigen Begriffsarbeit, die soziale Exklusion trotz Wachstum zu fassen versucht und so die bis dato vorherrschende konzeptionelle Unterstellung der (Fort-)Existenz eines Modells wachstumsbasierter sozialer Inklusion angreift. Ich werde dabei einen wesentlichen Teil der Argumentation zur Sinnhaftigkeit des Konzepts auf arbeits- und

industriesoziologischer Ebene formulieren (und zwar in einem weiten, auch reproduktionstheoretische Perspektiven einschließenden Arbeitsbegriff), nicht zuletzt auch deshalb, weil ich in den letzten Jahren vor allem in diesen Feldern gearbeitet habe. Wie allerdings in der Darstellung insgesamt und bei der Zusammenfassung der damaligen Diskussion deutlich werden wird, ist das Konzept der strukturellen Heterogenität in hohem Maße interdisziplinär angelegt: In der damaligen breiten Debatte gab es politikwissenschaftliche, ökonomische und polit-ökonomische, feministische und andere Einsätze. Das bedeutet auch: das Konzept der strukturellen Heterogenität ist anschlussfähig nicht nur an ökonomische und arbeitstheoretische, sondern auch an Debatten um Veränderungen von Wohlfahrtsstaatlichkeit, (postdemokratische) Politikentwicklungen, Lebensstile u.a. Es stellt in seiner theoretischen Grundlegung von Fragmentierung insbesondere eine aus meiner Sicht äußerst fruchtbare Verbindung her zu Debatten in der Humangeographie bzw. „radical geography“ (vgl. Belina/Michel 2007), die schon länger und man möchte sagen: begrifflich schon weit entwickelter die Frage der innergesellschaftlichen sozialen Spaltung und Fragmentierung gesellschaftstheoretisch am Wickel, und dabei auch interessante Begrifflichkeiten entwickelt haben („innere Peripherie“, „dual cities“, aber auch: Landnahme/Landpreisgabe bei David Harvey u.a.).

Der Hinweis auf meine eigene Forschung bedeutet auch: Das vorliegende Papier ist nicht allein eine theoretisch-konzeptionelle Abhandlung. Anlass für eine tiefere Auseinandersetzung mit dem entwicklungstheoretischen Heterogenitätskonzept waren und sind für mich eigene Forschungsbefunde, Erfahrungen und Wahrnehmungen, die sich immer stärker in Widerspruch zu offiziellen, aber wie angedeutet auch zu einem Großteil der kritischen Diskussionen bewegten und bewegen. Forschungen und Recherchen in verschiedenen westeuropäischen (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) und europa-nahen Ländern (Tunesien, Ukraine), insbesondere aber in den sog. Transformationsländern Mittelosteuropas (Polen, Ungarn, Rumänien, Estland; vgl. Hürtgen 2003a; Hürtgen 2003b; Hürtgen 2005; Hürtgen 2007; Hürtgen 2008; Hürtgen u.a. 2009; in gewisser Weise auch Hürtgen/Voswinkel 2014) stellen den Hintergrund der hier vorgestellten Überlegungen dar. Ein Teil dieser Forschungsergebnisse wird im ersten Teil genauer vorgestellt, nicht zuletzt, um zu verdeutlichen, weshalb ich die hier angerissene Fragestellung nach systematischer Fragmentierung trotz Wachstum für so relevant erachte.

Zum Aufbau des Papiers: In *Kapitel 1* werden Ausgangsüberlegungen zum konzeptionell gemeinhin unterstellten Zusammenhang von (nationaler) Wachstums- und Wohlfahrtsentwicklung vorgestellt, sowie Überlegungen zur notwendigen Überwindung dieser Herangehensweise, die sich im Anschluss an entsprechende Debatten als „wachstumslogischer Nationalismus“ bezeichnen lässt. In *Kapitel 2* folgt die Darstellung zentraler empirischer Ergebnisse zu Forschungen in zwei Regionen bzw. drei Ländern Europas: Mittelosteuropa (bei vorrangiger Betrachtung von Polen und Ungarn) und Tunesien. Diese Regionen bzw. Länder stehen für umfangreiche politische, ökonomische und soziale Transformationsprozesse, die – was im Fall Tunesien vermutlich weniger bekannt ist – insbesondere in ihrer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik stark auf Europa und die EU ausgerichtet sind und gemeinhin als erfolgreich gelten, weil sie (starkes) Wachstum generieren. Anders aber, als unterstellt, generiert dieses Wachstum keine allgemeine Wohlfahrt, sondern bringt – wie ich anhand der Empirie skizzieren will – ökonomisch und sozial zutiefst fragmentierte Gesellschaften hervor und damit insbesondere auch eine

allerdings zwangsweise Ausweitung dessen, was die wachstumskritische Diskussion zur Zeit als Alternative zu industrieller Produktionssteigerung konzipiert: Subsistenzproduktion.

Im *Kapitel 3* befaße ich mich mit einer zentralen Mainstream-Erklärung von gesellschaftlicher Fragmentierung, dem Ansatz der „Dualisierung“, wonach in letzter Instanz traditionelle, damit zugleich auch arme und auf Subsistenz angewiesene Sektoren und Lebensweisen diejenigen sind, die noch nicht in die allegemeine Wachstumslogik inkorpiert wurden. In *Kapitel 4* stelle ich zunächst ausführlich das Konzept der „strukturellen Heterogenität“ vor, das seinerseits als Kritik an der zuvor skizzierten Mainstream-orientierten Konzeption der „Dualisierung“ entstand. Dabei zeichne ich in Unterkapitel 4.2. zuerst die auch in der kritischen Diskussion vorherrschende Befangenheit in einer entwicklungs- und wachstumslogischen Ausrichtung nach. Dann aber lege ich den Schwerpunkt der Darstellung auf die (oft über das explizite Selbstverständnis hinausgehenden) zur Analyse fragmentierter Wachstumsgesellschaften hochaktuellen und innovativen Anschlussmöglichkeiten des Konzepts. Hier arbeite ich insbesondere seine genuin transnationale Perspektive, seine – damit verbundene – multiskalare Herangehensweise und seine reproduktionstheoretische, vermeintlich „traditionelle“ Subsistenz als modernes Pendant von sozialer Exklusion konzipierende Zugangsweise heraus.

Im *Kapitel 5* fasse ich die Ergebnisse zusammen und versuche, einen Ausblick zu formulieren.

## **1. Zur Notwendigkeit, den gängigen wachstumslogischen methodologischen Nationalismus begrifflich zu überwinden**

### **1.1 Die begriffliche Koinzidenz von Wachstum, allgemeiner Wohlfahrt und Entwicklung**

Der Begriff des „Wachstums“ wurde von (westlichen) Regierungen, Think-Tanks, Entwicklungsorganisationen und WissenschaftlerInnen in der Nachkriegszeit in einem durchaus umkämpften transnationalen Diskurs als vorherrschende Norm etabliert und in seiner heute wohl geläufigsten Form der Messung als Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fixiert (Schmelzer 2014). In Auseinandersetzungen vor allem zu Beginn der 50er Jahre wurden dabei einerseits folgenreiche begriffliche Externalisierungen vorgenommen: namentlich Fragen der Ökologie, der Naturverhaftetheit des Menschen und von „privater“ Reproduktionsarbeit wurden aus diesen Vorstellungen von Wachstum weitgehend ausgeklammert. Allerdings erfolgte gleichzeitig auch eine paradigmatische *Zusammenführung*: „Wachstum“ bzw. BIP markieren sowohl Tätigkeiten der (profitorientierten und staatlichen) Investition wie auch des Konsums. Genauer: der Begriff „Wachstum“ unterstellt in seiner normativen Ausrichtung, dass „mehr“ Investitionen zu „mehr“ Konsum führen; er kann aufgrund dieser Zusammenführung eine Koinzidenz behaupten zwischen den unterschiedlichen Dimensionen *gesellschaftlicher* Wohlfahrt und privatkapitalistisch ausgerichter Investitionstätigkeiten. „Wachstum“ ist konzeptionell explizit nicht mehr nur privatwirtschaftlicher Selbstzweck, sondern umfasst theoretisch immer auch seine (relative) soziale Verallgemeinerung (die in den Nachkriegsgesellschaften beispielsweise mit Vorstellungen von Modernität, Lebensqualität, Entwicklung und Prosperität bedacht wurden; vgl. ebd.). Der Wachstumsbegriff führt soziales Wohlergehen und (privat-)wirtschaftliche

Profitabilität zusammen, das eine ist unmittelbare Voraussetzung, aber auch selbst Indikator für das andere.

In dieser Gestalt ist der Wachstumsbegriff sehr mit dem Entwicklungsbegriff verbunden. Auch Entwicklung behauptet einen *Zusammenhang* von im unmittelbaren Sinne ökonomischer (produktiver, technologischer usw.) und sozialer „Modernisierung“, verstanden als fundamentale Verbesserung sozialer Lebensverhältnisse. „Wachstum, Industrialisierung und Wohlstandssteigerung“, so Ulrich Menzel (2010: 6), bilden hiernach eine kaum hintergehbare Einheit, auf der dann die Entwicklung von „Fertigkeiten und Fähigkeiten der Akteure“ aufbaut (ebd.). Die Begriffe *Wachstum* und *Entwicklung* können mithin als Pole eines vorherrschend als unauflösbar verstandenen Zusammenhangs aufgefasst werden: Wachstum meint nie nur wirtschaftliche Profitsteigerung, auch wenn diese im Begriff mit einer gewissen Stärke konnotiert wird – und Entwicklung meint die umfassend vorgestellte progressive Vorwärtsbewegung von Leben und Wohlstand, die auf „Wachstum“ basiert und zugleich selbst auch dessen Bestandteil ist (über Konsum, Verstädterung, Infrastruktur usw.). Entscheidend ist hier beide Male der *Nexus*, die (scheinbar) unauflösbare Verbindung zwischen wirtschaftlichem wie sozialem Wohlergehen, zwischen dem wesentlich von Einzelkapitalen vorangetriebenen „Akkumulationsimperativ“ (Kößler 1998) und sozialem, nicht allein konsumtivem Wohlstand.

Dieser konzeptionelle *Nexus* der Logiken privatwirtschaftlicher Profitabilität und gesellschaftlichen Wohlstands wurde insbesondere in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts (und wesentlich im Kontext des sog. Kalten Krieges) theoretisch expliziert und fixiert: in wachstums- und entwicklungstheoretischen Vorstellungen einer weltweiten *stufenförmigen Entwicklung* mit der Zielgröße einer „reifen“ industriellen Gesellschaft, deren sozialer Wohlstand über einen starken, die notwendige moderne Infrastruktur bereitstellenden Staat ermöglicht und schließlich in Form von Massenkonsum proportional zur Produktion realisiert würde:

„Es ist möglich, die wirtschaftliche Lage jeder Gesellschaft mit einem der fünf Wachstumsstadien zu charakterisieren: der traditionellen Gesellschaft, der Anlaufperiode, in der die Voraussetzungen für den Beginn des Wachstums gelegt werden, der Periode des wirtschaftlichen Aufstiegs, der Entwicklung zum Reifestadium, dem Zeitalter des Massenkonsums“ (Rostow 1960: 19).<sup>1</sup>

## 1.2 Wachstumslogischer Nationalismus

Diese behauptete Koinzidenz zwischen privatwirtschaftlichem (Profit-)Streben und allgemeiner Wohlfahrt, wesentlich in Form von (sich steigerndem) Massenkonsum, ist in den öffentlichen Diskursen vorherrschend und maßgeblich. Wachstum „schafft“ da nicht nur Arbeitsplätze, sondern erscheint als unhintergehbare Grundlage für gesellschaftliches Wohlergehen überhaupt:

„Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum

---

<sup>1</sup> Der „Aufstieg der Lohnarbeit“, also die „Inklusion“ breiter, vormals typischerweise verarmter und sozial wie institutionell nicht anerkannter Bevölkerungsschichten, wurde selbstredend auch in der Soziologie und durchaus ebenfalls mit entwicklungslogischem Impetus konzipiert, beispielsweise und prominent als „Verbürgerlichung“ der Arbeiter (vgl. Touraine 1972; als kritischer Überblick: Mahnkopf 1985).

Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für die Schwachen und – am wichtigsten – Vertrauen bei den Menschen.“ (Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 10. November 2009)

„Jeder, der für seine Bevölkerung Wohlstand sicherstellen will, braucht Wachstum und Innovationsfähigkeit und muss sich damit weltweit in einem fairen Wettbewerb beweisen.“ (Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 09. April 2014)

Die unterstellte Koinzidenz von Wachstum und (konsumtivem) Massenwohlstand führt in der Konsequenz zu einer Betrachtungsweise, die mittlerweile weit über die Migrationssoziologie hinaus als „Container-Theorie“ und als „methodologischer Nationalismus“ kritisiert wird (Wimmer/Glick Schiller 2001; Pries 2008; Amelina u.a. 2012). Diese Bezeichnungen greifen die umstandslose Voraussetzung einer nationalen Ebene von Vergesellschaftung, und also jeweils national-verfasste Bevölkerungen, als nicht weiter zu hinterfragende Grundeinheit von sozialwissenschaftlichen Analysen an und insistieren auf die Notwendigkeit, transnationale Formen von Vergesellschaftung mit in den Fokus zu nehmen<sup>2</sup>.

Eine solche, den Nationalstaat als „Container“ konzipierende Herangehensweise finden wir wissenschaftlich und politisch auch in Bezug auf Wachstum und Wohlstand<sup>3</sup>: Durchaus wider bessere empirische Daten scheint die Wachstumsrate eines beliebigen Landes ein (zumindest potenzielles) Wohlstandsniveau „seiner“ Bevölkerung zu deklarieren. Aufbauend auf national aggregierten Daten wie BIP, Einkommenentwicklung usw. werden beispielsweise aktuelle Meldungen, Griechenland erziele wieder ein Wirtschaftswachstum (Wochenzeitschrift DIE ZEIT vom 01. August 2014), als wachsende Wohlfahrt „der Griechen“ (ebd.) interpretiert. Nachrichten zu „Deutschland als Krisengewinner“ erfolgen mit Verweis auf relativ hohe Wachstums- und BIP-Raten, immer eine „deutsche Bevölkerung“ einschließend, die als immanenter Bestandteil des wirtschaftlichen „Gewinnens“ (beispielsweise von Exportmärkten) erscheint (vgl. kritisch Prokla 166 in 2012; Lehndorff 2014). In Bezug auf Deutschland mündet dieser *wachstumsbezogene methodologische Nationalismus* darin, ein entwicklungslogisches Selbst- und Fremdbild aufrecht zu erhalten, das *erstens* in politisch immer aggressiverer Weise zum austeritätspolitischen Vorbild und zur Legitimation workfare-politischer Maßnahmen im Charakter der Schröderschen Agenda 2010 in vielen europäischen Ländern avanciert (von Frankreich bis Slowenien) – und das *zweitens* konzeptionell auch von progressiv-wachstumskritischer Seite als (wenn auch grundsätzlich abzulehnendes) Erfolgsmodell unterstellt bleibt.

Doch die Kreation „nationaler Stories“ ist nicht auf Griechenland und Deutschland beschränkt, sondern die typische Form der Erzählung über die vermeintlich stattfindende Entwicklung in allen Ländern: Je

---

<sup>2</sup> Spricht man davon, dass der Nationalstaat nicht länger unhinterfragt zum analytischen Ausgangspunkt gemacht werden kann, wird die damit gleichzeitig gemachte Aussage: dass Nationalstaaten nach wie vor *eine* zentrale Ebene von Vergesellschaftung darstellen, oft „überhört“. Es löse sich ja – so ein häufiger Einwand – nicht alles in wohlfeilem Kosmopolitismus auf! In der Tat ist dies innerhalb der Transnationalisierungsdebatte nicht ganz eindeutig: Ulrich Beck setzt auf Kosmopolitismus als Norm und Entwicklungsrichtung (vgl. Beck/Grande 2004), während KlassikerInnen der Kritik am methodologischen Nationalismus immer wieder das fortbestehende Gewicht der nationalen Vergesellschaftungsebene betonen, sie allerdings nicht als exklusive und vor allem nicht als theoretisch schlicht vorausgesetzte fungieren dürfe: „The goal of [our, SH] critique has not been to negate the significance of the nation-state but to ensure that the nation-states are not the exclusive framework of study and analysis but one of several possible social contexts within which to empirically analyze social relations, institutions, cultures, spaces and ethnicities and histories“ (Amelina u.a. 2012: 2). Insbesondere in Anschluss an die hier immer wieder auch stark gemachte Debatte in der Humangeographie wird in diesem Papier die zweite Interpretation von Überwindung des methodologischen Nationalismus vertreten, die eigentliche transnationale, insofern sie notwendig auf den verschiedenen (stets neu fragmentierten) Scales argumentieren muss (vgl. Smith 2004; Swyngedouw 2004).

<sup>3</sup> Und damit auch in Bezug auf „Entwicklung“; vgl. z.B. den Überblick von Daniel Kumitz (2004) und den Versuch kritischer Neujustierung gegen nationale Containerisierung von Gerhard Hauck (2012).

nach europäischer Großwetterlage und ökonomisch wie politisch-institutionalisierten Ratings erschien beispielsweise Irland lange Zeit als „keltischer Tiger“, wird zwischendrin zum Problemfall, um dann wiederum eine „Erfolgsstory“ zu repräsentieren (kritisch: Nolan 2008), ähnlich ergeht es Großbritannien (vgl. Krätke 2014). Mit vermeintlichen Erfolgsstories setzen sich aber vor allem auch kritische WissenschaftlerInnen aus Osteuropa auseinander, beispielsweise aus Litauen (Martinsone 2014), aus Ungarn (Balogh 2014) u.a., die nach eigenem Bekunden ihre soziale Realität im Land nicht mehr mit dessen offizieller Darstellung in Einklang bringen können. In all diesen Fällen werden aggregierte ökonomische Wachstumszahlen präsentiert und mit der vermeintlichen Entwicklung allgemeiner Wohlfahrt in Form von Konsum- und Lebensstandard der jeweiligen nationalen Bevölkerung kurzgeschlossen. Oder es werden umgekehrt „soziale und wirtschaftliche Probleme [...] zu nationalen Problemen erklärt“, während „soziale Gegensätze *innerhalb* der Nationalstaaten und nicht *zwischen* ihnen“ ausgeblendet bleiben (Lehndorff 2014b: 31; Hvh. i.O.).

### 1.3 Postwachstum und soziale Fragmentierung in Europa

Spätestens mit der Wirtschaftskrise 2008ff. geriet die zunehmende soziale Fragmentierung verstärkt in den Fokus wissenschaftlicher und politischer Debatten. Im Zentrum stehen dabei zum einen die sog. „europäischen Krisenländer“ wie Griechenland und Spanien, wo große Bevölkerungsgruppen mit sinkenden Einkommen konfrontiert sind, die öffentliche Infrastruktur (beispielsweise die medizinische Versorgung) dramatisch zurückgefahren wird und eine bis zur Krise kaum vorstellbar hohe Jugendarbeitslosigkeit besteht (Eurofound 2014). Doch auch für die „kontinentalen Kernländer“ Europas, namentlich Deutschland und Frankreich, werden auf unterschiedlichen Ebenen systematische Desintegrationsprozesse festgestellt: arbeitspolitisch als nicht zuletzt institutionell forcierte Spaltung von „Kern-“ und „Randbelegschaften“ (Dörre 2011; Bahl/Staab 2012; Hassel 2011; Pallier/Thelen 2010; Emmenegger u.a. 2012; kritisch zum hierbei häufig gebrauchten Begriff der Dualisierung: Holst 2012), regional als das „Abhängen“ bzw. die „Peripherisierung“ von Regionen (Nolte 1992; Jany-Catrice/Lallement 2014: 170ff.; Bartelheimer u.a. 2006; Willisich 2012; Eckardt 2002; Balogh 2014), als Spaltung innerhalb von Regionen (Belina/Bock 2012), soziologisch als Kreation von sozialer „Überflüssigkeit“ bzw. von Exklusion (Kronauer 2002; Bude/Willisich 2006), in der sog. Europasozilogie als „nationale soziale Desintegration“ (Münch 2008), in der Sozialstaatsforschung als wachsende gesellschaftliche Spaltung und Ungleichheit (Lessenich/Nullmeier 2006, Butterwegge 2012) – und schließlich in den subjektiven Einstellungen als teilweise massive Abgrenzung und Feststellung, in unterschiedlichen „Welten“ zu leben (Holst/Matuschek 2013; Dörre 2013; Hürtgen/Voswinkel 2014), bis hin zum Prozess der „gegenseitigen Vergleichgültigung“ im Kontext immer weiter auseinanderdriftender Lebensrealitäten (Bude 2012). Fragmentierung, Polarisierung, Spaltung werden so mittlerweile als zentrale Vergesellschaftungsdynamiken auch und gerade in Europa identifiziert (Dörre/Jürgens/Matuschek 2014; Lehndorff 2014b) – und damit in einer Region, die in ihrer medialen

Selbstdarstellung nach wie vor als Repräsentantin des reichen „Globalen Nordens“<sup>4</sup>, eines relativ stabilen (wenn auch kritikablen) und funktionstüchtigen Wachstums- und Wohlfahrtsmodells erscheint.

Allerdings: diese zahlreichen Befunde systematischer gesellschaftlicher Fragmentierung gehen bislang kaum in die Diskussion über das generelle *Wachstumsmodell Europa* ein – auch nicht in dessen Kritik von Seiten der Diskussionen um Postwachstum bzw. Degrowth. Soziale Fragmentierung und Spaltung ist zwar im kritischen Wachstumdiskurs durchaus relevant, allerdings nahezu ausschließlich als *zwischenstaatliche* bzw. *zwischenkontinentale* (Nord-Süd-)Spaltung (vgl. attac u.a. 2007; Roepke 2010) – und nicht als ihrerseits ebenfalls zunehmend relevante *interne ungleiche Entwicklung*. Vielmehr werden auch in der *Wachstumskritik* national aggregierte Daten gegenübergestellt: so der Befund des eklatant verschiedenen Ressourcenverbrauchs, der in einen „ökologischen Fußabdruck“ mündet, der in den sog. „Industrieländern“ drei mal höher ist als beispielsweise in Indien ([www.fussabdruck.de](http://www.fussabdruck.de)). In der gesamten Degrowth-Debatte wird mit der methodologischen Einheit „der“ Konsum- und Lebensweise von „Bevölkerungen“ oder „Menschen“ operiert, die letztlich dadurch gewonnen wird, dass man von nationalen und regionalen Wachstumswerten auf konsumtives Wohlergehen schließt<sup>5</sup>. Degrowth unterstellt – nun von kritischer Seite – abermals den Zusammenhang von privatwirtschaftlichem Wachstum und (konsumtivem) Wohlergehen, nur dass dieses Wohlergehen gleich gar keines mehr oder nur noch ein vermeintlich „parasitäres“ darstellt<sup>6</sup>.

Wohlfahrt ist auch hier das Pendant zu Wachstum – allerdings in kritischer Perspektive nun als „Überfluss“ gefasst. Im Zentrum der Kritik steht entsprechend ein „Lebensstil“, der – methodologisch nationalistisch – als nördlicher, europäischer, deutscher oder solcher „moderner Industriestaaten“ erscheint (Latouche 2006; Miegel 2010; Paech 2012; Seidl/Zahrnt 2010) – bzw. der auch einfach nur (nicht ohne eine gewisse eurozentrische Ironie) als „unser“ oder „der“ Lebensstil bezeichnet wird<sup>7</sup>. Das Ringen um eine auch sozial emanzipative Perspektive der Degrowth Debatte (Muraca 2013) und auch um ihre kapitalismustheoretische Fundierung (vgl. Altvater 1992; Altvater/Mahnkopf 1996: 541ff.; Mahnkopf 2012; Brand 2014) konnte bislang zumindest nicht deren dominierenden Grundtenor erschüttern, wonach nicht weiter differenzierte Bevölkerungen von Wachstumsgesellschaften, namentlich im Globalen Norden, in einem vor allem ökologisch unhaltbaren „Überfluss“ lebten<sup>8</sup>. Dieser breit geteilten Diagnose schließt sich die Forderung an, eine Logik der „Anpassung von Ansprüchen (Suffizienz)“ zu verfolgen, und zwar

---

<sup>4</sup> In den hier und dann später im Papier ausführlich rezipierten Diskussionen sind zumeist noch die Begriffe „Erste“, „Zweite“ und „Dritte Welt“ dominant, die ich in direkten und indirekten Zitaten übernehme, ansonsten aber spreche ich vom „Globalen Norden“ bzw. „Süden“.

<sup>5</sup> Und umgekehrt: Wachstumskrise führt hiernach ebenso zu vermeintlich *allgemeinem* Konsumrückgang: „In der aktuellen Krise“, so Inge Roepke (2010: 104) exemplarisch, „mag es seltam erscheinen, steigenden Konsum als ein Problem zu betrachten, aber gewöhnlich folgen solchen Krisen erneute Aufschwünge“. Soziale Exklusion jenseits akuten Wachstums kann hier kategorial nicht mehr gedacht werden: Wachstum und Konsum einer imaginären Bevölkerung fallen in eines.

<sup>6</sup> Nur am Rande sei bemerkt, dass die individuelle „Ökobilanz“ öko-bewusster Mittelschichten insgesamt schlechter ausfällt als diejenige vermeintlich „unreflektierter“ (fleischessender, autofahrender) Gruppen mit geringerem Einkommen: ein zentraler Grund dafür ist die ungleich höhere Mobilität der ersteren (vgl. Preisendörfer 2014). Die starke Moralisierung und Individualisierung der Debatte ist also auch in diesem Punkt schief (vgl. dazu Pfaller 2014).

<sup>7</sup> „Sagen wir es klar: Zur Disposition steht unser Lebensstil“ (attac u.a. 2007: 18). Werner Rätz fragt zurecht: wer ist WIR, und was heißt UNSER?

<sup>8</sup> In der Tat wird auch in dezidiert kapitalismuskritischen Abhandlungen der Abbau des „Überkonsums des globalen Nordens“ (Neelsen 2014: 15) zum zentralen Ausgangspunkt wachstumskritischer Überlegungen, allen weiteren Relativierungen über ungleiche „Verzichts“möglichkeiten zum Trotz.

eine Anpassung an „Möglichkeiten, welche sich aus eigenen Fähigkeiten oder den nahe gelegenen, nicht vermehrbaren Optionen und Ressourcen speisen (Subsistenz)“ (Paech 2010: 11). Statt konsumtive Einbindung in zunehmend globale (daher ökologisch zerstörerische) und zu weiten Teilen als „Komfort“ völlig überdimensionierte Fremdversorgung (ebd.: 9) wird theoretisch wie politisch (siehe Degrowth-Kongress 2014) die reproduktive und re-territorialisierte Selbstversorgung, verstanden als *Subsistenz*, nahegelegt.

Die Diskussionen über wachsende soziale Ungleichheiten und Polarisierungen *innerhalb* der nationalen Gesellschaften des Globalen Nordens gehen bislang so gut wie nicht in wachstumskritische Diskussionen ein. Es bleibt weitgehend unthematisiert, welche soziale Gruppe denn innerhalb der Wachstumsgesellschaften auf welche Weise konsumiert und konsumieren kann – und auch, wie ich im Papier ausführen werde, wer notwendig bereits jetzt, nämlich aufgrund von äußerst prekären Einkommensbedingungen, auf Reproduktion in Form von Subsistenz angewiesen ist. Diese Kritik meint nicht, dass nicht mitunter auch auf ungleiche Einkommen, Prekarisierungsprozesse (Brand/Wissen 2013) oder auch die „Schwächung von Gewerkschaften“ und „Verarmung der unteren Bevölkerungsschichten“ (Schmelzer/Passadakis 2011: 19) *hingewiesen* würde, allerdings erfolgt *konzeptionell* bislang keinerlei Verabschiedung von der theoretischen Grundannahme, dass das ökonomische Wachstum einer Gesellschaft im Prinzip auch die allgemeine konsumtive Partizipation an diesem Wachstum nach sich zieht.<sup>9</sup> Im Gegenteil: auch in der kritischen Perspektive auf Wachstum erscheint beispielsweise die sog. strukturelle Arbeitslosigkeit als Resultat zu geringer Wachstumsraten, insofern Arbeitsplätze aufgrund von Gegentendenzen (Produktivitätssteigerungen u.a.) überhaupt erst ab einer BIP-Wachstumsrate von etwa 2% entstehen würden (ebd.: 27f.; vgl. auch Linz 2006). Dass auch hohe Wachstumsraten und eine Fülle an „geschaffenen Arbeitsplätze“ (wie z.B. in Deutschland) nicht zu einem allgemeinen hohen Konsumniveau, sondern umgekehrt zu massenhafter Verarmung führen können, lässt sich auf diese Weise begrifflich nicht fassen.

Ganz wie die Mainstream-Diskussion wird so auch in der Degrowth-Debatte ein soziales Entwicklungsmodell *wachstumsbasierter sozialer Inklusion* zur (nun kritisierten) Grundlage genommen und die Systematik von sozialer Exklusion und Wachstum nicht diskutiert. Dass *trotz* Wachstum immer mehr Menschen auch in Europa verarmen und von – wesentlich auch über durchaus kritikwürdigen individuellen Konsum hergestellter – sozialer Teilhabe ausgeschlossen werden, bleibt so nicht nur in der breiten medialen Öffentlichkeit sondern auch im kritischen Diskurs *als systematischer Bestandteil aktueller Vergesellschaftungslogiken* ausgeblendet. Wachstum scheint hier wie dort mit massenhaftem Lohn- und Konsumwachstum für „die Bevölkerung“ namentlich im Globalen Norden einherzugehen – ganz im Gegensatz zu den breiten Befunden über massiv anwachsende Armut, Unsicherheit, Prekarisierung und Exklusion. Gegen die dramatisch fortgeschrittene gesellschaftliche Fragmentierung wird im Gegenteil ein „wir“ konstruiert, das, wie Klaus Dörre und Stephan Lessenich (2014: 504) schön formulieren, vom Tellerwäscher bis zum Millionär seinen „Verbrauchsgürtel enger zu schnallen“ hätte.

#### 1.4 Massenkonsum als historische Fundsache und (transnationales) Re-Scaling als permanente Dialektik von Landnahme und Landpreisgabe

Theoriegeschichtlich ist diese auch von Degrowth-Seite fortgeführte gedankliche Koinzidenz von Wachstum und Wohlfahrt aus mindestens zwei Gründen bemerkenswert:

*Erstens* wird so gut wie nicht auf die seit Mitte der 70er Jahren eine Zeitlang intensiv geführte Diskussion über das Ende des fordistischen Wachstumsmodells Bezug genommen. Das *ideologische Mantra*, Wachstum generiere Wohlstand, wird zwar nicht empirisch, wohl aber begrifflich geteilt, als hätte es die „neoliberale Wende“, die Reaganomics, den Thatcherismus usw. nicht gegeben. Anders gesagt: In der Diskussion wird ein zentraler Beitrag insbesondere der Regulationstheorie so gut wie nicht aufgenommen, wonach die besagte Koinzidenz von wachsenden Profiteinkommen und (Massen-)Konsum nicht für „entwickelten Kapitalismus“, sondern für eine politisch, institutionell und ökonomisch durch soziale Auseinandersetzungen und historisch konkrete Bedingungen hervorgebrachte „historische Fundsache“ (Lipietz)<sup>10</sup> steht, d.h. für eine historisch spezifische Formation von Kapitalismus, die sich verändern kann und verändert. Auch die Regulationisten hatten für die westlichen Nachkriegsgesellschaften die ökonomische Wachstumsdynamik über eine „sozial“ forcierte und (nicht zuletzt normativ) verallgemeinerte<sup>11 12</sup> Konsumsteigerung betont, doch bereits Michel Aglietta schreibt die Grundlegung der Regulationstheorie (erstmalig auf französisch veröffentlicht im Jahr 1976, englische Erstausgabe 1979) vor dem Hintergrund der Krise dieses fordistischen Entwicklungsmodells. Um diese Krise und die Art und Weise, das Ausmaß usw. der Abkehr von wachstumsbasierter Inklusion drehte sich dann eine kaum überschaubare Debatte, die bemerkenswerter Weise in der kritischen (Post-)Wachstumsdiskussion nicht aufgenommen wird<sup>13</sup>.

*Zweitens* gibt es seit geraumer Zeit eine relativ breite Rezeption genereller akkumulationstheoretischer Konzeptionen zum Zusammenhang von (kapitalistischer) Wachstumsentwicklung und dem gleichzeitigen, immer neu konfigurierten Ausschluss davon (Harvey 2001 [1975]; ders. 2005). Darüber hinaus liegen eine ganze Reihe von teilweise durchaus auch breit rezipierten spezifischeren Begrifflichkeiten vor, die die systematischen Fragmentierungsprozesse im Globalen Norden, also Prozesse der *internen* ungleichen

---

<sup>9</sup> Der BIP-Indikator wird als Wohlfahrtsindikator zurückgewiesen, aber eben in seiner grundsätzlichen Messung der Art und Lebensweise vermeintlich „aller“ – nicht, weil sich vielleicht hinter steigenden BIP-Zahlen auch veritable Armut und soziale Exklusion verbergen kann (vgl. Seidl/Zahrnt 2010b).

<sup>10</sup> „Der Begriff Regulation verweist nicht auf die (notwendige) Durchsetzung von ‚Reproduktionsanforderungen‘ im Sinne von Sachzwängen oder ‚guter Politik‘, sondern vor allem auf das Primat der Machtverhältnisse und der Hegemonie, deren Ausgestaltung grundsätzlich offen ist. Das bedeutet auch - in bester Tradition materialistischer Geschichtstheorie - kapitalistische Formen sozialer Ungleichheit und politischer Unterdrückung nicht als naturbedingt zu verhandeln, sondern als Quelle gesellschaftlicher Konflikte und historischer Veränderung zu begreifen.“ (Röttger 2001: 39).

<sup>11</sup> „The structure of the consumption norm thus coincides with its conditioning by capitalist relations of production. It is governed by two commodities: the standardized housing that is the privileged site of individual consumption; and the automobile as the means of transport compatible with the separation of home and workplace.“ (Aglietta 1987 [1979]: 159)

<sup>12</sup> Auch dieses Modell wachstumsbasierter Sozialinklusion blieb strukturell begrenzt: Frauen, und vor allem MigrantInnen schloss es nicht (gleichermaßen) ein (vgl. Castles/Kosack 2010 (1972); Kohlmorgen 2004; Aulenbacher/Riegraf 2013).

<sup>13</sup> Eine der wenigen Ausnahmen sind Schmelzer/Passadaikis (2011: 14ff.), die im Anschluss an das „fordistische“ ein „neoliberales Wachstumsmodell“ skizzieren, allerdings ohne die Systematik der durchaus benannten sozialen Verwerfungen mit der dann folgenden Kritik an Wachstum zusammenzubringen.

Entwicklung zu fassen suchen<sup>14</sup>: von „Prekarisierung“ (Castel 2008; Paugam 2009) oder der oben erwähnten „Dualisierung“ im Feld der Arbeit über die „dual cities“ bzw. die „geteilten Städte“ (vgl. z.B. Sassen 2001) und Begriffe wie „Polarisierung“ und „Segregation“ (Dohnke/Seidel-Schulz/Häußermann 2012) und „innere Peripherien“ (Eckardt 2002) in der Humangeographie und Stadtsoziologie, bis hin zu entwicklungstheoretischen Verallgemeinerungen des Konzepts der „fragmentierenden Entwicklung“ (Scholz 2002). Insbesondere die Kritische Humangeographie hat sich in den letzten Jahren intensiv mit sozialräumlichen Fragmentierungsprozessen befasst und die paradigmatische Abkehr von einer innerstaatlichen „räumlichen Ausgleichspolitik“<sup>15</sup> zugunsten eines „Wettbewerbs der Teilräume“ (Belina/Michels 2007: 12) theoretisiert. Die ihrerseits instabile, zwischen- wie auch innerstaatliche konkurrenzuelle Entgegensetzung von sozialen Räumen wird dabei als „*Re-Scaling*“ gefasst (Brenner 2004), das insofern systematisch immer wieder neue soziale und ökonomische *Desintegration* („Landpreisgabe“) produziert, als im Prozess der neoliberalen Ökonomisierung, d.h. der Verallgemeinerung betriebswirtschaftlicher Konkurrenzlogiken in die Logiken institutioneller, politischer und sozialer Vergesellschaftungsformen, das Prinzip der sozialen Differenz als ökonomischer Vorteil (von Kosten, Standorten, Flexibilitäten etc.) zum auch politischen Inhalt und Maßstab erhoben wird (Hürtgen 2014b)<sup>16</sup>. Die Folge sind hochgradig fragmentierte Sozialräume, nicht nur inter-national, sondern auch innerhalb der jeweiligen Nationalgesellschaften, Städte, Gemeinden usw. – die Folge ist also *multiscalar Fragmentierung*<sup>17</sup>.

Auch diese Diskussionen finden sich im Postwachstums-Diskurs nicht wirklich wieder, und also nicht die begriffliche Frage nach auch interner ungleicher Entwicklung trotz Wachstum.

Mit diesen theoretisch möglichen und sinnvollen Anknüpfungsmöglichkeiten ist jedoch die Leerstelle im gegenwärtigen (Post-)Wachstumdiskurs noch nicht automatisch gefüllt. Die Kritik an einem wachstumslogischen Nationalismus beinhaltet ja nicht *allein* die konzeptionelle Infragestellung einer (unterstellten) sozialen Zugehörigkeit zu einem bestimmten (nationalen) Wachstums- und Wohlstandsniveau und also die notwendige begriffliche Bestimmung und empirische Untersuchung von innergesellschaftlichen Exklusionsprozessen. *Darüber hinaus* besteht die Notwendigkeit einer Analyseperspektive, die „auf der Höhe der Zeit“ den zutiefst inter- bzw. besser: transnationalen Charakter von Ökonomie wahrnimmt und in die konzeptionelle Bestimmung von Wachstum und Fragmentierung

<sup>14</sup> Zum Begriff des „uneven development“ in der „radical geography“ siehe den Überblick von Markus Wissen und Matthias Naumann (2008).

<sup>15</sup> In der Tat wird angesichts der naturhaften Unterstellung der Existenz eines sozial relativ homogenen Nationalstaates oft „vergessen“, dass es neben anderem auch ein unmittelbarer politischer Ansatz war, relativ gleiche Verhältnisse herzustellen. Bernd Belina und Boris Michel fassen dies für die Bundesrepublik folgendermaßen zusammen: „Nach dem Zweiten Weltkrieg gilt in der föderalistischen BRD der Grundsatz der ‚Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse‘ (Art. 72 Abs. 2 GG) im nationalen Territorium, der als Abbau bestehender Unterschiede zwischen den Teilräumen verstanden wird. In der Praxis schlägt er sich ab den 1960er Jahren in zentralstaatlich initiiertes, regionaler Strukturpolitik nieder und führt zum Ausbau des komplexen Systems finanzieller Ausgleichssysteme zwischen den räumlichen Entitäten auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene“ (ebd.: 11).

<sup>16</sup> Für die Arbeitssoziologie haben Dörre/Scherschel/Booth u.a. (2013: 36ff.) deshalb das Landnahme-Konzept mit dem von Boltanski/Chiapello entwickelten Konzept der Bewährungsproben und Ausscheidungskämpfe verbunden (vgl. auch Dörre/Haubner 2012). Hier wie dort geht es um Aufspaltung sozialer Einheiten zur konkurrenzuellen Entgegensetzung, was immer auch Verlierer und Ausscheidende (seien es Regionen, Menschen, Stadtteile usw.) einschließt.

<sup>17</sup> Neil Brenner (1997: 11) spricht deswegen davon, mit dem Rescaling-Ansatz eine multiscalar Version der Harvey'schen Theorie entwickeln zu wollen.

aufnimmt. Nötig scheint mit anderen Worten die Verbindung einer notwendig transnationalen Perspektive von sozioökonomischer Vergesellschaftung mit Fragen wachsender (interner) Ungleichheit<sup>18</sup>. Gegen das (m.E. ungut fortdauernde) Erbe eines Varieties of Capitalism-Ansatzes, der Globalisierung als äußerliche (unhinterfragbare) Rahmenbedingung konzipierte, der je national homogene Institutionen dann als unternehmerische Angebotsfaktoren gegenübergestellt wurden (Hürtgen 2008: 28ff., vgl. Bruff/Ebenau 2014)<sup>19</sup> wäre eine Perspektive zu stärken, die die Kritik von Degrowth u.a. an der längst globalisiert organisierten Produktion von Reichtum aufnimmt und mit Fragen der internen ungleichen Entwicklung verbindet, also die zu simple Gegenüberstellung von „reichen Regionen/Nationen“ hier und „armen“ dort in wachstumstheoretischer Perspektive überwindet – und die dabei *zugleich* den völlig richtigen Ansatz des Degrowth-Diskurses aufnimmt, ein Wirtschaftssystem zu kritisieren, das auf permanente und zugleich sozial und ökologisch zutiefst destruktive Vermehrung abstrakten Reichtums ausrichtet ist.

### 1.5 Strukturellen Heterogenität als interne Ungleichheit verschärfender Wachstumstyp

Hier nun setzt das vorliegende Papier an. Es setzt sich theoretisch und empirisch mit einem Konzept auseinander, das die *systematische Nichtpassung von Wachstum und sozialer Inklusion* adressiert, also ein Instrument zur Analyse von *interner ungleicher Entwicklung* darstellt. Die Begriffe „Dualisierung“ bzw. (in ihrer kapitalismus-kritischen Wendung): „strukturelle Heterogenität“ zielen darauf ab zu begreifen, warum *trotz* ökonomischer Wachstumsraten und des Aufbaus moderner Produktionsstätten die Gesellschaften ökonomisch und sozial zutiefst gespalten sind und ein oft sehr großer Bevölkerungsanteil auf niedrigstem Reproduktionsniveau lebt. Oder, wie es die Begründer des Konzeptes der strukturellen Heterogenität selbst formulierten: dass und warum ein „Wachstumstyp [besteht] [...], indem die Ungleichheiten [...] sich vertiefen“ (Córdova/Michelena 1979 [1969]: 111).

Die Konzepte „Dualisierung“ bzw. „strukturelle Heterogenität“ beziehen sich bislang auf die sog. Entwicklungsländer und waren lange Zeit inhärenter Bestandteil der Bestimmung dessen, was gemeinhin als „Unterentwicklung“ galt<sup>20</sup>. Mehr noch: sie wurden auch von kapitalismus-kritischer Seite als letztlich politisch induzierte Abweichung von einer „normalen“ kapitalistischen Entwicklung konzipiert, als deren „*Deformation*“ (ebd.: 110; ebenso Senghaas 1974). Die Debatte um das zu analysierende Phänomen,

---

<sup>18</sup> Ich bin natürlich nicht die erste, die das systematische „Übersehen“ hierarchisierter Sozialstrukturen und sozialer Ungleichheiten in der Degrowth-Diskussion thematisiert. Völlig zu Recht und sehr treffend verweisen beispielsweise Mario Candeias und Anne Steckner (2014) auf eine notwendige klassentheoretische Fundierung der Debatte über Beschränkung von Wachstum als Konsumverzicht. Allerdings wäre genau diese klassenpolitische Konstellation genauer zu bestimmen, denn, wie ich im Weiteren argumentieren werde, besteht ja die paradigmatische Unterstellung, dass wir es im Globalen Norden (nach wie vor) mit einem stabilen, wesentlich über Konsumwachstum erlangten Klassenkompromiss zu tun haben, also mit einer *spezifischen* Klassenkonstellation, nämlich die weitreichende Inklusion auch ausgebeuteter, unterer Klassen und Schichten in einer sozial inklusiven materiellen Teilhabe aller an Wachstum.

<sup>19</sup> Das wesentlich mit dem Varieties-Ansatz theoretisierte Verständnis von Nationalstaaten als Wettbewerbsstaaten hat sich – wie Klaus Dörre bemerkt – zum gängigen Interpretationsmuster insbesondere auch der Finanzkrise 2008ff. entwickelt: „Zu den beeindruckendsten ideologischen Leistungen des zurückliegenden Jahrzehnts gehört die erfolgreiche Umdeutung der globalen Finanz- in eine vorwiegend hausgemachte Schuldenkrise europäischer Staaten. Als Verursacher der Fiskalkrise gelten dem marktradikalen Mantra Länder wie Griechenland [...]. Staaten werden in dieser Diagnose wie Unternehmen behandelt, die im gemeinsamen europäischen Markt gegeneinander konkurrieren“ (Dörre 2014: 2).

<sup>20</sup> Karin Fischer (2013) hat jüngst Überlegungen zur Aktualisierung und Anwendung entwicklungstheoretischer Konzepte auf den Prozess der europäischen Integration vorgestellt und dabei insbesondere auch auf die auch in diesem Papier betonte Nähe von *radical geography* und kritischer Entwicklungstheorie verwiesen (vgl. insbes. Kap. 4.3.1).

dass trotz ökonomischem Wachstum in den Gesellschaften massive soziale Spaltung und Armut (fort-) bestehen, erfolgte also von vornherein in Abgrenzung zum Globalen Norden, der als „entwickelter Kapitalismus“ wachstumsbasierte soziale Inklusion repräsentierte bzw. zu repräsentieren schien. Dem wurde begrifflich das systematische *Auseinanderfallen* von Wachstum und Konsum bzw. Wohlstand im Globalen Süden als Entwicklungsproblem gegenübergestellt. Der Kapitalismus im Norden schien mit anderen Worten entwickelt, *weil* er Wachstum und soziales Wohlergehen verallgemeinerte, und der Kapitalismus im Süden unterentwickelt, *weil* Ökonomie und Gesellschaft sozial zutiefst gespalten und zu großen Teilen verarmt blieben. Dies war die Grundachse der Auseinandersetzung um die Frage der „strukturellen Heterogenität“.

Ihre konzeptionelle Verdichtung erfolgte wesentlich in der Perspektive der „Durchkapitalisierung“ (oder eben nicht) von Gesellschaft. Der Globale Norden, und hier insbesondere Europa, war hiernach durch eine „Vermaschung“ (Elsenhans 1981) der unterschiedlichen Produktionszweige, und damit ihrer relativen technologischen und produktionsorganisatorischen Homogenität gekennzeichnet, sowie durch Massenkonsum, der wiederum die permanente Ausgleichung von Profitraten und somit ökonomische Vermaschung befördere (Amin 1974; ders. 2012). Ökonomisch und sozial erschienen die europäischen Gesellschaften also als relativ *homogen*: Mit der Verstädterung und wachsender Konsumsphäre seien Haushalte, „private“ Lebensführung und Reproduktion spätestens in der Nachkriegsepoche Bestandteil des kapitalistischen Akkumulationskreislaufes geworden, mit dem Effekt einer umfassenden sozialen Integration der Lohnabhängigen in Wirtschaft und Gesellschaft als KonsumentInnen (Hurtienne 1984; Lutz 1984) – aber auch, so muss aus heutiger Sicht noch einmal betont werden, als mit Rechten ausgestattete BürgerInnen eines Wohlfahrtsstaates, vorangetrieben nicht zuletzt über Kämpfe einer recht starken Arbeiterbewegung.

Dieser *wohlfahrtsstaatlichen Durchkapitalisierung* wurden in der damaligen entwicklungstheoretischen Debatte die Begriffe der „Dualisierung“ bzw. der „strukturellen Heterogenität“ gegenübergestellt. Diese zielten also auf die im Gegensatz zum Globalen Norden zutiefst *unzureichende Verallgemeinerung von Wachstum und sozialer Wohlfahrt* und die damit verbundene zutiefst *ungleiche Entwicklung innerhalb von (nationalen) Ökonomien und Gesellschaften*. Ökonomisch, so die im Kapitel 3 noch ausführlich dargelegte Argumentation, stehe den – oft über ausländisches Kapital aufgebauten, modernen Produktions- und Wachstumssektoren – ein technologisch kaum entwickelter, unproduktiver (Subsistenz-)Sektor gegenüber (daher der ursprüngliche Begriff der Dualisierung). Sozial könne von steigenden Masseneinkommen und wachsender Wohlfahrt nicht oder allenfalls sehr begrenzt die Rede sein, reserviert für die Herrschaftselite und eine kleine Schicht von Facharbeitern und oberen Angestellten in den Industriezentren, denen breite Bevölkerungsteile gegenüber stünden, die in veritablen Armuts- und Elendsverhältnissen lebten, von wachsender Reichtumsproduktion vollends ausgeschlossen. Im Unterschied zum Globalen Norden, so die immer wieder getroffene explizite Gegenüberstellung, fände im Globalen Süden nur begrenztes, enklavenhaftes Wachstum (bei Konsumsteigerung eines kleinen Bevölkerungsteils) statt. Es handele sich deshalb um „*Wachstum ohne Entwicklung*“ (Senghaas 1974: 26; Hvh. SH).

Indem dieses enklavenhafte Wachstum zum Kennzeichen von Unterentwicklung erhoben und dem Globalen, „entwickelten“ Norden gegenübergestellt wurde, ist – wie ich in Kapitel 4.1. genauer ausführe – auch in den vehement kapitalismuskritischen Ansätzen *und zumeist gegen die eigene explizite Verortung*

eine entwicklungslogische Ausrichtung virulent, die sich auch begrifflich durchsetzte. Der Kapitalismus im Globalen Norden wurde hier verbreitet nicht, wie es beispielsweise die Regulationstheorie anlegt, als historische Fundsache aufgefasst, sondern durchaus als das „eigentliche“, „reine“ Kapitalismusmodell verstanden (besonders explizit: Amin 1974; ders. 2012), was sich insbesondere in der gängigen Gegenüberstellung von „abhängigem“ und „auto-zentrierten“ bzw. „selbstreferenziellem“ Kapitalismus zeigt. Vor eben diesem Hintergrund erschien dann verbreitet auch hier – wie bereits die „Dualisierung“ im Mainstream – die gesellschaftliche Verfasstheit des Globalen Südens insgesamt als die bereits zitierte „Deformation“ einer „normalen“ kapitalistischen Entwicklung.

Das Ansinnen meines Papiers ist es, diese Gegenüberstellung aufzulösen und den Begriff der strukturellen Heterogenität als notwendig zu verallgemeinerndes Konzept zur Bestimmung interner ungleicher Entwicklung, auch im Globalen Norden und auch in Europa vorzustellen. Dies ist *möglich*, weil die damaligen Diskutanten und vor allem auch Diskutantinnen ihre Begriffsarbeit bereits selbst bemerkenswert weit vorangetrieben haben und insbesondere, wie ich in Kapitel 4.2. zeigen werde, hochaktuelle Zugangsweisen der Transnationalität, der Multiscalarität und reproduktionstheoretischen Betrachtung entwickelt haben. Daran soll in diesem Papier nicht nur erinnert, sondern das Konzept der strukturellen Heterogenität selbst soll in seiner Aktualität und analytischen Stärke betont werden.

Dies bedeutet allerdings auch, einen Großteil der damaligen Diskussionsverläufe, wenn überhaupt, dann nur am Rande zu erwähnen. Als Beispiel sei hier die Diskussion um unterschiedliche Produktionsweisen genannt, die letztlich nach der Interpretation der „modernen“ und „traditionellen“ Sektoren in den jeweiligen Gesellschaften fragt und die – anders als in einer ersten Fassung dieses Papiers – hier nun keine Rolle mehr spielt, wesentlich weil sie von der eigentlichen Stärke des strukturellen Heterogenitätskonzeptes (transnationale Fragmentierung in auch reproduktionstheoretischer Perspektive fassen zu können) ablenkt (als Überblick dazu siehe z.B. Hauck 2004). Als zweites Beispiel sei ein Diskussionsstrang genannt, der auch als Rezeptionsgeschichte bezeichnet werden könnte, nämlich die immer wieder aufkommende Frage, ob die jeweilige AutorInnen zulässigerweise eher die *internen* (nationale Bourgeoisie, Militärregime, politische Haltungen der Bevölkerungen oder Teile davon) oder eher die *externen* Faktoren zur Erklärung von Unterentwicklung und also struktureller Heterogenität heranzögen (vgl. den Abriss von Ulrich Menzel 1995, der in weiten Teilen dieser Logik folgt; s.a. Touraine 1976: 58ff.). Diese Gegenüberstellung verdeckt allerdings, wie ich in Kap. 4.2. und 4.3. ausführe, genau die äußerst interessanten und innovativen Ansätze, an die es heute im Sinne einer *transnationalen Perspektive* anzuknüpfen gilt. Schließlich – vielleicht müsste es nicht extra erwähnt werden – werde ich mich jenen Ansätzen nicht weiter zuwenden, die vergleichsweise ungebrochen von Kapitalismus als Entwicklungsinstanz ausgehen und so Industrialisierung, Technisierung und Massenkonsum unhinterfragt für den sinnvollen Entwicklungspfad der Länder des Globalen Südens erklären, sich – so gesprochen – an der notwendigen Diskussion um eine andere Art von Produktion und Lebensweise als der nördlich-kapitalistischen nicht beteiligen (vgl. z.B. Elsenhans 1992; Quaas 1993).

## 2. Empirische Befunde und offene Fragen: Wachstum und interne ungleiche Entwicklung in Mittelosteuropa (Polen/Ungarn) und Tunesien

Wie bereits erwähnt entstand die hier entwickelte Fragestellung nicht als „innertheoretische“, sondern in Auseinandersetzung mit einer Reihe von Forschungen und Forschungsergebnissen in vor allem europäischen Ländern. Hierzu gehörten neben Frankreich, Großbritannien und Deutschland insbesondere die sog. „Transformationsstaaten“, also diejenigen Länder, die sich – explizit im Namen der (Wieder-)Erlangung von ökonomischem Wachstum und sozialer Wohlfahrt – einem tiefgreifenden institutionellen und sozialen Umbau ihrer Gesellschaften in Richtung westlicher, sog. „demokratischer Marktwirtschaften“ unterzogen, in der Art und im Ausmaß dabei übrigens keineswegs nur völlig autonom, sondern oft forciert und konkret durchgesetzt über die EU, deren Mitglieder sie ja (dann) auch wurden. In jüngerer Zeit kamen dann Forschungen in einem Land hinzu, das oft mit den mittelosteuropäischen Revolutionen von 1989 und der dann erfolgten „Öffnung“ verglichen wurde: Tunesien, dessen „Jasminrevolution“<sup>21</sup> schon der Beginn des „Arabischen Frühlings“ zu sein schien.

Mittelosteuropa und Tunesien eignen sich insofern gut zur Darstellung der Problematik interner ungleicher Entwicklung, als dass mit den Umbruchsprozessen jeweils Ziele von Wachstum und sozioökonomischer *Entwicklung* im Zentrum der Betrachtung stehen. Zum einen scheinen – wie ich genauer ausführe – die Länder der ersten Beitrittsrunde Mittelosteuropas in einer erfolgreichen Wachstumsentwicklung und also Sozialentwicklung *angekommen* zu sein, zum anderen werden die tiefen sozialen Verwerfungen, die beispielsweise mit der Arabischen Revolution in Tunesien sichtbar wurden, verbreitet aus einem wachstumsbezogenen *Entwicklungsrückstand* erklärt, was völlig ignoriert, dass Tunesien als „Musterknabe der EU“ seine Wirtschaftspolitik längstens stark auf Frankreich, Italien und Deutschland ausrichtete und dabei in der Tat – bis zur Revolution – bemerkenswert hohe Wachstumsraten erzielt hatte. Beide Male scheint gelingende (immer auch sozial verstandene) Entwicklung von hohen Wachstumsraten abzuhängen und es ist bislang nur ansatzweise thematisiert, dass wir es in beiden Regionen mit tiefen sozialen Verwerfungen und Fragmentierungen *trotz* Wachstum zu tun haben.

Die Perspektive der (vermeintlich gelungenen bzw. vermeintlich noch zu bewerkstellenden) *Transformation* aktualisiert also die Frage von Wachstum und Entwicklung auf eine spezifische Weise: die generelle Problematik, von Wachstum nicht auf soziale Entwicklung schließen zu können, ließe sich auch anhand von (ehemaligen) sog. europäischen Krisenländern und ihre Wiedererlangung von Wachstum festmachen (z.B. Irland), aber auch an den vermeintlich „krisenfesten“ europäischen Ländern, allen voran Deutschland.

---

<sup>21</sup> Der im Westen gängige Begriff „Jasminrevolution“ wird von tunesischen AktivistInnen nicht unbedingt verwandt: er passe nicht zu einer Revolution mit mehr als 300 Toten und sei als Begriff im Übrigen beim Übergang von Bourghiba zu Ben Ali verwandt worden (Interviews 2012).

## 2.1 Mittelosteuropa als wachstumspolitische Erfolgsstory?

### 2.1.1 Die Geschichte von der wachstumspolitischen und sozialen Einbindung

Nach den demokratischen Revolutionen und der „Öffnung“ der ehemals „realsozialistischen“ MOE-Länder folgte in den meisten von ihnen eine tiefe wirtschaftliche Rezession. Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe, in vielen MOE-Ländern herrschte „Hyperinflation“, also Inflationsraten von mehreren hundert Prozent (1990 in Polen z.B. 585 %), und die Industrieproduktion ging dramatisch zurück. Nicht zuletzt aufgrund dieser massiven Krisenerscheinungen gab es in den 1990er Jahren vielfältige theoretische und politische Kritik an Art und Ausrichtung der sog. Transformation<sup>22</sup>, diese verstummte dann aber weitgehend angesichts der „wirtschaftlichen Erholung“ und des „Wachstumskurses“, den diese Länder ab etwa Mitte der 1990er Jahre bis zur sog. europäischen Finanzkrise einschlugen.

„Es ist wahr“, schreibt Chatherine Samary (2009: 1), „vor allem nach der Beitrittswelle zur EU wuchs die Wirtschaft in den Ländern Mitteleuropas um 5–8%, in den baltischen Staaten noch mehr; Lettland erreichte 2007 ein Wachstumsplus von mehr als 12%.“ Mittelosteuropa galt (und gilt wieder) als der Wachstumsmotor Europas.

In der Tat beruhte das Wirtschaftswachstum wesentlich auf Aktivitäten von nun zunehmend interessierten ausländischen Investoren. Diese hatten sich noch zu Beginn der 90er Jahre bis auf einige Großinvestoren trotz aller Werbeversuche zurückgehalten und Mittelosteuropa eher als Absatzgebiet betrachtet, was wesentlich zu der für die Transformationsphase typischen De-Industrialisierung, dem Niedergang heimischer industrieller Produktion beitrug.<sup>23</sup> Spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre allerdings avancierten mittelosteuropäische Beitrittsländer wie Polen, Ungarn, Slowenien usw. zur bevorzugten Investitions- aber auch Verlagerungsregion (Ahlers/Ziegler 2009; Kinkel/Lay/Maloca 2004; Kinkel/Maloca 2009). Die Erfolgsmeldungen, scheinbare Bestätigung der Richtigkeit des eingeschlagenen wirtschaftsliberalen Öffnungskurses, waren mannigfach. Der Spiegel (2009) beschreibt unter dem schönen Titel „Der Kater nach der Party“ die – nun leider durch die Wirtschaftskrise unterbrochene – mittelosteuropäische Erfolgsgeschichte folgendermaßen:

„Wie kaum eine andere Weltregion haben die neuen EU-Länder von der Globalisierung profitiert [...]. 20 Jahre hatte der Osten Europas gebraucht, um die alten, ineffizienten Strukturen staatlicher Planwirtschaft zu überwinden. Die großen unprofitablen Kombinate wurden privatisiert, mit der Erschließung neuer Märkte gelang der Anschluss an die globalisierte Wirtschaft. [...] Rumänien, Nachzügler in der Europäischen Union, verzeichnete 2008 die meisten Porsche-Cayenne-Zulassungen - weltweit. In Warschaus Innenstadt ist der Kulturpalast aus der Stalin-Ära, damals das einzige Hochhaus, innerhalb weniger Jahre fast ganz hinter Büroneubauten aus Stahl und Glas verschwunden. In Tschechien herrschte noch 2008 fast Vollbeschäftigung.“ (Puhl 2009: 95f.)

Globalisierung bzw. wie es die Research-Abteilung der Deutschen Bank präziser analysiert, die *Einbindung* der mittelosteuropäischen Produktion in transnationale Produktionsstrukturen sind hiernach

---

<sup>22</sup> Eine prominente Kritik kam von den institutionentheoretischen Ansätzen (ihrerseits Vorläufer des dann sehr prominenten Varieties of Capitalism-Approaches), die fortbestehende Wachstumsdiskrepanz zum Westen mit der normativen und institutionell-regulativen Andersartigkeit der mittelosteuropäischen Länder, die historisch als Pfadabhängigkeit umso stärker und negativer fortwirke, je mehr sie in wirtschaftsliberalen Schockprogrammen ignoriert würde (Stark 1994), zu begründen.

<sup>23</sup> Mein Lieblingszitat, um diesen Vorgang der Marktüberschwemmung zu verdeutlichen, stammt aus einer öffentlichen Mitteilung der Agentur für Auslandsinvestitionen in Polen: „In the Case of audio and video equipment, only imported products are available in Poland“ stellt die PAIZ 2001 lakonisch fest (zit. nach Hürtgen u.a. 2009, S. 154).

unhintergehbare Voraussetzungen für diesen Erfolg, sowohl bis<sup>24</sup>, als im Prinzip auch nach der Wirtschaftskrise: Die Financial Times titelt: „CEE countries: From industrial dinosaurs to world-class growth rates“ (Buckley 2014) und McKinsey spricht von einem „new dawn“, der – beherzige man einige Ratschläge – zu erwarten sei (McKinsey 2014). In der Tat: euphorische Töne werden, gemischt mit einigen Warnungen und Hinweisen, heute schon wieder angeschlagen. Die Deutsche Bank beglückwünscht anlässlich des zehnten Jahrestages ihres EU-Beitritts die MOE-Länder, deren „Öffnung“ und ihr erfolgreiches Modell, das sie völlig treffend als „Industrial growth model with strong integration in European value chains“ analysiert, also als Einbindung in die europäischen und weltweiten Produktionsnetze und Finanzströme:

„Happy accession anniversary! EU accession was an important milestone in the economic catch-up story of the ten EU members in Central and Eastern Europe (CEE-10). Ten years and a textbook boom-bust cycle later, the CEE-10 have witnessed not only the benefits but also the drawbacks of such strong integration. Growth model predicated on strong integration in European manufacturing value chains set to prevail. We expect that high and rising trade openness and strong integration in EU production chains coupled with increasingly sophisticated trade will continue to support the CEE-10 industry-based growth model. Vehicles, electrical machinery and telecom equipment should remain the most important industries. Strong financial integration bodes well for future growth. The EU is expected to remain an important source of FDI for the CEE-10 with total inflows estimated at roughly 3% of GDP per year. Moreover, Western European parent banks will likely remain committed to CEE with future credit growth increasingly being funded by domestic deposits. As financial intermediation levels are still much lower than in, for example, emerging Asia, the region offers further catch-up potential, albeit under less exuberant conditions than before the global financial crisis.“ (Körner/Mühlberger 2014: 1).

Die zentralen MOE-Länder scheinen also im Prinzip eine großartige Erfolgsgeschichte zu repräsentieren – ökonomisch, aber (damit scheinbar untrennbar verbunden) auch sozial in Form von steigender Wohlfahrt: „Der Lebensstandard ist bereits enorm gestiegen, die Kaufkraft wächst. Die Menschen in Mitteleuropa sind hochmotiviert, ein starker Leistungswille steckt hinter dem Aufschwung“ (Bürkl 2007: 10). Und die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2005: 3) resümiert: „Für die deutsche Wirtschaft war die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern in die Europäische Union ein Erfolg. Die Exporte in die neuen EU-Staaten sind kräftig gestiegen. Und weil der Lebensstandard dort weiter wächst, winken auf Jahre gute Geschäfte.“

Beleg für die gestiegene Wohlfahrt sind dann Eindrücke, wie sie schon oben in Bezug auf die polnische Hauptstadt Warschau zitiert wurden: Modernisierte und sanierte Innenstädte, neue Malls und Bürohäuser, westliches Warenangebot.<sup>25</sup> Guglielmo Meardi (2012: 1) erinnert an die Metaphern aus der kraftstrotzenden Naturwelt, die für diese vermeintliche „Success Story“ noch bis vor kurzem in Anschlag

---

<sup>24</sup> „Ausländische Direktinvestitionen (ADI) sind in aller Munde, wenn es um die Beschreibung des erfolgreichen Transformationsprozesses vieler mittel- und osteuropäischer Länder geht. In der Tat hat sich der Gesamtbestand an Direktinvestitionen aus dem Ausland in den mittel- und osteuropäischen Ländern zwischen 1994 und 2003 fast verzehnfacht – von 20 Mrd. US Dollar auf 197 Mrd. US Dollar.“ (Neuhaus 2005: 1)

<sup>25</sup> Ein weiteres Beispiel von vielen als Illustration (aus der Zeitschrift Stern in Bezug auf Litauen): „In den Zeitungsanzeigen werden längst dieselben Neuwagen angepriesen wie in Westeuropa, in den Ladenregalen stapeln sich Produkte aus aller Welt, rund um die Altstadt von Vilnius beginnt ein Hochhaus nach dem anderen an den Wolken zu kratzen. Ein Jahr nach dem EU-Beitritt strahlt Litauen, der größte der baltischen Staaten, schier grenzenlosen Optimismus aus. Analysten nennen den seit Jahren andauernden Wirtschaftsboom und freien Wettbewerb als Gründe.“ (Stern 2005)

gebracht wurden: „In a frenzy of new zoological taxonomy, the new member states have been called economic big cats: the Slavic tiger (Poland), the Pannonian puma (Hungary), the Baltic tiger (Latvia)“.

Wie begegnet man nun dieser vermeintlichen wachstumspolitischen „Success-Story“, deren Hauptindikatoren, BIP-Wachstum und allfällige Zeichen luxuriösen Konsums eindeutig zu sein scheinen und die man dann entweder feiern oder umgekehrt als konsumistisches Wachstumsmodell grundlegend ablehnen kann?

Im Folgenden sollen zunächst einige ausgewählte „Gegengeschichten“ zusammengetragen werden, als erste Annäherung an die Problematik, Wachstum als Grundlage allgemeiner Wohlfahrt zu hinterfragen: Gegengeschichten, die Verweise auf Armut, auf ein systematisch auf Niedriglohn ausgerichtetes Produktionsmodell und *scharf von einander unterschiedene Arbeits- und Lebensweisen an einem Ort* beinhalten. Dabei wird in keinsten Weise Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, man könnte beispielsweise die Etablierung autoritärer Workfare-Staatlichkeit ebenso wie den Aspekt Migration weit stärker ausführen, zur regionalen Industrie- und Infrastrukturpolitik und zur nationalen wie regionalen Steuerkonkurrenz mehr sagen und noch vieles andere mehr. An dieser Stelle geht es aber nur darum, geneigte Leser\_innen von der Existenz und Notwendigkeit einer theoretisch-systematischen Bestimmung von interner ungleicher Entwicklung zu überzeugen, und also der Sinnhaftigkeit, sich mit dem Konzept der strukturellen Heterogenität intensiver zu befassen, wie es dann in Kapitel 4 erfolgt.

### 2.1.2 Gegengeschichte I: Armut

Ein erster Einspruch gegen Vorstellungen einer allgemeinen wachstumsbasierten Wohlfahrtsintegration ist der Hinweis auf statistisch hohe Armutsraten – in Europa insgesamt (der Risikoindikator für Armut und soziale Exklusion der EU<sup>26</sup> bestimmt etwa  $\frac{1}{4}$  der Bevölkerung als von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen) und in Mittelosteuropa insbesondere: hier war dies im Jahr 2013 oftmals mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung<sup>27,28</sup>. Der EU-Indikator der sog. „materiell ernsthaft gefährdeten Personen“<sup>29</sup> ist mit offiziell fast 27% in Ungarn besonders hoch.

---

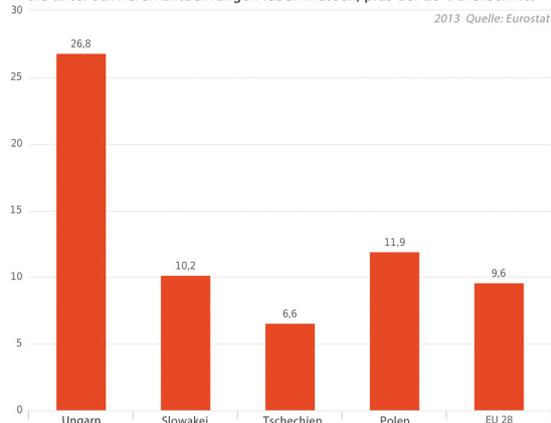
<sup>26</sup> Der „risk of poverty and social exclusion factor“ rechnet drei, ihrerseits unterschiedlich bestimmte Armutskomponenten zusammen: 1. Armutsrisiko (Einkommen nach Sozialtransfer von weniger als 60% des Median-Einkommens), 2. „materiell ernsthaft gefährdete Personen“, das sind Menschen, die bestimmte Dinge nicht haben oder machen können (z.B. Heizen oder regelmäßig gut essen), und 3. Personen in Haushalten mit geringer Erwerbstätigkeit von weniger als 20% des möglichen Arbeitsumfangs“ ([http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/T2020\\_50](http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/T2020_50)).

<sup>27</sup> In Bulgarien 48%, in Rumänien 40,5%, in Lettland bei 35.1% und in Ungarn 33.5%; eine Ausnahme stellt die Tschechische Republik mit 14,6% dar.

<sup>28</sup> Auf die unterschiedlichen Indikatoren, ihre Abgrenzungen und Widersprüchlichkeiten im Verhältnis zueinander, sowie auch auf die generelle Problematik, Armut anhand eines – in den Nationalstaaten durchaus sehr unterschiedlichen – „Mittels“ zu messen, kann hier nicht eingegangen werden (vgl. z.B. bpb 2011; Golinowska 1998).

<sup>29</sup> Dieser Wert ist ein Teilwert des allgemeineren „risk of poverty and social exclusion“, er beinhaltet einzelne Indikatoren, von denen mindestens drei zutreffen müssen, die Indikatoren umfassen im Einzelnen: „1) die Person kann nicht pünktlich ihre Miete oder ihre Wohnnebenkosten bezahlen, 2) die Person kann nicht richtig heizen, 3) die Person hat kein Geld für unerwartete Ausgaben, 4) die Person kann es sich nicht erlauben, regelmäßig Fleisch zu essen, 5) die Person hat kein Geld, um eine Woche Urlaub zu machen, 6) die Person hat kein Auto, 7) die Person hat keine Waschmaschine, 8) die Person hat keinen Fernseher, 9) die Person hat kein Telefon.“ ([http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/T2020\\_50](http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/T2020_50)).

Der Anteil jener Menschen an der Gesamtbevölkerung in den Visegrád-Staaten, die unter schweren Entbehrungen leben müssen, plus der EU-Durchschnitt



Anteil der „materielle ernsthaft gefährdeten Personen“, Graphik: Budapester Zeitung vom 27.11.2014.

In Polen sind offiziell derzeit „nur“ 2,5 Millionen Menschen materiell ernsthaft gefährdet (knapp 12%), allerdings sind rechnerische Abweichungen seitens des regierungsamtlichen Statistikinstituts in Lodz von den Eurostat-Zahlen auffällig<sup>30</sup>. Hinzu kommt: Polen arbeitet seit 2008 auch mit einem eigenen Armutsindikator, der den durchaus makaber-prägnanten Titel „biologisches Existenzminimum“ trägt und die europäischen und internationalen Messungen weit unterschreitet (vgl. Nuhr 2008: 23f.): „Biologisches Existenzminimum: Berechnung des staatlichen Instituts für Arbeit und Soziale Angelegenheiten; ein noch niedrigeres Konsumniveau führt zu einer biologischen Vernichtung“ (Balon 2013: Folie 3).

Dieses „biologische Existenzminimum“ ist mittlerweile maßgeblich zur Berechnung von Sozialhilfe. Der maximal auszahlbare Sozialhilfesatz beträgt derzeit etwa 99 Euro (Ungarn: 88 Euro), die tatsächlich ausgezahlte Summe hängt aber in Polen von der Finanzkraft der Kommunen ab, staatlich garantiert wird nur die Auszahlung der Hälfte dieses Betrages (ebd.: Folie 8). Die folgende, weitgehend von Krzysztof Balon übernommene Tabelle verdeutlicht die Nähe von Sozialhilfe und „biologischem Existenzminimum“, wobei erstere auch offiziell in einem Jahr unterhalb der Grenze lag, die „biologische Vernichtung“ markiert:

Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012
% der Bevölkerung < relativer Armutsgrenze (50% Median)	17,3	17,6	17,3	17,1	16,7	16,0
% der Bevölkerung < gesetzlicher Armutsgrenze (Sozialhilfeberechnung, „extreme Armut“)	14,6	10,6	8,3	7,3	6,5	7,0
% der Bevölkerung < biologisches Existenzminimum	6,6	5,6	5,7	5,7	6,7	6,7

Armutsentwicklung in Polen (nach Balon 2013, Folie 4; eigene Ergänzungen)

<sup>30</sup> Für 2012 gibt Eurostat 62% der polnischen Haushalte an, die sich keine Woche Urlaub außerhalb des eigenen Ortes leisten können, das Lodzer Statistikamt „nur“ 43%. Laut Eurostat sind im EU-Durchschnitt davon 39,6% der Haushalte betroffen, in Deutschland: 21,9%, in Griechenland 53%.

Für eine Vorstellung von der Verbreitung von Armut ist aber auch der niedrige Schwellenwert der relativen Armutsgrenze aufgrund eines wiederum nur niedrigen Medianeinkommens zu bedenken<sup>31</sup>, so dass wohl am ehesten auch in offiziellen Statistiken anzutreffende „exemplarische Einzelaussagen“ einen Hinweis auf die tatsächliche Verbreitung von basalen sozialen Beschränkungen aufgrund geringen Einkommens geben. So geben knapp 36% der offiziell befragten polnischen Haushalte an, ihre Unterkünfte nicht adäquat heizen oder auch kühlen zu können, 26% haben kein Geld für Fach- und Zahnärzte - Zahlen und Eindrücke, die keineswegs erst mit der Wirtschaftskrise entstehen<sup>32</sup>: Achim Nuhr (2008: 2) berichtet, dass „36 Prozent der Polen sich nicht einmal an jedem zweiten Tag eine richtige Mahlzeit leisten [können]“.

Um es zusammenzufassen: Armut ist als Massenphänomen deutlich sichtbar, und zwar gerade auch in Zeiten hoher Wachstumsraten, wie sie vor der Krise bestanden.

### 2.1.3 Gegengeschichte II: Moderne Produktion und Niedriglohn

In der Öffentlichkeit wird Armut oft mit Arbeitslosigkeit assoziiert, und „in Arbeit“ zu vermitteln (egal ob dies dann Praktika, befristete Tätigkeiten usw. sind) ist auch EU-offiziell der Königsweg, die massenhafte soziale Exklusion zu bekämpfen (beispielsweise über die sog. „Jugendgarantie“<sup>33</sup>). Dies umso mehr, als in den mittelosteuropäischen Ländern, ähnlich wie in den südlichen und im Unterschied zu den klassischen Kernländern, im statistischen Durchschnitt vor allem Jugendliche und Kinder und weniger die Älteren von Armut betroffen sind.<sup>34</sup> Angesichts der angedeuteten ungenügenden wohlfahrtsstaatlichen Versorgung bei Arbeitslosigkeit ist diese natürlich in der Tat ein großes Problem,<sup>35</sup> trotzdem führt die

---

<sup>31</sup> Die Bundeszentrale für politische Bildung notiert für alle neuen Beitrittsländer: „Das mediane Nettoäquivalenzeinkommen der neuen Mitgliedstaaten entsprach mit 4.557 Euro nur etwa einem Viertel des Einkommens der anderen 15 EU-Mitgliedstaaten, das im Jahr 2008 bei 17.293 Euro lag.“ (bpb 2011: 5.). In Polen betrug danach das Netto-Äquivalenz-Medianeinkommen im Jahr 2011 5097 Euro *pro Person und Jahr* und in Ungarn 4739 Euro im Jahr. Nach diesen Zahlen beginnt die Armut rechnerisch bei 212,5 Euro (50%) bzw. 255 Euro (60%) pro Kpf und Monat in Polen und bei 198 bzw. 237 Euro Einkommen pro Monat in Ungarn. Die insgesamt etwas niedrigeren Preise in Mittelosteuropa machen diese Armutsschwelle nicht wett, (vgl. die Kaufkraftberechnung in bpb 2011). Das offizielle Existenzminimum liegt pro Person in Ungarn derzeit bei 280 Euro/Monat, auf dieser Berechnungsgrundlage lebt mittlerweile die Hälfte (!) der Bevölkerung unterhalb dieser Schwelle (vgl. Kerényi 2014); der (verbreitet gezahlte) Mindestlohn liegt darunter, nämlich bei 215 Euro/Monat (ebd.).

<sup>32</sup> In Ungarn lag das Armutsrisiko generell schon 2008 – also noch zu Zeiten florierender Wachstumsraten – bei 28,2% der Bevölkerung, ernsthaft gefährdeten waren mehr als 20% (EU-Durchschnitt im Jahr 2013: 9,1%, vgl. insgesamt: Eurostat; Budapest Business Journal 2014). Polen war zu Beginn der 2000er Jahre aufgrund einer auffällig hohen Armutsquote von fast 20% „extrem Armen“ in den Schlagzeilen, bevor diese dann „heruntergerechnet“ wurde (Nuhr 2008). Damit soll nicht negiert werden, dass sich in den letzten Jahren die antisoziale Politik noch dramatisch zugespitzt hat.

<sup>33</sup> Diese soll dafür sorgen, dass Jobsuchende unter 25 Jahren binnen vier Monaten wenigstens ein Praktikum finden und zielt ansonsten auf Erhöhung der Employability durch Ausbildung, öffentliche Lohn-Beihilfen, größere Flexibilität in den Arbeitsverhältnissen und eine Erleichterung der Arbeitsaufnahme im Ausland, vgl. European Commission 2014).

<sup>34</sup> „The implications of this social regime are serious. The residual welfare state has provided a near-decent safety net for a generation that was socially and politically crucial – the one with the highest participation in elections, and that was the core of trade unions and workforces at the end of socialism. This generation, which had the potential for political mobilization and was not so interested in emigration, has been gently invited to ‚exit‘ the labour market without protesting and accommodated to benefits. By contrast, younger generations, those who have entered the labour-market since the 1990s, and even more those who are entering the labor market now, have been left in the most powerless position. To survive, they have to accept any job, at any pay rate.“ (Meardi 2012: 8f.)

<sup>35</sup> In Polen erhielten 2007 nur 14% aller Jobsuchenden staatliche Unterstützung, die bei durchschnittlich 20% des durchschnittlichen Lohnes lag (Spieser 2009 nach Meardi 2012: 40). Derzeit bewegt sich die Arbeitslosenunterstützung in Polen bei monatlich etwa 124 Euro, man bekommt sie überhaupt nur für sechs bis 18 Monate, wenn man 20 Jahre versicherungspflichtig gearbeitet hat. Arbeitslosenunterstützung ist also, wenn man sie bekommt, nicht existenzsichernd, weswegen sich viele Menschen auch erst gar nicht arbeitslos melden. Als Arbeitslosenindikator lässt sich deshalb besser die

unmittelbare Assoziation von Armut mit Arbeitslosigkeit in die Irre. Niedriges Einkommen entsteht keinesfalls nur mit dem *Herausfallen* aus Lohnarbeit. Vielmehr hat sich (auch) in Mitteleuropa mittlerweile ein enorm ausgeweiteter Niedriglohnsektor etabliert. Damit sind nicht nur die offiziellen Working-Poor-Quoten gemeint (die aufgrund der insgesamt niedrigen Löhne wiederum äußerst niedrig angesiedelt sind; s. Towalski/Kuźmicz 2010), sondern vor allem die Ausdehnung von niedrigen und sehr niedrigen Löhnen im Produktionsbereich und die massenhafte Anwendung hochgradig prekärer Beschäftigung.

Von besonderem Interesse sind hier die (westlichen) ausländischen Konzerne, die als Motoren und Garanten von Modernisierung, Wachstum und sich verallgemeinernder Wohlfahrt gelten (vgl. zum Folgenden: Hürtgen 2008: 102ff.; Hürtgen u.a. 2009: 150ff.). Wie im Kap. 2.1.1. geschildert, sind diese etwa seit der Jahrtausendwende die zentralen ökonomischen Wachstumsplayer, verantwortlich für einen Großteil des BIP, des Exports, der Beschäftigung (Körner/Mühlberger 2014). Mit diesen verstärkten Investitionen einher ging der Aufbau hochflexibler und technologisch avancierter Standorte, also einem starken (wie es in der Value-Chain-Diskussion heißt) „industriellen upgrading“: die Maschinen sind modern, die Betriebe hell, die Organisation der Produktion folgt (als nun transnational vernetzte) internationalen Standards der Lean-Production und des Just-In-Time, inklusive höchster Flexibilität und beständiger Prüfung von Qualitätsstandards. Hinzu kommt: Standorte in Mitteleuropa gerieten teilweise selbst, beispielsweise in der Automobilindustrie, zur technologischen und arbeitsorganisatorischen Avantgarde, insofern sie für die Auslandskonzerne als Experimentierfelder zur Einführung neuer Technologien, Arbeitsstandards usw. fungierten (man denke an die Einführung der sog. „Plattformstrategie“ des VW-Konzerns in Bratislava oder auch der Einführung von Gruppenarbeit als erstes bei Opel in Eisenach, einer Stadt in der ehemaligen DDR; vgl. Blöcker 2009, Jürgens/Krzywdzinski 2010).

Diese produktionsseitige Modernisierung und Einbindung in transnationale Produktionsnetze führen aber *nicht* – wie gemeinhin unterstellt bzw. auch von Seiten beispielsweise der gewerkschaftlichen Akteure durchaus erwartet (vgl. Hürtgen 2008: 102ff.) – zu allgemeinem *sozialem* „upgrading“: In den hochmodernen Standorten sind für den Großteil der Beschäftigten *keine* verträglichen Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und insbesondere auch Löhne anzutreffen, und auch die Anerkennung einer tatsächlichen Repräsentation der Beschäftigten (Gewerkschaften, Betriebsräte etc.) ist verbreitet problematisch (Hürtgen 2005). Wir haben es vielmehr vielerorts mit Formen hochgradig prekarierteter Arbeit zu tun, aber auch bei den formal sicher Beschäftigten mit Niedriglohnarbeit – trotz der, es sei noch einmal betont, Anbindung der Region an moderne globale Produktionsstrukturen (vgl. insbesondere Hürtgen u.a. 2009: 233ff.).

In Bezug auf *prekäre Beschäftigung* finden sich alle möglichen Formen von hochgradig flexibler Teilzeitbeschäftigung (bis hin zur „Arbeit auf Abruf“ an nur wenigen, vorher nicht kalkulierbaren Tagen im Monat), weiterhin verbreitet Leiharbeit, oft auch international organisiert (so wurde ein Teil der

---

Beschäftigungsquote der Bevölkerung im produktiven Alter (15-65) heranziehen: 65% (Ungarn 63%). Auch diese Zahlen variieren, so sprechen z.B. Towalski/Kuźmicz (2010) für Polen von einer Beschäftigungsquote von 57%, Pysz (2011) von „unwesentlich über 50%“.

LeiharbeiterInnen in ungarischen Werken für eine gewisse Zeit aus der Slowakei und Kroatien geholt), und alle möglichen Formen von mitunter nur auf Wochen oder Monate begrenzter befristeter Beschäftigung. Der Anteil prekärer Beschäftigung lag den eigenen Recherchen zufolge bei ca. 50% der Gesamtbelegschaft, die Literatur berichtet aber auch von noch höheren Zahlen<sup>36</sup>. Die prekäre Beschäftigung geht „naturgemäß“ mit äußerst unsicherem und zudem sehr niedrigem Einkommen einher. So berichten die Interviewpartnerinnen einer polnischen Dokumentation (verfügbar unter [www.labournet.de](http://www.labournet.de)), die für westliche Unternehmen, darunter viele deutsche, in der Sonderwirtschaftszone Walzbrzych (Waldenburg) arbeiten (s.u.), von Löhnen, die bis 2,50 Zloty die Stunde (etwa 63 Cent) herabreichen (Mütterstreik 2012: 3:56<sup>37</sup>). Maiejewska/Marszahlek (2012: 37) sprechen für diese Sonderwirtschaftszone insgesamt von Löhnen zwischen 350 und 1.800 Zloty brutto monatlich (88-450 Euro). Die Produktionsarbeit wird je nach Auftragslage massiv hoch- und wieder heruntergefahren, weshalb Leiharbeitsfirmen einen Großteil der Organisation von Beschäftigung übernehmen. Auch die Interviewpartnerinnen der oben zitierten polnischen Dokumentation werden auf Abruf tage- bis monatsweise an wechselnde Betriebe der Sonderwirtschaftszone entliehen. Nach einiger, oft sehr kurzer Zeit, wartet man – ohne Lohn – auf den nächsten Einsatz.<sup>38</sup> Dieses Modell wird untermauert von einem mittlerweile auch in Polen etablierten Workfare-System der Aktivierung (vgl. Nadolksa 2008), das die Annahme angebotener Arbeit, auch geringst oder – über die Deklaration als Fortbildung – gar nicht entlohnter, zur Obligation erklärt (vgl. Mütterstreik 2012).<sup>39</sup>

Doch auch für die *Stammbeschäftigten* lässt sich – zumindest für den Produktionsbereich und nicht speziell oder „höher“ Qualifizierte – von einem veritablen Niedriglohnmodell sprechen. Entgegen der verbreiteten Meinung, westliche Auslandsstandorte würden besser zahlen<sup>40</sup>, trifft man für den Zeitraum bis 2008 typischerweise auf Monatslöhne von 300-500 Euro, was damals etwa 400-600 Euro Bruttolohn in Deutschland entsprach (vgl. bpb 2011). Hinzu kommt, dass für die flexible Fertigung und als Leistungsanreiz sehr hohe *variable Lohnbestandteile* existieren, sogenannte „Boni“. Diese können bis zu einem Drittel des Gesamtlohnes ausmachen und sind an Bedingungen wie Anwesenheitsrate, Qualität der Arbeit, Krankenstand, aber auch: Einstellungen zur Arbeit, „Teamfähigkeit“ oder Erfolg des Unternehmens insgesamt, der Arbeitsgruppe usw. gebunden (vgl. Hürtgen u.a. 2009: 241f.). Kurz:

---

<sup>36</sup> Dies insbesondere in der Elektronikindustrie. Dabei wird ganz nebenbei auch die lange Zeit in der Wissenschaft verfolgte Idee konterkariert, dass Arbeitsbeziehungen von einem Land ins andere *exportiert* würden, sich in deutschen Unternehmen also eher sozialere Bedingungen auffinden ließen: beim deutschen Traditionskonzern Siemens fanden sich in tschechischen Fabriken Befristetenanteile von 60-75% (Bluhm/Dörrenbächer 2003: 104ff.). Der massenhafte Einsatz prekärer Beschäftigung war bereits vor der offiziellen Möglichkeit des Einsatzes von Zeitarbeitsagenturen weit verbreitet, bemerkenswert ist allerdings, dass die stark von EU-Seite und den transnationalen Konzernen machtpolitisch begleitete Reform der Arbeitsgesetzgebung in verschiedenen Beitrittskandidaten-Ländern am Ende zu massiven formal-juristischen Verschlechterungen für die Beschäftigten führten, beispielsweise was die Möglichkeiten von Befristung, Einsatz von Leiharbeit oder auch kurzfristiger Entlassungen betrifft.

<sup>37</sup> Diese Angabe verweist auf den Minutenzähler der Dokumentation.

<sup>38</sup> „Im Grunde wird die Arbeitslosigkeit bloß von kurzfristigen Beschäftigungen für eine Woche, einen Monat, manchmal nur einen Tag unterbrochen“ (Maiejewska/Marszahlek 2012: 40). Eine Frau im Video sagt: „Es ist, als wären wir Call-Girls. Sie rufen Dich an, damit Du zur Arbeit kommst“ (Mütterstreik 2012: 02:39).

<sup>39</sup> Aus Platzgründen kann hier nicht auf das unter Viktor Orban noch einmal massiv verschärfte Workfare-System in Ungarn eingegangen werden. Es finden sich dazu etliche Artikel, Blog-Einträge und Kommentare im Netz (vgl. z.B. Konicz 2012; Kerényi 2014).

<sup>40</sup> Dies war zu Beginn der 90er Jahre auch so, hat sich aber seither stark verändert bzw. ausdifferenziert (vgl. Domański 2001: 35; Hürtgen u.a. 2009: 150ff.).

Niedrige Löhne sind, auch im Bereich der „Normalbeschäftigung“, aus Beschäftigtensicht ein eklatantes Problem. Sie reichen entweder äußerst knapp oder eigentlich nicht mehr zum „normalen Leben“. Umso wichtiger wird die Kreditaufnahme, die zum Bestreiten des Alltages eine große Rolle spielt, wesentlich auch für die Besorgung normaler Alltagsgegenstände wie Kühlschränke usw. (s.u.).

Allerdings: Bestimmte Fachkräfte, wie spezielle Ingenieure, und vor allem MitarbeiterInnen im Management und mit Führungsaufgaben verdienen deutlich besser. Nach unseren Recherchen verdienten Ingenieure 2008 ca. 1.000-2.000 Euro, was ebenfalls zwar keinen „Reichtum“ darstellt (entsprechend wurde auch Unmut über den Abstand zum Verdienst im Westen geäußert), allerdings deutlich oberhalb des Durchschnittsverdienstes liegt und ein „normales“ Reproduktionsniveau weitgehend sicherstellt. Zudem hat sich mittlerweile ein deutlicher Aufwärtstrend im oberen Einkommenssegment durchgesetzt (während die mittleren und unteren Einkommen äußerst niedrig bleiben): Es besteht hier ein (teilweise durchaus offen repressiv durchgesetztes) *zweigeteiltes Lohnregime*. So gibt das ungarische Arbeitsministerium aktuell zwar einen durchschnittlichen Bruttolohn von 780 Euro monatlich an, die Ungarische Handels- und Investitionsagentur geht aber in einer aktuellen Broschüre mit dem Titel „Why invest in Hungary“ von deutlich niedrigeren Zahlen für gelernte und angelernte Arbeiter aus: „Effective 1 January 2014, the mandatory minimum gross monthly wage is HUF 101.500 (ca. EUR 338), but for workers employed in positions requiring a secondary school diploma or advanced vocational training (or higher education) it is HUF 118.000 (ca. EUR 393) per month.“ (HIPA 2014).

In Polen liegt laut Angaben des offiziellen Statistikamtes der monatliche Durchschnittsbruttolohn im Bereich Manufacturing bei umgerechnet 765 Euro (Central Statistical Office 2012: 292) und in den Medien finden sich viele Berichte über die rasche polnische Lohn- und Konsumsteigerung (s.u.). Allerdings ist auch hier das massive *Auseinanderdriften* der Einkommen typisch, forciert noch durch die Privatisierung selbst: „private sector firms pay less at the low end of the wage spectrum and more at the top end“ ((Newell/Socha 2007, zit. n. Meardi 2012: 9). Anders formuliert: die für Polen und andere MOE-Länder oft erwähnten landesdurchschnittlichen Gehaltserhöhungen sind in hohem Maße solche von (leitenden) Ingenieuren und anderen „Führungskräften“. Dies geht klar aus einer Meldung der deutschen Außenhandelskammer (2012) hervor, die über die Situation in Polen 2011 berichtet:

„Im Unternehmenssektor betrug die durchschnittliche Gehaltssteigerung 4,9% im Vergleich zum Vorjahr, dennoch erhielten Spezialisten und Führungskräfte einen höheren Gehaltsanstieg. Die meisten Spezialisten aus dem IT-Sektor erhielten einen Lohnanstieg von sogar 30% gegenüber zum Vorjahr 2010. Ein deutlich signifikanter Anstieg der Löhne war auch in der Ingenieursbranche erkennbar. Hier stieg das Gehalt von Spezialisten um rund 10-15% und das Gehalt von Managern um bis zu 20%.“ Große Einkommenszuwächse erhielten auch „Führungskräfte“ wie Filialleiter, technische Direktoren usw. (Kardymowicz 2012).

In den Medien werden Wohlfahrtszuwächse für nur einen Teil der Beschäftigten immer wieder unzulässig verallgemeinert. Typisch ist beispielsweise folgender Artikel aus zeit-online (Zdziechowska 2011):

Die „Lust aufs Auswandern“ sinke, schreibt die Autorin, „weil die polnische Wirtschaft läuft und die Löhne steigen. Studien gehen davon aus, dass die Verdienste allein in diesem Jahr [gemeint ist 2011, SH] um rund 3,5 Prozent zulegen werden. Im Großraum Warschau wird mittlerweile fast so viel bezahlt wie im Schnitt Westeuropas. Welche Folgen das hat, zeigt das Beispiel von Mateusz Lipczyński. Der 34-jährige Softwareingenieur aus Sopot bei Danzig begann seine berufliche Karriere 2002 in Deutschland, dann arbeitete er in der Schweiz. Anfang 2006 kam er nach Polen zurück [...]

„Heute verdiene ich in Polen so viel wie in Deutschland, und wenn ich die Lebenshaltungskosten und die Steuern berücksichtige, dann ist mein Einkommen hier ungefähr 20 Prozent höher als in Deutschland“, sagt Lipczyński, der für den polnischen Softwareproduzenten TouK in Warschau arbeitet.“

Diesem Artikel ist ein Foto beigelegt, das eine moderne Frau zeigt: jung, blond, schlank, konzentriert am Handy sprechend, in einer Straße mit Geschäften vorwärtsstrebend. Bildlich wie textlich ist hier das moderne Warschau Gegenstand der Berichterstattung, vernetzt, konsumierend, vorwärtsschreitend: das Aufholen, das eigentlich schon Gleich-Auf-Sein mit westlichem Wachstum und Wohlstand<sup>41</sup>. Vollkommen „übersehen“, man möchte fast sagen: ignoriert wird dabei *die Schere, das Auseinanderfallen der Lebens- und Arbeitsbedingungen*. Denn die Einbindung Mittelosteuropas in moderne, transnational vernetzte Produktion, die den „Kern“ der Wachstumsstory dieser Region ausmacht, bedeutet nicht das, was damit dann gemeinhin versprochen oder als schon gegeben unterstellt wird: eine allgemeine Anhebung auch der sozialen Wohlfahrt, ein allgemeines soziales, konsumtives Wachstum.

#### 2.1.4 Gegengeschichte III-IV: Kathedralen in der Wüste und fragmentierte Lebensweisen

Das Auseinanderklaffen von Einkommen manifestiert sich längst in zutiefst ungleichen, fragmentierten Lebensbedingungen. Zur Veranschaulichung lässt sich von der Stadt Walzbrzych (Waldenburg) berichten, einer Stadt mit 120.000 Einwohnern in Niederschlesien, 300 km von der deutschen Grenze und in der Nähe von Wroclaw (Breslau) gelegen. Zu dieser Stadt gehört die schon erwähnte Sonderwirtschaftszone Walzbrzych, die zweitgrößte Polens, wo namhafte Firmen produzieren (Mahle, Electrolux, IBM, Toyota, möglicherweise bald VW (<http://www.invest-park.com/>)). Die Sonderwirtschaftszone (SWZ) bietet umfassende „Anreize“ zur Ansiedlung von Unternehmen (Steuererleichtungen, Infrastrukturunterstützung usw.) und ist eine politisch stark propagierte Antwort auf die hohe Arbeitslosigkeit in der Region (offiziell 20%), die namentlich seit dem Niedergang des dortigen Steinkohleabbaus entstand (s.u.). Für diese Zone wirbt auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung:

„Die WSEZ ist die sich am schnellsten entwickelnde Sonderwirtschaftszone in Polen und belegt laut dem Di Magazine Ranking den 4. Platz in Europa und den 22. weltweit. Seit dem 01. Juli 2014 werden großen Unternehmen 25 Prozent, mittleren 35 Prozent und kleinen 45 Prozent Steuerbefreiungen angeboten<sup>42</sup>. [...] Allein im ersten Halbjahr 2014 wurden 65 Baugenehmigungen erteilt, 5.277 neue Arbeitsplätze geschaffen und über 5,242 Mrd. PLN [ca. 1,3 Mrd. Euro, SH] Investitionsausgaben getätigt.“ (Bundesministerium 2014)

Zu den Vorteilen dieser SWZ, so heißt es, gehöre ein umfangreicher „academic hub“, der über die Zusammenarbeit von Wirtschaft und den zahlreichen technischen Hochschulen in Walzbrzych (Waldenburg) selbst und im nahegelegenen Wroclaw (Breslau) entstanden sei (ebd.), und die ihrerseits auch mit deutschen Universitäten und Hochschulen kooperieren, z.B. mit der TU Regensburg (s. deren Internetseite). Für einkommensstarke Gruppen wie (technische) AkademikerInnen, vor allem aber

<sup>41</sup> Verschiedene Kommentare im Blog verweisen dann auf deutsche Fachkräfte, die beispielsweise im Finanzsektor mittlerweile in Warschau mehr verdienen als in Deutschland.

<sup>42</sup> Solche offiziellen Zahlen sind nach unseren Recherchen oft untertrieben, die faktischen Steuervergünstigungen liegen meist deutlich darüber (vgl. Hürtgen u.a. 2009).

Führungskräfte und höhere Angestellte der zahlreich angesiedelten Unternehmen und zu Teilen auch der städtischen Verwaltung gibt es mittlerweile eine gut ausgebaute Infrastruktur im Ort: Die Innenstadt wurde saniert und rekonstruiert<sup>43</sup> und 2009 entstand ein „Luxus-Einkaufszentrum“. Zudem baut die Stadt – offenbar vor allem mit EU-Geldern (vgl. Maiejewska/Marszahlek 2012) – die touristische Infrastruktur aus: berühmte Schlösser werden saniert, Übernachtungsmöglichkeiten verbessert.

Dies ist allerdings nur die *eine* Seite der Entwicklung, die andere besteht nicht nur aus verbreiteter Armut, sondern auch dem eklatanten Verfall von lebensnotwendiger Infrastruktur wie beispielsweise Wohnraum und Gehwegen, aber auch sozialen Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Kindergärten. Die Stadt ist „sozioökonomisch zweigeteilt“ (ebd.: 37; Hvh. SH):

„Während in den wohlhabenden Stadtteilen eine funktionsfähige städtische Infrastruktur besteht, kann der Zustand der ärmeren Viertel als verwahrlost bezeichnet werden. Diese Gegenden bestehen zum größten Teil aus unsanierten Vorkriegsbauten, der Zustand von Gehwegen und Straßen ist schlecht. Die Wohnungen ... haben oftmals keine Heizung, Warmwasser oder Bäder. [Ergänzen ließe sich: keinen Strom, kein Abwassersystem, kein Gas usw., SH] Es gibt viel Leerstand.“ (Ebd.)

Hier wie anderswo leben dann oft mehrere Generationen einer Familie in winzigen Wohnungen zusammen, denn die sanierten Viertel sind mittlerweile vollkommen unbezahlbar<sup>44</sup>. Im Videobeitrag „Mütterstreik“ (2012) sind die Wohnverhältnisse anschaulich zu besichtigen: es sind im Wortsinn *Bruchbuden*. Diesen stehen die anderen, „angenehmen“ Wohn- und Lebensorte der Stadt gegenüber.<sup>45</sup> Kurz: Politisch wird über den Abbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit und eine extrem angebotsorientierte Wirtschaftspolitik nicht nur ein breites Niedriglohnregime, sondern zudem eine *Politik der leeren Kasse* kreiert, wonach dann zur infrastrukturellen Versorgung der weniger einkommensstarken Bevölkerungen kein Geld mehr da ist (vgl. Maiejewska/Marszahlek 2012).

In der Literatur ist in unterschiedlichen Disziplinen das Resultat dieser Entwicklung mit dem Bild der „Kathedrale in der Wüste“ beschrieben worden. *Ökonomisch* meint es eine „enklavenhafte Produktion“, d.h. die faktische Widerlegung der erhofften bzw. propagierten Clusterbildung mit heimischen Firmen. Ausgehend von zentralen, global angebundenen und modernen Produktionsstätten sollte nach der gängigen Version angebotsorientierter Wirtschaftspolitik über diese Cluster und Netze eine regionale und nationale volkswirtschaftlichen Verallgemeinerung von Wachstum erreicht werden. Allerdings erfolgt diese ökonomische Einbettung in die jeweilige Region bzw. das Land gerade nicht bzw. nur in geringem Maße (vgl. Hardy 1998; Glassmann 2012). In der Tat sind Zuliefererstrukturen vor allem globale und transnationale: in der Elektronikindustrie liegt der Anteil lokaler Zulieferer bei gerade einmal 5%, trotz aller

<sup>43</sup> „Die Altstadt von Wałbrzych (Waldenburg) wird weiter aufgewertet. Kürzlich wurde die ul. Gdańska saniert und zur Fußgängerzone erklärt. Sie verbindet den Rynek (Marktplatz) mit dem plac Magistracki. Nachdem bereits zuvor die anliegenden Häuser restauriert worden waren, wurde nun der Asphaltbelag der Straße durch Kopfsteinpflaster ersetzt. Historisierende Straßenlaternen wurden an den Gebäuden angebracht. Die Arbeiten sind Teil des Revitalisierungsprogrammes für die Innenstadt des niederschlesischen Ortes. Im Zuge des Vorhabens wird das alte Stadtzentrum größtenteils vom Durchgangsverkehr entlastet.“ (Polnisches Fremdenverkehrsamt 2012: 3)

<sup>44</sup> Achim Nuhr (2008: 5f.) berichtet ebenfalls aus Waldenburg: „In [einer] insgesamt 47 Quadratmeter großen Wohnung leben Frau Kurek und ihr Mann, ihre beiden Kinder und der Enkel. [...] Die polnischen Mietgesetze wurden in den letzten Jahren mehrfach geändert, zuletzt 2007: Seitdem dürfen Vermieter alle sechs Monate die Mieten derart anheben, dass sie nach Abzug ihrer Kosten einen ‚angemessenen Gewinn‘ erzielen. Was angemessen ist, wird nicht näher definiert.“

<sup>45</sup> Eine solche Polarisierung der Sozialstruktur und entsprechende räumliche Fragmentierungen und Segregationen sind seit den 1980er Jahren Thema von StadtforscherInnen zumeist aus der Humangeographie (vgl. z.B. Wilson 1987; Smith 1982; Prigge 1998; Häußermann/Kronauer/Siebel 2004).

Versuche, diesen sog. „local content“ wieder zu erhöhen; in der Automobilindustrie ist die Zahl unwesentlich höher (vgl. Blöcker 2009).

*Sozial* meint der Begriff der „Kathedralen in der Wüste“ bzw. des Gegensatzes von „Zitadellen und Ghetto“ (Friedmann/Wolff 1982; Hitz u.a. 1995) das unmittelbare Nebeneinander von sanierten Innenstädten, Einkaufsmeilen und (touristischen) Angebotsstrukturen für die „Integrierten und Wohlhabenden“ (Häußermann/Siebel 1987) eines expandierenden professionellen und Managementbereichs und unmittelbar daneben existierenden Formen infrastrukturellen Verfalls, verbreiteter Armut, die wesentlich mit der Ausdehnung schlecht bezahlter und informalisierter Arbeit einhergehen (Mayer 1997). Die „Kathedralen“-Lebensweise ist auch hier als wesentlich stadt- und nationenübergreifend gedacht, also mit hoher moderner Mobilität verbunden, während die „Verclustering nach innen“ sozial nicht mehr erfolgt: die Kathedrale ragt heraus aus und ist scheinbar vollends unverbunden mit der „Wüste“ um sie herum.

### **2.1.5 Gegengeschichte V: Debtfare, Migration und Subsistenz als notwendige Strategien zur Absicherung der eigenen Reproduktion**

Von einem allgemeinen inklusiven Konsumregime kann in den offiziell so erfolgreichen Transformationsländern Mittelosteuropas nicht die Rede sein. Wie also erfolgt die Reproduktion bei denen, die nur über gar nicht oder kaum ausreichendes Einkommen verfügen? Es sind vor allem drei wesentliche Formen, die Reproduktion mehr oder weniger „sichern“:

- Eine erste Form, auf die hier nur kurz eingegangen wird, ist das auch in Mittelosteuropa verbreitete, aus den USA bekannte Phänomen der Verschuldung zur Bestreitung des alltäglichen Lebens, das sog. *Debtfare*: Ein mit dem niedrigen Lohn eigentlich nicht zu bestreitendes „normales“ Konsumniveau wird über die gängige Praxis der Verschuldung sichergestellt<sup>46</sup>. Typisch sind dabei – im Gegensatz zu den öffentlichen Darstellungen – nicht unbedingt „große Summen“, denn es geht zumeist um die normalen Dinge des Lebens wie Kühlschränke oder Arztbesuche, zudem um die Beschaffung von Wohnraum zur grundlegenden Absicherung (vgl. Meardi 2012: 9). Susanne Soederberg (2012) nimmt – mit Marx und David Harvey – die äußerst „heterogene“ (!) Gesellschaftsstruktur der USA zum Ausgangspunkt ihrer Analyse und betont die Bedeutung des sich zurückziehenden Wohlfahrtsstaates und sich ausdehrender prekärer Arbeitsverhältnisse: die aggressiven Werbestrategien der „credit-card-debt“ würden direkt auf diejenigen zielen, die zur alltäglichen Bestreitung ihres Lebensunterhaltes dringend auf (zusätzliches) Geld angewiesen seien. Catherine Samary (2009: 3) überträgt diese Mechanismen auf Mittelosteuropa und betont, dass dabei zudem die Wechselkursrisiken verbreitet auf die wenig wohlhabenden Kunden übertragen würden (s.a. Meardi 2012: 9). Kurz: *Debtfare* ist nicht das, was die Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ – wie eingangs zitiert – geschmacklos als „Party auf Pump“ bezeichnet, reicht aber wohl noch am ehesten an eine – wenn auch prekäre – Teilhabe an einem „normalen“ Konsumniveau heran.

---

<sup>46</sup> In Hürtgen 2005 findet sich eine Darstellung, wo der drohende Verlust von Kreditwürdigkeit für die ansonsten sehr gemäßigt auftretenden Stammbeschäftigten eines Auslandsstandortes zum Anlass wird, eine Gewerkschaft zu gründen und kämpferischer aufzutreten.

- Eine zweite, hier ebenfalls nur anzudeutende Strategie (da sie an anderer Stelle auch konzeptionell in die Frage der strukturellen Heterogenität einzuarbeiten wäre) ist die *Migration* aus diesen Ländern. Aus Polen sind seit Anfang der 90er Jahre nach offiziellen Angaben etwa 2,6 Millionen Menschen ganz abgewandert, vor allem aber hat sich zu anderen europäischen Ländern das entwickelt, was mit „Transmigration“ bezeichnet wird: Die zeitweise Übersiedlung in ein anderes Land, ohne dort dauerhaft sesshaft zu werden oder auch das regelmäßige länderübergreifende Pendeln. In Großbritannien sind derzeit etwas 700.000 polnische Einwanderer offiziell registriert, in Deutschland 500.000, wobei im Jahr 2012 185.000 Zu- und 112.000 Abgänge zu verzeichnen waren, also eine ausgesprochen hohe Dynamik (vgl. BAMF 2014). Es wird hier allerdings von weit höheren Dunkelziffern ausgegangen, da viele Arbeitstätigkeiten in der Schattenwirtschaft angesiedelt oder anderweitig „illegal“ und nicht deklariert sind. Hierzu gehören auch die aus Mitteleuropa migrierenden (privaten) Pflegekräfte, die in jüngerer Zeit verstärkt wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfuhren (vgl. z.B. Lutz 2008). In Ungarn wird die Abwanderung vor allem als „Exodus“ von Fachkräften, allen voran im Medizin- und Pflegebereich diskutiert (Kálnoky 2014), auch wenn umgekehrt die „Rücküberweisungen“ von im Ausland lebenden MitteleuropäerInnen für die heimische Wirtschaft zentral sind (2013 in Ungarn beispielsweise mehr als 2 Mrd. Euro, ebd.; vgl. auch Barwinska-Majowicz/David 2014).

Schließlich besteht drittens eine zentrale Strategie in der Organisation der alltäglichen Reproduktion in allen möglichen Formen von *Subsistenzarbeit* – und damit in Tätigkeitsformen, die von der Degrowth-Debatte als Alternative zum vorherrschenden Wachstumsindustrialismus stark gemacht werden (vgl. Kapitel 1.2.). Der Begriff der Subsistenz zielt auf die „Selbstversorgung“ bzw. Versorgung von Haushalten und bezeichnet eher eine Abgrenzung: Reproduktion jenseits formaler Lohnabhängigkeit und gesicherter Lohneinkommen als Bestandteil einer profitorientierten „Erwerbswirtschaft“ (Nohlen 2002).

Damit sind eine Fülle von Tätigkeiten beschrieben, wie sie zur Existenzsicherung (nicht nur) in Mitteleuropa typisch sind – und mitten in der schönsten sozialen Krise beispielsweise in Polen auch gern als „Erfindungsreichtum“ gepriesen wurden (vgl. Juchler 2000): Schmuggel und andere Formen von „Second-Hand-Ökonomie“ (Weiterverkauf von nicht mehr benötigten Gebrauchsgegenständen, Verkauf zu etwas erhöhten Preisen, insbesondere in Grenzregionen), Eröffnen familiäre (Kleinst-)Betriebe beispielsweise in Form von in Mitteleuropa eine Zeitlang typischen „Kiosken“ (durchgängig geöffnete, oft winzige Verkaufsläden) oder auch das Betreiben kleiner Landwirtschaft, nicht zuletzt auf den berühmten „Datschas“, des weiteren alle möglichen informellen, mehr oder weniger privaten Gelegenheitsdienste, Schwarzarbeit, „Arbeit auf eigene Rechnung“ als (kleine) Selbständige usw. Subsistenzproduktion dabei ist typischerweise kaum klar abgegrenzt von der „formalen Lohnarbeit“, sondern summiert notwendig (gelegentlich mögliche) Lohneinkommen ebenso wie (geringe) staatliche Sozialtransfers und auch ansonsten alle möglichen der genannten Reproduktionsformen, und weitere, zusammen (vgl. z.B. Cornia 1994; Müller 2008).

Aus dem schon zitierten Radio-Feature von Achim Nuhr (2008), der sich ebenfalls mit der Region Waldenburg beschäftigt, geht die typische Kumulation aller möglichen Einkommensbeschaffungen deutlich hervor, aber auch die relative Abkopplung einer Existenz, die auf Armutsniveau angesiedelt ist, von den zugleich anzutreffenden „modernen“ Konsum- und Lebensweisen. Der Reporter berichtet von

Frau Zuzelska, verwitwete Mutter von drei Kindern, die nach Abzügen von Fixkosten mit 90 Euro im Monat für die vierköpfige Familie sorgen muss:

„Auf dem Weg [in das Dorf von Frau Zuzelska] bin ich an einer Filiale eines bekannten deutschen Discounters vorbeigekommen und habe bei der Gelegenheit die Preise studiert. Sie sind mit Frau Zuzelskas Einkommen nicht bezahlbar. Sie tritt als Konsumentin praktisch kaum in Erscheinung. [...Frau Zuzelska führt aus:] ‚Wir können kein Gemüse kaufen, aber wir haben unseren Gemüsegarten. Dann halten wir ein paar Hühner. Ab und zu können wir ein paar Eier verkaufen und damit Geld verdienen. [...] Seitdem mein Mann tot ist, hilft uns auch unser Pfarrer sehr. Er gibt uns alte Kleider, die von einer Gemeinde auf der deutschen Insel Sylt kommen‘ [...] Beiläufig erwähnt Frau Zuzelska immer neue Überlebensstrategien: In diesem Monat hat sie zusätzlich auch noch für die Gemeinde ein fremdes Rentnerpaar gepflegt, das weit draußen im Wald wohnt. Knochenarbeit, denn dort muss das Wasser noch aus dem Brunnen geholt werden. [...] Abends geht Frau Zuzelska dann noch im Wald Pilze sammeln.‘ [Das Fazit des Reporters:] Ich rechne und rechne, verstehe aber letztlich trotzdem nicht, wie Frau Zuzelska zurechtkommen kann.“ (Nuhr 2008)

Nur beispielhaft, um das ungeheure Spektrum zu verdeutlichen, sei eine andere, ebenfalls in Waldenburg angesiedelte Form der Subsistenzproduktion noch genauer geschildert: der illegale, „private“ Abbau und Verkauf von Kohle in kleinen, selbst gehauenen Minen.

„Biedaszyby, arme Stollen, werden die selbstgegrabenen Löcher genannt. Begonnen haben die Menschen damit in den neunziger Jahren, als die Abfindungen der Bergleute aufgebraucht und kaum legale Verdienstmöglichkeiten in der Region mehr vorhanden waren [...] Die Arbeit in den ‚Armen Stollen‘ ist gefährlich, die Angst unter Tage stete Begleiterin“ (Vogel 2006).<sup>47</sup>

Der Autor schildert dann die mittlerweile üblichen Razzien der Polizei und die harten (Gefängnis-)Strafen, die Formen der Illegalisierung dieser Subsistenz:

„Noch vor Jahren gehörten Elektrizitätswerke, Gewächshäuser und Wohnsiedlungen überall in Polen zu den Abnehmern der Kohle aus Walbrzych. Über die jetzigen Vertriebswege reden die Leute aus Vorsicht nicht gern. Man verkaufe halt an Nachbarn und Freunde. Ihre Furcht ist begründet, auf dem Kohlefeld Pientnasta rechnen sie damit, dass die in monatelanger Arbeit gegrabenen Stollen zugeschüttet werden.“ (Ebd.)

Nuhr (2008: 23) resümiert: „Wie den Zecharbeitern ergeht es vielen Polen: *Trotz jahrelangem Wirtschaftsboom bleiben sie außen vor und leben wie in einem Entwicklungsland.*“ (Hvh. SH; vgl. auch von Aster/Mroz 2010)

Um es zusammenzufassen: Debtfare, Migration und vor allem Subsistenz stellen mehr oder weniger gezwungenermaßen „Möglichkeiten“ dar, die eigene Existenz trotz unzureichender Einkommen abzusichern. Subsistenzarbeit ist also keineswegs „als solche“ in irgendeiner Weise als alternative Ökonomie zu deklarieren, sondern es ist – wie im übrigen auch in der formalen Produktion – nach den sozialen, ökologischen und gesellschaftlich-nutzbringenden Bedingungen zu fragen.

---

<sup>47</sup> Nuhr, der ebenfalls über diese illegalen Stollen berichtet, beschreibt offen sein Entsetzen und seine Angst in den selbst gehauenen, weit verzweigten Stollen: „Pfeiler und Balken sollen die Grubendecke abstützen, aber sie sind aus morschem Holz. Die Pfeiler ragen gerade einen halben Meter hoch. Solche Gruben habe ich noch eine halbe Stunde zuvor in dem Museum gesehen: auf gemalten Bildern vom Kohleabbau im 17. Jahrhundert. Ich bleibe, wo ich bin und bewege mich vorsichtshalber gar nicht mehr.“ (Nuhr 2008: 5)

### 2.1.6 Zusammenfassung und Einordnung: Zur Notwendigkeit, in Mittelosteuropa interne ungleiche Entwicklung zu konzeptionalisieren

In Bezug auf Mittelosteuropa ist beispielhaft dargestellt worden, dass von hohen Wachstumsraten nicht umstandslos auf steigendes Konsumniveau geschlossen werden kann. Entgegen den methodologisch-nationalistischen Unterstellungen und den offiziellen Erzählungen von den mittelosteuropäischen *Success-Stories*, wonach das Wachstum einer nationalen Volkswirtschaft im Prinzip auch steigenden Konsum der jeweiligen Bevölkerungen bedeutet, zeigt sich hier exemplarisch, dass die Einbindung in moderne, hochproduktive und die Industrieproduktion und den Export steigernde Produktionsnetze *zusammengehen* mit massenhafter Verbreitung von exkludierenden Arbeits- und Existenzweisen. Anstatt, wie im idealtypisch betrachteten fordistischen Entwicklungsmodell, von Produktionssteigerung auf (nationale) Konsumtionssteigerung zu schließen, muss konstatiert werden, dass nur ein bestimmter Bevölkerungsanteil, diejenigen, die wir mit Giovanni Arrighi (1974) als „Elite“ und „Subelite“ bezeichnen können (vgl. Kap. 4.3.3.), wachsende Konsummöglichkeiten genießt, während ein anderer Teil, Schätzungen zufolge ungefähr die Hälfte der Bevölkerung, seine Konsum- und Lebensmöglichkeiten in hohem Maße einschränken muss und an Wachstum gerade nicht partizipiert<sup>48</sup>. Hier werden neben Migration und Debtfare alle möglichen Formen der Subsistenzarbeit notwendig, und somit die Stärkung eines Sektors, der in der Mainstream-Diskussion als „traditioneller“ beschrieben wird (vgl. Kap.3).

In der mittelosteuropäischen Diskussion wurde durchaus wiederholt auf dieses Modell eines *sozial geteilten Wachstums* hingewiesen (vgl. zur folgenden Zusammenfassung Hürtgen 2008: 21ff.)<sup>49</sup>. Zu Beginn war allerdings davon ausgegangen worden, dass – weil Mittelosteuropa anders als die sog. Entwicklungsländer – Industriegesellschaften darstellten, die Gefahr einer dualen Entwicklung, wie es im Mainstream bezeichnet wird (s.u.) nicht bestehe (Witkoswska 1997: 436). Dem widersprachen auf der Basis ökonomischer Berechnungen, die das Auseinanderdriften von zwei ökonomischen Sektoren zeigten, die beiden Weltbank-Mitarbeiter Simeon Djankov und Bernard Hoekmann (2000), später wurde der Befund sozialer und ökonomischer *Spaltung* der Gesellschaften in Mittelosteuropa vor allem vor allem von empirisch festgehalten (Szalavetz 2004; für Ostdeutschland s.Kujath 1998; Fink 2004; Heidenreich 2004).

*Konzeptionell* und in Bezug auf Ostdeutschland hat vor allem Rainer Land<sup>50</sup> die Frage der internen ungleichen Entwicklung auseinandergesetzt, bei ihm gefasst als *Fragmentierung* bzw. *fragmentierte*

<sup>48</sup> "Es musste die Frage gestellt werden, wem dient das Wirtschaftswachstum? Die Antwort ist, es dient nur einer Minderheit“ (Ökonom Tadeusz Kowalik, zit. nach Pysz 2011). Im Zitat heißt es weiter: „Nur die Hälfte der Bevölkerung im produktiven Alter findet eine Beschäftigung. Nur jeder Achte unter den Arbeitslosen bekommt Arbeitslosengeld. Vor dem Exodus der jungen Generation in Richtung Westen blieben 40 Prozent der jungen Menschen ohne Arbeit. Es gab und gibt für sie keine billigen Wohnungen. Die Hälfte der Arbeitslosen bleibt länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. In drei Vierteln der Wirtschaft, vorwiegend im Privatsektor, eliminierte man die Gewerkschaften mit passiver Beteiligung der Behörden vollständig. Alle diese lange andauernden, übrigens mit unterschiedlicher Intensität auftretenden Einzigartigkeiten bewogen mich vor zehn Jahren zu der Meinung, dass in Polen eine der ungerechtesten sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden ist. [...] Die weiteren Entwicklungen in diesem Bereich haben mich in dieser Meinung nur noch weiter bestätigt.“ (Ebd.)

<sup>49</sup> Zudem gab es durchaus sporadisch Versuche, den Begriff der strukturellen Heterogenität auch auf Osteuropa anzuwenden, allerdings in Form einer verallgemeinerten Theorie verschiedener Produktionsweisen in „Geldwirtschaften“ (vgl. Nitsch 2002), was für die vorliegende Fragestellung der Systematik von Fragmentierung nicht weiter verfolgt wird.

<sup>50</sup> „Dass die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland seit den 80er und 90er Jahren zwar erheblich gesteigert wurde (Exportweltmeister), und zwar durch Entlastung bei den Lohnkosten [...] und der Steuer. Die Folge sind stagnierende oder

*Wirtschaft*. Land betont, dass die in Ostdeutschland erreichte Wettbewerbsfähigkeit zwar erheblich gesteigert worden sei, dies allerdings wesentlich auch über niedrige Lohnkosten und Steuerentlastungen (2006: 34). In der Folge sanken die Einkommen der Arbeitnehmer, aber auch die Einnahmen der Kommunen und des Staates und es „kommt zu einer Aufwärtsentwicklung der exportorientierten Unternehmen bei Stagnation oder Abwärtsbewegung der Unternehmen, die den größeren Teil ihres Umsatzes auf dem Binnenmarkt realisieren.“ (Ebd.) Diese Entwicklung droht laut Rainer Land explizit nicht nur in Ostdeutschland, sondern darüber hinaus ebenso in Westeuropa. Industrieller Strukturwandel besteht hiernach in einer „Stärkung überregionaler Wertschöpfungszusammenhänge und Netzwerke“, aber er „mindert die Synergieeffekte von Clustern und kann zur Entbettung regionaler Ressourcen führen“ (ebd: 39). Janis Berzins (2014) hat neuerdings für Litauen eine konzeptionelle Verbindung aufgemacht, wie sie auch hier im Papier verfolgt wird, nämlich zwischen klassischen Konzepten der Entwicklungstheorie (in seinem Fall in Bezug auf Brasilien) und ihrer notwendigen Aktualisierung im Kontext einer neoliberalen Europäisierung (in seinem Fall in Bezug auf Lettland).

Mit Land und Berzins kann so an die grundsätzliche Zielsetzung des vorliegenden Papiers erinnert werden. Es geht hier nicht um empirische Einzeldarstellungen, sondern um die Frage, wie ein Entwicklungsmodell begrifflich gefasst werden kann, das sich auch in Europa durchzusetzen scheint, und das anders als gemeinhin unterstellt eine massenhafte systematische Exklusion aus wohlfahrtlicher Wachstumsintegration bedeutet. Diese Aufgabe wird durchaus erschwert, darauf weist Guglielmo Meardi hin, durch eine Wahrnehmung und (wissenschaftliche) Darstellung derjenigen, die heute in Mittelosteuropa und darüber hinaus arm, ausgeschlossen, nicht inkludiert sind als welche, die in einem eigentlich progressiven Gesamtprozess zurückbleiben, und zwar aufgrund von ihnen zuzuschreibenden Kriterien wie „geringe Qualifikation“, „mangelnde Mobilität“ oder auch einfach nur: traditionelle Einstellungen und Verhaftetheiten<sup>51</sup>. In der Tat geraten oft diejenigen, die die wachstumspolitische Success-Story hinterfragen und konterkarieren, in den Verdacht, *selbst nicht erfolgreich*, mehr noch: *rückständig* zu sein.<sup>52</sup> Auch deshalb gehört es – wie in Kapitel 4 verdeutlicht werden wird – zur notwendigen konzeptionellen Arbeit, die Unterteilung in traditionelle und moderne Bevölkerungsgruppen selbst radikal zu hinterfragen und die dahinterliegende Problematik der Fragmentierung transnational zu reformulieren.

---

zurückkehrende Einkommen der AN, anteilig sinkende Sozialausgaben und Staatsausgaben, also sinkende oder stagn. Binnennachfrage bei wachsenden Exportumsätzen. [...] Es kommt zu einer Aufwärtsentwicklung der exportorientierten Unternehmen bei Stagnation oder Abwärtsbewegung der Unternehmen, die den größeren Teil ihres Umsatzes auf dem Binnenmarkt realisieren.“ Das wäre nicht spezifisch ostdeutsch, hier aber zugespitzt. „Das fatale an einer solchen Entwicklung wäre, dass sie bedeuten könnte, dass erfolgreiche Unternehmen sich in neue, möglichst global agierende Netzwerke integrieren müssten und dazu lokale und regionale Wertschöpfungsketten und Netzwerkbeziehungen abbauen. Der normale (!) Zusammenhang von sich wechselseitig begünstigender Entwicklung überregional und regional orientierter Unternehmen würde aufgelöst, die erfolgreiche Entwicklung aufstrebender Unternehmen hätte tendenziell den Niedergang regionaler Wirtschaftskraft zur Folge, und zwar auch dann, wenn das Unternehmen den Standort gar nicht wechselt“ (Land 2006: 34).

<sup>51</sup> „The alternative and more pessimistic popular narratives have been easily dismissed as uninformed, narrow minded, or even xenophobic.“ (Meardi 2012: 1)

<sup>52</sup> Er dagegen wolle von der labour-question ausgehen und zwar als auch politische Frage des citizenships – und vor diesem Hintergrund kommt Meardi zu ganz ähnlichen Fragestellungen, wie sie hier verfolgt werden, nämlich die unzureichende Betrachtung einer Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich über BIP-Zahlen: „There are [...] problems with narratives that look only at GDP, volumes of trade and numerical employment indicators, and neglect labor relations as a citizenship issue“ (ebd.: 2).

Es geht mit anderen Worten darum, den vermeintlichen Erfolgsgeschichten (in Mittelosteuropa und darüber hinaus) einen eigenen begrifflichen Zugang entgegenzusetzen, der das Phänomen von Wachstum ohne soziale Inklusion systematisch auf die wissenschaftliche und politische Agenda setzt.<sup>53</sup>

## 2.2 Tunesien als wachstumspolitischer Problemfall?

Wenden wir uns nun, wenngleich deutlich kürzer, dem zweiten empirischen Fall der Darstellung innerer und äußerer Peripherisierung in Europa zu: Tunesien und der arabischen Revolution, die dort Ende 2010 ihren Ausgangspunkt nahm. Hier ist die Problematik gewissermaßen spiegelbildlich zu den vermeintlich erfolgreichen Transformationen in Mittelosteuropa angelegt: In der öffentlichen, zunächst nahezu durchgehend freudigen Reaktion auf die tunesische Revolution und den Sturz des Diktators Ben Ali herrschte der Tenor vor, dass Tunesien *nun* in der Lage sein würde, seine politischen, vor allem aber auch wirtschaftlichen Erblasten (Korruption, Vetternwirtschaft etc.) abzulegen und den Weg von demokratischem Fortschritt und wirtschaftliche Prosperität einzuschlagen. Vergessen, um nicht zu sagen verdrängt wurde in dieser Perspektive, dass Tunesien – im Unterschied zu anderen nordafrikanischen Ländern – bis zum Arabischen Frühling ein geschätzter Partner für die EU gewesen war, und dies nicht nur bei der „Bekämpfung des Terrorismus“ und der Begrenzung der Zahl der „Boat-People“, sondern wesentlich auch in wirtschaftlicher Hinsicht: Seine kulturelle Orientierung der (bildungs-)bürgerlichen Schichten nach Europa (v.a. Frankreich) und seine „politische Stabilität und Kontinuität“ wurden gelobt, seine guten Standortbedingungen in Rankings gekürt und seine hohen Wachstumsraten und das wirtschaftliche Potenzial als „tunesisches Erfolgsmodell“ propagiert. Von Seiten der OECD wurde Tunesien der Status des „wettbewerbsfähigsten afrikanischen Landes“ und eines „Schwellenlandes“ – im Unterschied zum „Entwicklungsland“ zugesprochen (World Economic Forum 2010: 328f.).

Diese hohen Wachstumsraten wiederum gehen – wie wir es schon aus Mittelosteuropa kennen – zu einem ganz überwiegenden Teil auf Aktivitäten ausländischer Konzerne zurück. In der Tat hatte schon Ben Alis Vorgänger Habib Bourghiba und dann ab 1987 der diktatorische Herrscher Ben Ali selbst eine Politik der Attraktion von Auslandskapital verfolgt, im Wesentlichen durch Steuererleichterungen, Bereitstellung von Infrastruktur, Privatisierung usw. – und über die Schaffung von zahlreichen Sonderwirtschaftszonen. Vor allem hier siedelten sich viele ausländische Unternehmen an, insbesondere aus Europa: Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft (2014) zufolge stammen 85% der ausländischen Direktinvestitionen aus Europa und wickelt das Land 80% seiner

---

<sup>53</sup> Insofern ist an Catherine Samary (2009: 5) anzuknüpfen: „Der Höhenflug der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stand im krassen Gegensatz zu dem schwachen durchschnittlichen Wachstum in Westeuropa und galt als ‚Aufholjagd‘ (im Lebensstandard). Dabei wurde ignoriert, dass das BIP kein Indikator für Wohlstand ist“ (Hvh. SH) – womit allerdings noch nicht geklärt ist, was es dann ist und wie man Wachstum ohne Wohlstand fasst. Das Fehlen eines solchen eigenen begrifflichen Zugangs gegen den „Erfolg“ fällt immer wieder ins Auge. So entwickelt Joachim Becker (2014) in seinem insgesamt ausgesprochen lehrreichen Überblick über „Muster kapitalistischer Transformation in Osteuropa“ zwar den Gedanken unterschiedlicher Formen (Akkumulationsregimes) von *abhängiger Entwicklung* in den verschiedenen MOE-Ländern, doch jenseits der auch von Becker herausgestrichenen hohen privaten (Konsum-)Verschuldung, wird nicht recht deutlich, warum diese Akkumulationsregimes als gesellschaftlich-soziale Entwicklungsperspektive problematisch sein sollen. Krise, auch soziale Krise, tritt dann erst wieder mit der Finanz- und Wirtschaftskrise und zurückgehenden BIP- und Exportzahlen etc. auf. Solange Wachstum herrscht, ist auch in solchen Darstellungen eine zwar unsichere, nichtsdestotrotz aber scheinbar allgemeine soziale Entwicklung anzutreffen.

Außenhandelsbeziehungen mit Europa ab. Tunesien hatte also als „Musterknabe der EU“ seine Wirtschaft in besonderem Maße auf Europa ausgerichtet.

„Nach der Finanzkrise Mitte der 80er Jahre verpflichtete sich Tunesien im Strukturanpassungsprogramm (1987 bis 1991) unter anderem zur weit gehenden Liberalisierung des Außenhandels, zur Privatisierung von Staatsbetrieben, zur Abwertung der Landeswährung Dinar und zur Schaffung eines besseren Investitionsklimas zur Steigerung der (Industrie-)Exporte. Dieser Kurs kulminierte im Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union (1995), das den sukzessiven, vollständigen Abbau der wechselseitigen Handelshemmnisse für Industrieerzeugnisse bis zum Jahr 2010 vorsieht. Die investorenfreundliche Gesetzgebung ermöglichte in den letzten Jahren die fortgesetzte, am Weltmarkt orientierte Diversifizierung der Angebotspalette vor allem im Bereich der verarbeitenden Industrie (Textil, Leder, Elektronikzeugnisse).“ (Bertelsmann Stiftung 2003: 3)

Tunesien unterzeichnete 1998 als erstes das im Wesentlichen ein Freihandelsabkommen darstellende sog. Europa-Mittelmeer-Abkommen und orientierte explizit auf Lohnkosten-Konkurrenz mit Osteuropa, aber auch anderen nordafrikanischen Ländern (vgl. FIPA 2009 und 2009a). Es ist seit 2008 mit der EU assoziiert, schaffte ab dem 01.01.2008 Zölle für den Handel mit Industrieprodukten ab, richtete zugleich „freie Produktionszonen“ (wo die Sozialgesetzgebung teilweise außer Kraft gesetzt ist) und ein Anreizsystem für Investoren ein, das u.a. langjährige Steuerfreiheit und freien Gewinntransfer nach Europa beinhaltet (vgl. Hibou 1999; Richter 2011; Ruf 2012).

Vor allem französische, italienische und deutsche Unternehmen nutzten und nutzen tunesische Standorte als „verlängerte Werkbank“ und zur „Lohnveredelung“. Derzeit gibt es ca. 3000 Auslands- und Zuliefererstandorte, sog. „100%-Exportunternehmen“ der Textil-, Elektronik- und Autozuliefererindustrie (vgl. Ben Yahia 2012; Driss 2009; Karray 2009; IHK 2011). Deutschland ist der größte ausländische Investor im Bereich der tunesischen Autozuliefererindustrie und mit etwa knapp 280 Unternehmen, die mehr als 50.000 Menschen beschäftigen, insgesamt viertgrößter Auslandsinvestor (Spanzel 2007; Ben Jafaar 2012). Im IT-Dienstleistungsbereich sind es bislang vor allem Callcenter-Beschäftigte, die für französische Firmen tätig sind (Schmid 2013<sup>54</sup>, vgl. auch Najjar 2012a).

Allerdings gingen diese bemerkenswerten wirtschaftlichen Erfolge der Ben Ali-Zeit mit großen sozialen Verwerfungen und vor allem sozialer Desintegration einher: hohe Arbeitslosigkeit und Armut, ein starkes Gefälle zwischen den industriell und touristisch entwickelten Regionen der Küste und dem zunehmend von Entwicklung abgekoppelten Landesinneren waren neben Despotismus, Korruption und Kleptokratie die wesentliche Ursache für die Unruhen des „Arabischen Frühlings“. Sie bestehen aber weiterhin, haben sich im Zuge der politischen „nach-revolutionären“ Transformationen und vor dem Hintergrund der europäischen Wirtschaftskrise z.T. sogar noch verschärft, was sich nicht zuletzt in lokalen „Armutsvolten“, Arbeiterunruhen und salafistischen Ausschreitungen (ein „Magnet für frustrierte Jugendliche“, Lawrence 2012) niederschlägt.

---

<sup>54</sup> „Je nach Quelle zwischen einigen 10.000 und 600.000 meist gut qualifizierte Französisch sprechende Arbeitskräfte waren Mitte des letzten Jahrzehnts in den ehemaligen Kolonien Tunesien und Marokko für Callcenter französischer Firmen tätig. Seitdem wurden keine verlässlichen Zahlen mehr erhoben, BranchenkennerInnen schätzen jedoch, dass das Beschäftigungsniveau mehr oder weniger stabil geblieben ist. [...] Die Angestellten in Tunis verdienen rund ein Fünftel dessen, was ihre KollegInnen in Frankreich erhalten: umgerechnet 225 Euro.“ (Ebd.: 2)

Dies betrifft *erstens die Arbeitsverhältnisse*: Verbreitung prekärer, aber auch informeller Arbeitsverhältnisse sind typisch. Die Arbeitslosigkeit stieg seit den 80er Jahren, sie liegt nun offiziell bei 18%, allerdings gehen Schätzungen je nach Region von zwischen 20 und 60% und unter HochschulabgängerInnen von über 30% Arbeitslosigkeit aus. Der Begriff „Arbeitslosigkeit“ trifft die verbreitete Realität informeller, unsteter und formal nicht abgesicherter Beschäftigung zudem noch weniger, als dies bereits in Bezug auf Mittelosteuropa der Fall war (vgl. Kap. 2.1.3). Eher kann von Unterbeschäftigung gesprochen werden. Wie dem auch sei: Nach Zahlen des Sozialministeriums leben rund ein Viertel der Tunesier unterhalb der Armutsgrenze, aber auch diese Zahl dürfte höher liegen.

Was die Prekarisierung betrifft, so gelten einerseits die transnationalen, europäischen Investoren als ihr Vorreiter: Leiharbeit, extrem kurzfristige Befristungen und – so die wiederholte Klage insbesondere in Bezug auf die ausländischen Arbeitgeber – niedrige Löhne, die regelmäßig unterhalb des eigentlich gesetzlich fixierten Mindestlohns von ca. 140 Euro im Monat liegen, sind hier typisch. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hatte sich die Wut vieler TunesierInnen insbesondere auch gegen ausländische Konzerne gerichtet. Die Nichteinhaltung des Mindestlohns, immer prekärere Arbeitsbedingungen und schnelle Entlassungen sorgten für Empörung (Arfa 2012). Im Winter 2010 zündeten aufgebrachte Beschäftigte eine Fabrik des italienischen Herstellers Benetton an, und eine bemerkenswerte Unterstützung der Revolution gab es seitens der in den freien Produktionszonen beschäftigten, vorwiegend weiblichen Textilarbeiterinnen: würdige Behandlung erstreckte sich hier auch auf Anerkennung in der Arbeit, respektablen Umgang in der Arbeitswelt usw. (Ben Yamia 2012).

Prekarisierung ist aber auch in Bezug auf die ehemaligen Staatsbetriebe ein großes Thema. Wie Amin Allal und Karine Bennafla (2011) schildern, waren beispielsweise die Städte Gafsa und Redeyef mit den national wichtigen Phosphatminen und Papierfabriken bis in die frühen 1980er Jahre ein „Eldorado der Arbeit“ (ebd.: 31): es herrschte „männliche Vollbeschäftigung“ (ebd.), die hier beschäftigte Elite der Arbeiterschaft genoss nicht nur hohe Löhne, sondern auch weitreichende soziale Absicherung und eine mit dem Großbetrieb verbundene soziale Infrastruktur wie Krankenhäuser, Geschäfte und Versorgungseinrichtungen. Mit der Privatisierung und Liberalisierung der Minen und anderer Staatsbetriebe behielten zwar einige Beschäftigte diese Privilegien (noch heute sagt man hinter vorgehaltener Hand, dass es dort Arbeiter gebe, die umgerechnet über 1000 Euro verdienen!) – vor allem aber kam es zu massenhaften Entlassungen und dann prekären Neueinstellungen: mit extrem niedrigen Löhnen und nicht absehbarer Beschäftigungsdauer.

Prekarisierung stellt dabei selbst nur einen Übergangsbereich dar, von formaler und sicherer Beschäftigung hin zu dem breiten Phänomen informeller Arbeit, um irgendwie seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Der Gemüsehändler Bouzid, der sich im Dezember 2010 selbst verbrannte und damit – so die offizielle Geschichte – die tunesische Revolution mit auslöste, ist ein gutes Beispiel hierfür: Er bestritt seine Existenz damit, Obst und Gemüse auf einem Markt zu erwerben, um es einige Kilometer weiter mit einem Stand an der Straße etwas teurer weiterzuverkaufen<sup>55</sup>. Doch die typischen fliegenden Händler sind nur eine Form der verbreiteten informellen Beschäftigung, die von familiären Gelegenheitsdiensten bis hin

---

<sup>55</sup> Anlass seiner Selbstverbrennung, so geht eine der vielen Geschichten, sei eine erneute Polizeikontrolle und die Beschlagnahmung seiner Waren aufgrund fehlender Papiere gewesen.

zu Schwarzarbeit in Unternehmen reichen kann. Der Umfang dieses Phänomens wird anhand einer aktuellen Studie des tunesischen Unternehmensverband UTICA deutlich, der errechnet hat, dass 85% aller tunesischen Firmen (angegeben werden 524.000 von 616.000) im informellen Bereich bzw., wie es heißt, in der „Parallelökonomie“ tätig sind und nach den Zahlen der Gewerkschaft UGTT 40%, nach den Zahlen des Arbeitgeberverbandes UTICA 50% des BIP ausmachen (giz 2014).

Die Gewerkschaft UGTT erklärte den Kampf gegen prekäre Beschäftigung zu einer der vordringlichsten Aufgaben, und 2013 ist es ihr gelungen, ein Abkommen zur Übernahme von LeiharbeiterInnen im Öffentlichen Dienst abzuschließen. Hier, in den Bereichen Verwaltung, Post, Bildung, Verteidigung usw., waren ebenfalls oft 30-40% der Beschäftigten auf prekärer Basis angestellt, das Abkommen soll dies zurückdrängen (Solidaire 2011; Dermech 2012).

Doch Armut und Exklusion manifestieren sich auch in Tunesien nicht allein in geringem Einkommen, sondern ebenso in eklatant *vernachlässigter Infrastruktur*. Hierzu gehört der Verfall von Schulen, Hospitälern, Straßen und Eisenbahnnetzen – aber auch die (Nicht-)Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Wasser und Elektrizität. Hinzu kommt die Wasser-, Luft- und Bodenverseuchung durch Phosphat- und Papierfabriken, die offenbar im Zuge der Liberalisierung auch ökologische Regulierungen immer stärker verletzen. Wie Amin/Bennafla (2011) berichten, ist es deswegen schon lange vor der Revolution 2011 immer wieder zu Unruhen und Protesten gekommen. Typische Forderungen waren dabei nicht nur die Senkung der seit den 80ern sukzessive freigegebenen Preise für Lebensmittel (die sog. Brotunruhen auslösten; vgl. Seddon 1987), sondern die Einwohner des sog. „inneren Tunesiens“, also der küstenfernen Gebiete der Rohstoffindustrie, streikten und revoltierten gegen eine umfassende politische Vernachlässigung ihrer Lebensbedingungen und die notwendigste soziale Infrastruktur. Der Staat, so die Autoren, hatte in dieser Perspektive eine Verantwortung, die er eklatant verletzte, was zu Verfall, herber Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen (Wasser, Luft), des Wohnraums usw. führte.

Dieses Ringen um die soziale Infrastruktur setzt sich seither fort: Während meines Aufenthaltes in Tunesien im Jahr 2012 waren wilde Streiks, vor allem aber auch die Blockade von Straßen und ganzen Städten und Regionen typisch, verbunden mit Forderungen danach, die Schulen wieder zu eröffnen, die letzten sozialen Einrichtungen nicht zu schließen, Bahnhöfe und Straßen zu bauen, usw. Der eigentlich vorhandene Reichtum des „inneren Tunesiens“, so der Tenor, müsse den dort Lebenden auch zugute kommen<sup>56</sup>, die massive, nicht zuletzt ökologische Zerstörung der Lebensgrundlagen gestoppt werden (Interviews 2012). 80% der Einnahmen aus der Phosphatproduktion würden an die Küsten und in die Hauptstadt transferiert, während es im Landesinneren zu veritabler *Unterentwicklung* komme.

Nicht von ungefähr ging die tunesische Revolution von diesem „unterentwickelten Landesinneren“, wie es in Berichten und Diskussion oft heißt, aus. Hier, in Sidi Bouzid, verbrannte sich der Gemüsehändler und errichteten junge Leute Straßensperren und organisierten Demonstrationen, denen sich einige Tage später auch die Hauptstadt und Küstenstädte anschlossen (s.u.; Bedoui 2012) – und damit auch diejenige soziale Schicht der Gesellschaft, der es sozial und materiell vergleichsweise gut ging: die wenigen, noch

---

<sup>56</sup> „Anstatt die Gewinne aus dem Phosphatabbau auch vor Ort zu investieren, gingen diese grundsätzlich in die repräsentativen Küstenregionen - dorthin, wo sich auch die Touristen gerne aufhielten. Städte wie Redeyef wurden bewusst vernachlässigt“, zitiert Katharina Pfannkuch (2013) den in Tunesien bekannten Gewerkschaftsaktivisten Adnan Hajji.

nach „alten“ Verträgen in den ehemaligen Großbetrieben Beschäftigten, die fest angestellten Beamten und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst (Lehrer, Professoren, Polizei-, Verwaltungs- und Sicherheitsbeamte, aber auch Journalisten), aber auch die bessergestellten Beschäftigten in den Tourismus-Zentren an der Küste. Typisch für diese etwas vorschnell häufig als „Mittelschicht“ Bezeichneten ist eine relativ starke Einbindung in formale Beschäftigung, damit ein relativ gesichertes Einkommen und ein Einbezug transmigrantischer Aktivitäten (vor allem nach Frankreich) in die alltägliche Lebensplanung (typisch z.B. ist es, die Kinder in Frankreich auf Schulen oder zum Studieren zu schicken).

Mit anderen Worten: abermals lässt sich als Resultat einer transnationalen, auf Marktöffnung, Liberalisierung und Preisfreigabe ausgerichteten Politik eine *Fragmentierung* von Ökonomie, Gesellschaft, Regionen, Lebenslagen usw. ausmachen. Mit dieser Feststellung soll die Verfolgung, das Leiden oder auch der Mut und die Beteiligung der „Bessergestellten“ an der Revolution 2011 nicht negiert werden. Allerdings scheint es mehr als fahrlässig, diese Revolution nun selbst zu einer der „Mittelschicht“ zu erklären (Kraushaar 2012) – und damit abermals die tiefe soziale Spaltung zu ignorieren. Vielmehr scheint sich in Tunesien etwas ganz anderes abgespielt zu haben: nämlich ein zumindest zeitweises politisches und soziales Zusammengehen von zwei in der Gesellschaft sozial sehr unterschiedlich aufgestellten Gruppen.<sup>57</sup>

Darauf deutet auch der Umstand hin, dass die massive soziale Fragmentierung Tunesiens mit der Revolution selbst zum Thema geworden ist. Neben „Würde“, „Arbeit“ und „Brot“ (letzteres im Sinne basaler Mittel des Überlebens) bezogen sich Forderungen immer wieder auf die notwendige Entwicklung des Landesinneren, auf die Umverteilung von Reichtum. Die *soziale Frage* war mit in ausgesprochen hohem Maße zugleich eine regionale Frage geworden. Auch in Presse und Öffentlichkeit wurde die mit eklatanter Verarmung im Land einhergehende tiefe Spaltung der Gesellschaft breit thematisiert. Es könne nicht sein, so der Tenor, der quer zu vielen politischen und sonstigen Divergenzen formuliert wurde, dass Menschen völlig aus der Gesellschaft herausfallen, dass sie keinen Zugang zu notwendigen Ressourcen, keine menschenwürdigen Wohnungen, kein Wasser, keine Schulbildung für die Kinder, und natürlich immer wieder: keine Arbeit und Einkommen haben. Diese Spaltung der Gesellschaft wird in der öffentlichen Debatte mit unterschiedlichen Begriffen gefasst: als „Kolonialbeziehungen nach innen“ (im Sinne einer Ausplünderung der dortigen Ressourcen), als Bezeichnung des Landesinneren als „vergessenes Tunesien“ (alle Mittel gehen in die Hauptstadt und an die Küste), als „ungleiche regionale Entwicklung“ – oder aber Tunesien insgesamt als eine „Gesellschaft zweier Länder“ gefasst (vgl. La Presse, 18.01.12; Ben Jazia 2011; Braune 2011; Finkenzeller 2012). Die „Entwicklung der Regionen“ ist im Zuge der Revolution zu einem die politischen Parteien übergreifenden Schlagwort der notwendigen Abmilderung der eklatanten sozialen/regionalen Gegensätze geworden.

So hat die Regierung – zu Teilen auch in Zusammenarbeit mit der deutschen GIZ – Programme zur „Entwicklung der Regionen“ aufgelegt, an denen sich auch die tunesischen Gewerkschaften beteiligen. Zudem bemühen sich letztere derzeit um eine stärkere Verankerung sozialer Forderungen des Landesinneren in den neu eingerichteten „Sozialdialogen“ (ILO 2012; Bedoui 2012). Allerdings wäre

---

<sup>57</sup> So lautete auch eine Andeutung in einem Gespräch mit Rhida Chenouffi, dem ich zahlreiche Informationen, Hinweise und Kontakte verdanke.

Optimismus in Bezug auf das Gelingen eines Mehr an sozialem Ausgleich verfrüht. *Erstens* wurde und wird die soziale und regionale Spaltung schon bald nach der Revolution massiv dynamisiert und überlagert von zunehmenden politischen Konfrontationen zwischen „antimodernistischen Islamisten“ hier und der „laizistischen“, zugespitzt formuliert: francophonen und an der „europäischen Moderne“ orientierten städtischen Bevölkerung dort (Le Monde vom 13.01.12; vgl. auch Schmid 2012). Die heftige und notwendige Auseinandersetzung um Religionsfreiheit oder die Verteidigung von Frauenrechten in der weiteren Entwicklung der tunesischen Gesellschaft drohen soziale Fragen an den Rand zu drängen und in Fragen des „Fundamentalismus“ umzuinterpretieren. Dies wird insbesondere daran deutlich, dass und *zweitens* der wirtschaftspolitische Entwicklungsweg einer liberalen, angebotsorientierten Weltmarktintegration bislang kaum in Frage gestellt, sondern umgekehrt vom überwältigenden Teil der die öffentliche Auseinandersetzung bestimmenden Akteure auf Wirtschaftswachstum durch v.a. europäische Investoren gehofft wird (vgl. z.B. La Presse Januar 2012; Meddeb 2011; Conjoncture 2011). In der Folge erscheinen die anhaltenden sozialen Proteste im Landesinneren vor allem als Störung eines Weges zu wirtschaftlicher und damit auch sozialer Prosperität und werden nicht selten kritisiert und auch diffamiert (vgl. z.B. die Wirtschaftszeitung Conjoncture 2011, sowie die Berichterstattung in der Tageszeitung La Presse Januar – Februar 2012)<sup>58</sup>.

Damit bleibt das Problem der Fragmentierung der Gesellschaft in hohem Maße virulent. Es sind derzeit vor allem die „städtischen Mittelschichten“, die sich in der politischen, nicht zuletzt gewerkschaftspolitischen Öffentlichkeit in relativ hohem Maße repräsentiert sehen, und es sind zunächst einmal ihre Forderungen nach politischen Freiheitsrechten wie auch nach Zurückdrängung von Prekarisierung im öffentlichen Dienst (s.o.), die bislang material Niederschlag gefunden haben. Hingegen muss man nur eine beliebige Zeitung, Sendung oder einen Bericht über Tunesien wahrnehmen, um als erstes zu hören, dass die eklatanten sozialen Probleme vor allem im Landesinneren bislang noch nicht beseitigt werden konnten, sich im Gegenteil noch zuspitzen. Die anhaltenden sozialen Proteste im Land, die sich gegen die Regierung, alte Machthaber-Cliquen, örtliche Vorgesetzte, aber auch gegen Auslandskonzerne richten (vgl. Arfa 2012), zeigen, dass der Sturz des autoritären Regimes zunächst einmal „nur“ den Deckel von den bis dahin nicht offen artikulierbaren Ungerechtigkeiten und Verwerfungen genommen hat. Die großen sozialen Probleme bestehen weiterhin, haben sich im Zuge der politischen „nach-revolutionären“ Transformationen (Einbruch des Tourismus, Produktionsschwierigkeiten durch Blockaden und Proteste; vgl. z.B. Schmid 2012) und vor dem Hintergrund der europäischen Wirtschaftskrise z.T. sogar noch verschärft (vgl. Najjar 2011; Ayaidi 2012). Die Anliegen der weniger gebildeten und/oder armen Schichten im Landesinneren (wofür exemplarisch das Schicksal des Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi steht) sind bislang noch weitgehend unerfüllt (Braune 2011).

Es sei noch einmal wiederholt: diese Problematik der tiefen sozialen und ökonomischen Fragmentierung bleibt in der medial verbreiteten Interpretation des „arabischen Frühlings“ insgesamt und von Tunesien

---

<sup>58</sup> Auch die „Rezepte“, die nun zur Entwicklung der Regionen vorgeschlagen werden, sind zumindest in relevanten Teilen eine Fortführung jener Ansätze dar, die bereits seit den 80er Jahren nicht in der Eröffnung einer sozialen Perspektive für das Landesinnere mündeten: Der Entwicklungsplan von 1991 sah die Stärkung von Kleinunternehmertum vor, was aber nur wenig und nicht nachhaltig genutzt werden konnte (Amin/Benaffla 2011: 33) – heute sucht das Programm der GIZ die soziale Misere mit der massenhaften Bereitstellung von Mikrokrediten zu begegnen (giz 2014b; zur Kritik an der Politik der Mikrofinanzierung vgl. Klas/Mader 2014).

insbesondere als „Aufruhr der Ausgebildeten“ (Kraushaar 2012), als Revolution der jugendlichen, gut ausgebildeten *Mittelschichten*, systematisch ausgeblendet (vgl. Asseburg 2011; Nordhausen/Schmid 2011). *Deren* Ansinnen auf (mehr und demokratischerer) Partizipation an ökonomischem und sozialem Wachstum (Ausbau der Bildungsinstitutionen, Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten etc.) erscheinen – im völlig richtigen Bemühen, die Analyseperspektive von „nationalen Containern“ (Roth 2012: 40) zugunsten einer transnationalen Perspektive zu überwinden – nun als das *weltgesellschaftlich Allgemeine* (vgl. ebd.; sehr ähnlich: Beck/Grande 2004), der grundsätzliche Charakter der gegenwärtigen fragmentierenden Wachstumsdynamik bleibt außen vor.

### 2.3 Zwischenbilanz: Wachstum und soziale Fragmentierung

Mittelosteuropa, hier beispielhaft v.a. Polen und Ungarn, sowie Tunesien stellen Länder der sog. europäischen Peripherie dar, die in den letzten Jahren mit hohen Wachstumsraten aufwarten konnten. Die Öffnung der Märkte, Preisfreigabe, die Privatisierung von Dienstleistungen und Vorsorgeeinrichtungen sowie insbesondere die (in den zitierten Fällen durchaus sehr erfolgreiche) Politik, über unternehmensfreundliche Standortangebote eine Einbindung der heimischen Produktion in transnationale Wertschöpfungsketten zu erreichen, gelten im Prinzip als wachstumspolitisches Erfolgsmodell (getrübt nur durch Wirtschaftskrise hier und Kleptokratie und Vetternwirtschaft dort). Die hohen Wachstumsraten scheinen eine Folge der Öffnung der Wirtschaft bzw. der sog. „angebotsorientierten Wirtschaftspolitik“, der damit einhergehenden Anbindung an modernes, weltweit gültiges Know-How und generell der Einbindung in transnationale Produktionsstrukturen und globale Märkte, inklusive der Kapitalmärkte. Und in der Tat fand innerhalb der Länder und Regionen ein zu großen Teilen auf Export orientiertes Wachstum statt, wurden die technologischen Produktions- und Arbeitsbedingungen (in Mittelosteuropa mehr noch als in Tunesien) grundlegend modernisiert und für die einkommensstärkeren Schichten „moderne“ Lebensverhältnisse, namentlich in den zentralen Innenstädten, geschaffen. Die hier beispielhaft angeführten Regionen und Länder machen aber auch und vor allem deutlich, dass von hohen Wachstumsraten eben nicht einfach auf hohes soziales Wachstum, auf (konsumtive) Einbindung der Bevölkerungen geschlossen werden kann. Für beide Beispiel-Fälle gilt – bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Gesellschaften, Ökonomien, Traditionen usw. – dass sie als zutiefst fragmentiert aufgefasst werden müssen. Entwicklung von Wachstum führt hier nicht zu allgemeiner Entwicklung von Wohlfahrt oder ansteigendem Konsum „der“ Bevölkerung, sondern zu massiver *interner ungleicher Entwicklung*.

*Generelle* wachstumsbasierte soziale Inklusion, wie sie das regulationstheoretische Konzept des Fordismus für die westlichen Nachkriegsgesellschaften als typisch herausstreicht und wie sie allerdings bis heute sowohl von öffentlich-herrschaftlichen Verfechtern des Wachstum wie dessen grundsätzlichen KritikerInnen unterstellt wird (vgl. Kap. 1.3.-1.5.) findet sich nur noch bei einem *Teil* der Bevölkerung und Beschäftigten: bei Führungskräften, in der Arbeitshierarchie Höhergestellten, aber auch Beschäftigten mit guten Verträgen im öffentlichen Dienst. Diese soziale und ökonomische Fragmentierung ist dabei nicht allein eine der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsverhältnisse, sondern sie umfasst die Lebensbedingungen im umfassenden Sinne: Als Spaltung im Zugang zu sozial wie „biologisch“ relevanten Ressourcen und zur Infrastruktur. Fragmentierung vor Ort, wie ich sie am Beispiel der

polnischen Stadt Walbrzych (Waldenburg) ausgeführt habe, wie sie aber ähnlich in Tunis anzutreffen ist, überlagert sich hier mit Fragmentierung zwischen Regionen (wie ich es am Beispiel der Diskussion um die „innere Peripherie“ in Tunesien beschrieben habe, wie es sie aber vergleichbar als regionale Fragmentierung in Polen, Ungarn usw. gibt).

In Mitteleuropa wie in Tunesien wird damit beispielhaft ein Wachstumsmodell sichtbar, das mit Herangehensweisen des methodologischen Nationalismus, also der kategorialen Voraussetzung von einer sozial wenigstens relativ homogenen nationalen (Untersuchungs-)Einheit, nicht mehr erfasst werden kann. Entgegen den methodologisch-nationalistischen Unterstellungen sowie den eindringlichen offiziellen Erzählungen von den mitteleuropäischen *Success-Stories*, denen sich wiederum neue „Beitrittskandidaten“ regierungsseitig anschließen wollen und also ebenfalls Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Öffnung der Märkte, Steuersenkung, Lohnzurückhaltung und Sonderwirtschaftszonen propagieren (Handelskammer Schweiz 2014) – ebenso wie übrigens relevante Teile der Herrschaftseliten in den sog. Krisenstaaten Europas, bspw. Griechenland und Spanien – bedeutet das Wachstum einer nationalen Volkswirtschaft keineswegs auch steigende konsumtive Wohlfahrt für die jeweilige Bevölkerung. Vielmehr zeigt sich, dass die Einbindung in moderne, hochproduktive und die Industrieproduktion und den Export steigernde Produktionsnetze *zusammengehen* mit massenhafter Verbreitung von exkludierenden Arbeits- und Existenzweisen. Annehmbare Arbeits- und vor allem Lebensbedingungen findet nur noch der bessergestellte Bevölkerungsteil vor, den man mit Giovanni Arrighi (1974, s.u.) als „Elite“ und „Subelite“ bezeichnen kann (vgl. Kap. 4.3.3.). Dagegen wird ein anderer Bevölkerungsteil wachstumlogisch exkludiert: (sehr) niedrige Löhne sind hier aus Unternehmens- und Regierungssicht zentrale Standortvorteile, also Basis von Konkurrenzfähigkeit und somit Grundlage der Ansiedlung und damit der Produktions- und Exportsteigerung.

Die Einbindung in transnationale Produktions- und Wertschöpfungsketten – und also die Einbindung in eine transnational ausgetragene unternehmerische Konkurrenz – generiert in dieser Weise durchaus Wachstum, allerdings findet in Mitteleuropa und Tunesien das genau nicht statt, was die öffentliche Debatte beständig zu behaupten sucht: ein Anschluss der Gesellschaft an ein europäisches Wohlfahrtsmodell, oder doch wenigstens aller derjenigen, die dieses Wachstum im Wortsinn produzieren. Vielmehr verdeutlichen die empirischen Skizzen, dass eine auf politische Regulierung weitgehend verzichtende, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die sich zudem von existenzsichernder Wohlfahrtspolitik verabschiedet, für einen enormen Teil der Bevölkerungen zu eklatantesten sozialen Verwerfungen führt – genau davon erzählt bei genauerer Betrachtung die tunesische Revolution. Es entstehen *fragmentierte Gesellschaften* mit auf der einen Seite „modernen“ Schichten, namentlich des öffentlichen Dienstes und der Produktionsorganisation in den städtischen Zentren, und auf der anderen Seite einer weitgehend verarmten Bevölkerung, insbesondere (aber nicht nur) im Inneren des Landes, verbreitet im informellen Sektor beschäftigt, die sich mit hoher Arbeitslosigkeit und Armut und einer zu weiten Teilen verwahrlosten Infrastruktur konfrontiert sieht – und die deshalb, wie hier noch einmal betont werden soll, auf solche Wirtschaftsaktivitäten zutiefst angewiesen sind, die die Degrowth-Debatte als alternative Ökonomie-Modelle versteht: *Subsistenzproduktion*.

Die hier beschriebenen Beispiele machen deutlich, dass diese Art des Wirtschaftens im regionalen Umfeld und in einer Perspektive der Selbstversorgung keineswegs per se zu einer progressiven Arbeits- und Lebensform erklärt werden kann. Es mag viele weniger notgedrungene Formen der Selbstversorgungsproduktion geben, als ich sie angeführt habe, aber es steht ohne Zweifel fest, dass wachsende materielle Not nicht nur zur Aufnahme prekärer und im umfassenden Sinne ungueter Arbeitsverhältnisse im formalen Sektor zwingt, sondern dass darüber hinaus die prekäre formale Lohnarbeitsexistenz zur Ausweitung ihrerseits prekärer, oft äußerst ungueter Subsistenzformen führt.

Schließlich muss noch erwähnt werden, dass ein zentraler Grund für die fortbestehende wachstumslogische Hegemonie die vorherrschende Interpretation von sozialen Spaltungen als kulturelle und religiöse zu sein scheint. Wie ich für Mittelosteuropa nur andeuten konnte (vgl. hierzu z.B. Meardi 2000) droht eine Debatte über die Spaltungen in „Modernisierer“ und „Traditionalisten“ (in Tunesien noch zugespitzt als Spaltung in „Laizisten“ und „Islamisten“) die soziale Frage wenn schon nicht vollends zu negieren, so aber doch auszulegen als (zu weiten Teilen selbst verursachtes) Zurückbleiben in einer eigentlich progressiven, freiheitlichen europäischen Gesamtentwicklung<sup>59</sup>. Das europäische Entwicklungsmodell als solches kann auf diese Weise nicht prinzipiell hinterfragt und dekonstruiert werden – und also auch nicht die wachstumslogische Grundannahme, dass das Wachstum einer Gesellschaft dieser auch im Prinzip als Ganzes zugute kommt. Der konzeptionell fortgeführte (wachstumslogische) methodologische Nationalismus stellt insofern einen begrenzten analytisch-begrifflichen Zugang zu einer mittlerweile transnational-fragmentierenden Form ökonomischer und sozialer Vergesellschaftung dar.

### **3. Das Konzept der „Dualisierung“ als Gegenbegriff zur idealtypischen Konstruktion effizienter Marktwirtschaften und wohlfahrtsstaatlicher Durchkapitalisierung**

In Kapitel 1 wurde der Begriff „Wachstum“ als einer vorgestellt, der (in enger Verbindung zu dem der „Entwicklung“) eine Koinzidenz behauptet zwischen privatwirtschaftlichem Akkumulationsimperativ und gesellschaftlich-allgemeiner (konsumtiver) Wohlfahrt, und es wurde betont, dass diese Koinzidenz als ideologisches Mantra in Permanenz behauptet wird, ohne dass bislang von wachstumskritischer Seite *begrifflicher* Widerspruch gegen die Zusammenführung von Investition und Konsumtion im Begriff erhoben wurde, was – wie ich in Kapitel 1.2. betone – wesentlich auch an einer Herangehensweise des methodologischen Nationalismus liegt, hier insbesondere eines wachstumlogischen Nationalismus, insofern wachsendes Bruttoinlandsprodukt eines Landes mit wachsendem Konsum seiner Bevölkerung identifiziert wird.

---

<sup>59</sup> Dieser Gedanke wurde schon 1976 von Alain Touraine generell formuliert: als Reduktion jeden Widerstandes gegen soziale Missstände auf eine „Widerständigkeit gegen Wandel“: „Le thème de la modernisation est und composante importante de l'idéologie des dirigeants, surtout parce qu'il réduit au non sens, à la résistance au changement celui qui ne se conforme pas à la modernité. Jamais les rapport sociaux réels, la nature du pouvoir et de l'exploitation ne son même évoqués“ (Touraine 1976: 27f.). Aktuell identifizieren beispielsweise Errol Babaccan und Axel Gehring (2013) diese Re-Interpretation von „Armut und Prekarität“ als „Rückschritt und Traditionalität“ für die Türkei als einen der zentralen Gründe für den dortigen hegemonialen Aufstieg des politischen Islam.

Die im zweiten Kapitel anhand von Mittelosteuropa (wesentlich Polen und Ungarn) sowie Tunesien vorgestellten empirischen Befunde widersprechen der Koinzidenz von Wachstum und allgemeiner gesellschaftlicher Wohlfahrt erheblich. Allerdings muss dies die gängige Vorstellung von Wachstum noch nicht erschüttern. Denn in der Entwicklungstheorie gibt es schon länger ein Konzept, das insbesondere auch auf das von mir betonte Auseinanderfallen von Ökonomie und Gesellschaft, deren *Fragmentierung*, eine (allerdings unbefriedigende) Antwort formuliert: Hiernach sind Armut, verbreitete Subsistenzwirtschaft und informelle und Niedriglohnbeschäftigung Ausdruck noch ungenügender (Wachstums-)Entwicklung, von *Untereentwicklung*. Die oft ärmlichen, oft (notgedrungen; vgl. Kap. 2.1.5. und 2.2.) an kleinbäuerliche Einkommen gebundenen Lebensweisen erscheinen als *Relikt* traditioneller, vor-industrieller Gesellschaftsepochen, die sozioökonomisch ebenso wie individualpsychologisch noch ungenügend von der Wachstumslogik durchdrungen sind. (Und wie ich angedeutet habe, wird auch heute die Frage nach sozialen Exklusionssystematiken oft genug beiseite gedrängt durch ein Interpretationsschema, das Exklusion als kulturell und sozial mitverschuldetes Zurückbleiben in der Modernisierung betrachtet.) Fragmentierung ist hier die *unvollständige* gesellschaftliche Verallgemeinerung von Wachstum und (darin eingebettete) sozio-ökonomische Entwicklung. „Moderne“ Sektoren, soziale Gruppen und psychologische „Einstellungen“ stehen hiernach jeweils „traditionellen“ gegenüber – während umgekehrt „gleichgewichtiges Wachstum“, wie es oft auch bezeichnet wurde und wird, modernen Marktwirtschaften inhärent zu sein scheint.

Dies ist die grundlegende Konzeption des prominenten Begriffs der „Dualisierung“ der Mainstream-Entwicklungstheorie, wie sie seit Beginn des letzten Jahrhunderts diskutiert wird. Dualisierung gilt dabei als Merkmal von sog. Entwicklungsländern, also solchen, die das Reifestadium wohlfahrtstaatlicher Durchkapitalisierung, die Verallgemeinerung von Wachstum und Entwicklung, noch nicht erreicht haben. Ich will im Folgenden dieses Konzept etwas genauer vorstellen, bevor ich dann in Kapitel 4 auf dessen kritische Wendung und begriffliche Neubestimmung zu sprechen komme.

Als Begründer des Konzepts der Dualisierung gilt der holländische, in den 1930er Jahren in Niederländisch-Indien eingesetzte Kolonialbeamte Julius Herman Boeke mit seinem 1953 publizierten Hauptwerk „Economics and Economic Policies of Dual Societies“. Boeke diskutiert und konzeptionalisiert seine Beobachtungen, dass – anders als gemeinhin vermutet – die ökonomische Einbindung „traditioneller Gesellschaften“ (über Handel, Investition von kolonialen Unternehmen usw.) zunächst keineswegs zu einer *allgemeinen* wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung führe. Wie in nahezu der gesamten folgenden – auch der kritischen – Entwicklungsdebatte stellt Boeke dabei eine ökonomisch und sozial „homogene“ (westlich-moderne) Gesellschaft einer „inhomogenen“ bzw. „dualen“ „Entwicklungsgesellschaft“ gegenüber: Während „normale“ (westliche) Entwicklung durch die Etablierung der Vorherrschaft *eines* „sozialen Systems“ bzw. „social styles“<sup>60</sup> von handlungsrelevanten Normen und technologischem Stand gekennzeichnet sei, seien duale Gesellschaften markiert durch "showing a distinct cleavage of two synchronic and full grown social styles which in the normal, historical evolution of

---

<sup>60</sup> Nach Boeke definieren der „social spirit“, die Organisationsform sowie die jeweils dominierenden Technikformen die soziale Gesamtheit einer Gesellschaft, eine solche soziale Gesamtheit bezeichnet er auch als ein soziales System bzw. häufiger noch als einen „social style“.

homogeneous societies are separated from each other by transitional forms, as for instance, pre-capitalism and high capitalism by early capitalism“ (ebd.: S. 4 ).

Zwar würden auch in „normalen“ Entwicklungswegen alte und neue soziale Systeme nebeneinander bestehen, die ersteren im Zuge der ökonomischen und sozialen Entwicklung allerdings mit der Zeit weitgehend verschwinden. Demgegenüber bleibe die Dualität in den sog. Entwicklungsländern bestehen, die deshalb „dualen Gesellschaften“ darstellen würden. Die externe Modernisierung bleibe unvollendet, es fände Import moderner Ökonomien, Technologien und „social styles“ statt, denen es allerdings nicht gelänge, sich auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen. Auf diese Weise würde ein „traditioneller“ Sektor mit starker landwirtschaftlicher Prägung, Subsistenzwirtschaft, Barterhandel, starker traditioneller und familiärer Orientierung und auch geringer subjektiver Ausrichtung auf Leistungssteigerung neben einem „modernen“ Sektor bestehen bleiben, der durch die Zielgröße der Effizienzsteigerung, durch moderne Technologien, Ausrichtung auf Export und auch subjektive Vorstellungen von Rationalisierung, Aussicht auf individuelle Verbesserungen und damit individueller „Entwicklung“ gekennzeichnet sei.

In der weiteren Betrachtung wurde das Konzept der Dualisierung vor allem als Beitrag zu einer weiter zu forcierenden Modernisierung durch (Auslands-)Investitionen interpretiert<sup>61</sup>. „Dualisierung“ fokussiert nun wesentlich auf Vorstellungen eines dualisierten *Arbeitsmarktes*, wobei die Bezeichnungen der zwei als getrennt angenommenen Sektoren variierten: „One sector is that which is alternatively called ‘capitalist’, ‘formal’, ‘modern’, ‘industrial’ or ‘urban’. The other is that which is alternatively called ‘subsistence’, ‘informal’, ‘traditional’, ‘agricultural’, or ‘rural’.” (Fields 2004: 2)

Wichtig sind in jedem Fall aber die scharfen politischen, sozialen und ökonomischen Gegensätze, als vermeintlich typisches Kennzeichen von Unterentwicklung. Die betrachteten Gesellschaften gelten als zutiefst entlang der Trennungslinie moderne/traditionell gespalten, und auch die für Mittelosteuropa und Tunesien beschriebene nur „kathedralenartige“ oder „enklavenhafte“ Produktions- und Existenzweise (vgl. Kap. 2.1.4. und 2.2.) findet sich in den Darstellungen:

„We find a few industries highly capitalized, such as mining or electric power, side by side with the most primitive techniques; a few high class shops, surrounded by masses of old style traders; a few highly capitalized plantations, surrounded by a sea of peasants. But we find the same contrasts also outside their economic life [...]. There is the same contrast even between people; between the few highly westernized, trousered, natives, educated in western universities, speaking western languages, and glorying Beethoven, Mill, Marx, or Einstein, and the great mass of their countrymen who live in quite other worlds.” (Lewis 1954: 147)

Der zuletzt zitierte Sir W. Arthur Lewis gilt neben Boeke mit seinem Modell der dualen Wirtschaft als Begründer der modernen Entwicklungsökonomie. Entscheidend ist für ihn (und viele Nachfolger), dass der Dualismus zwar hartnäckig sei, letztlich aber *überwunden* werden könne. Lewis stellt hierfür in seinem mit einem Nobelpreis ausgezeichneten Arbeitsmarktmodell den anhaltenden Zufluss günstiger Arbeitskräfte heraus, die ihrerseits die Investitionstätigkeiten im modernen Sektor weiter anregen: denn im „modernen“ Sektor liegen die Einkommen zwar höher als im „traditionellen“, steigen aber aufgrund des hohen Arbeitskräfteangebots nicht. Entsprechend führt dieses günstige Arbeitskräfteangebot, so Lewis in

<sup>61</sup>Aufgrund dieser Vereinnahmung wurde Boeke später große Nähe zu neoklassischen Entwicklungstheorien vorgeworfen, was aber so nicht unbedingt geteilt werden muss (vgl. Menzel 1995: 19).

angebots- und gleichgewichtsorientierter Denkweise, zur Expansion des modernen Sektors und entsprechend in eine allmähliche Überführung des traditionellen in den modernen bzw. zur Auflösung von ersterem.<sup>62</sup>

Diese entwicklungslogische, teleologische Konzeption von „Dualisierung“ als – von den Gleichgewichtskräften letztlich doch zu überwindende – Persistenz tiefer Spaltungen und Unterschiede in Wirtschaft und Gesellschaft ist bis heute stilbildend (vgl. Tignor 2006; Ranis 2004), in der Ökonomie – dem neoklassischen Gleichgewichtsdanken folgend – wesentlich entlang mathematisierter Darstellungen diskutiert (vgl. Sen 1966; Kalckreuth 1997). Darüber hinaus gibt es zahlreiche Anwendungen des Dualismus-Theorems, auch auf unterschiedliche „Teilbereiche“: Gesprochen wird neben dem ökonomisch-technischem Dualismus („Nebeneinander von kapitalintensiven, meist exportorientierten modernen Sektoren und eines traditionellen, mit primitiver Technik arbeitenden und nur lose an den nationalen Güter- und Geldmarkt angebotenen Subsistenzsektor“, ibim o.J.), von regionalem Dualismus („Zweiteilung des Landes in industrialisierte Zentren und dem infrastrukturell nur schwach erschlossenen Hinterland“ (ebd.) oder einem kulturellen Dualismus als Gegensatz zwischen „modernen“ westlichen und sog. „traditionellen“, an Religion, Brauchtum und Familienzugehörigkeit usw. orientierten Werten und Lebensweisen (vgl. insgesamt Nuscheler 2004)<sup>63</sup>. Dabei geht es um soziale, ökonomische und auch räumliche Spaltung, die allerdings – wie erwähnt – für einen Großteil der Diskutanten möglich ist zu überwinden: v.a. durch Auslandsinvestitionen, durchaus auch in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Staat, auf der habituellen und Werteebene als „Diffusion“ westlicher Werte in die Allgemeinheit des jeweiligen „Entwicklungslandes“ (vgl. Zapf 1997; in kritischer Perspektive Eichberger 2011: 22ff.).

Derartigen Befunden wird systematisch eine „entwickelte“ Marktwirtschaft und das ihr vermeintlich inhärente „gleichgewichtige Wachstum“ gegenübergestellt, und zwar nicht nur als zu begrüßende Errungenschaft, sondern als zentrales Moment von Überlegenheit durch erhöhte Effizienz selbst:

„Ein relativ gleichwertiges Wachstum gibt es allein in marktwirtschaftlichen Ordnungen mit Mehrparteiensystem und Wahlen, weil allen Bevölkerungsschichten die notwendigen Anreize für erhöhte Arbeitsleistungen geboten werden (müssen). Dagegen bleiben in zentral geleiteten Volkswirtschaften und in marktwirtschaftlichen Entwicklungsländern Ungleichgewichte in Form eines starken Gefälles im Lebensstandard zwischen ‚Reichen‘ und ‚Armen‘ bestehen (Dualismus).“ (Boettcher 1982: 140)

Erik Boettcher weitet den Befund des Dualismus also auch auf „kommunistische“ Länder aus, die er als „zentral geleitete Volkswirtschaften“ versteht:

„Sie haben beide [die zentral geleiteten Volkswirtschaften und marktwirtschaftliche Entwicklungsländer] rasch wachsende Teilbereiche, denen eine verbreitete Armut als Massentatbestand breiter Bevölkerungsschichten gegenübersteht. Darin unterscheiden sie sich beide

---

<sup>62</sup> Die traditionelle, oft arbeitslose und ungebildete Bevölkerung ist in dieser Vorstellung – wie Ulrich Menzel (1995: 19) bemerkt – einerseits zentraler Parameter von Unterentwicklung, andererseits (als billige Arbeitskraft) auch zentrale Bedingung ihrer (teilweisen) Überwindung.

<sup>63</sup> Insgesamt hatte der individualpsychologische Bereich eine große argumentative Bedeutung, sowohl zur Identifizierung von Entwicklung wie auch zur Erklärung von Unterentwicklung: „Mentale“ und „kulturelle“ Faktoren sowie mit der Urbanisierung einhergehende Individualisierung, Alphabetisierung, Qualifizierung, die Orientierung auf Leistungsmotivation usw. wurden zu zentralen Bestimmungsparametern von Entwicklung und umgekehrt zur zentralen Erklärungsursache von „Rückständigkeit“ (vgl. Menzel 1995: 21).

von entwickelten Marktwirtschaften [...]. Diese sind gekennzeichnet durch hohen Wohlstand und durch eine breite Streuung von Einkommen und Vermögen“ (ebd.: 149).

Zur Darstellung des Dualismus in den Entwicklungsländern und im „Kommunismus“<sup>64</sup> greift Boettcher selbst auf Marx zurück und argumentiert – wie durchaus auch kritische Ansätze, beispielsweise der Regulationstheorie – mit dem Ausbleiben von Massenkonsum als zentralem ökonomischen Stabilitätsfaktor:

„Die Produktion wird also [nach der Marx’schen Darstellung der Industrialisierung; SH] einseitig auf das Wachstum an sich orientiert (für Marx ist das eine Perversion, wenn Maschinen nicht für die Herstellung von Konsumgütern verwendet werden können, und stattdessen nur wieder für die Herstellung von neuen [...] Maschinen verwendet werden müssen).“ (Ebd.: 157)

Konsumieren könnten hier, in der Frühphase des Kapitalismus, „nur die Haushalte der Kapitalisten“, so Boettcher, und er fährt fort:

„Diese Theorie könnte das heutige Erscheinungsbild der Entwicklungsländer erklären, zumindest trifft sie deren Erscheinungsbild. Möglicherweise ist das auch ein Grund, warum sich immer mehr Ökonomen dieser Länder dem Marxismus zuwenden [...]. Man sollte auch bei uns ruhig zugeben, dass es diese augenfälligen Übereinstimmungen [mit den Analysen von Marx; SH] gibt [...] und dass das Erscheinungsbild seiner Zeit in unserem Europa dem Erscheinungsbild der Entwicklungsländer in dieser Beziehung entspricht“ (ebd.).

Weniger optimistisch als viele andere Mainstream-Entwicklungstheoretiker kritisiert Boettcher dann beherzt Vorstellungen der Entwicklungshilfe, Fortschritt würde sich als landesweiter verbreitern und greift dabei auch ein auf Nationalstaaten ausgerichtetes Addieren von regional sehr unterschiedlichen Wachstumszahlen an: „Es bilden sich in [den Entwicklungsländern; SH] typischerweise nur Fortschrittsinseln aus, von denen ausgehend der technische Fortschritt in die stagnierenden Rückstandsbereiche nicht oder nur ganz unzulänglich diffundiert wird.“ (Ebd.: 163). Die Entwicklungsforschung „hat die Finanzierung des Aufbaus von Schwerpunktprojekten empfohlen“ und dabei „angenommen, dass von diesen ausgehend der technische Fortschritt sich über die ganze Volkswirtschaft verbreitern würde“, ähnlich wie in den Industrieländern in der Folge des „Marshallplans“.

„[Die] ursprünglich allgemeine Erwartung der Entwicklungspolitiker [war], dass das ungleichmäßige Wachstum ungehemmt in ein gleichgewichtiges Wachstum einmünden würde. Heute wissen wir, dass diese Hoffnung insgesamt getrogen hat. Die Entwicklungshilfe hat international vielmehr zu Wachstumsmetropolen geführt, die das rückständige Hinterland unberührt lassen. Als die großen Ausnahmen rühmt man Taiwan, Singapur und Hongkong. Letztere können aber nur deshalb als Ausnahmen gelten, weil man sich daran gewöhnt hat, Entwicklung im Umkreis von Staatsgrenzen zu beurteilen.“ (Ebd.: 163f.)<sup>65</sup>

Boettcher betont, dass die interne „ungleichmäßige Entwicklung“, also Dualismus, übersehen würde, wenn man „immer nur danach fragt, wie sie [die Volkswirtschaften] sich insgesamt entwickeln“ (ebd.).

Um es zusammenzufassen: Das Konzept der Dualisierung wird im Mainstream der Entwicklungsdebatte zur Beschreibung von kulturellen, politischen und vor allem sozialen und ökonomischen Spaltungen und

<sup>64</sup> Boettcher führt zur Begründung des Dualismus für Mitteleuropa eine Art historischer Fortwirkung starker regionaler Unterschiede an, die nicht überwunden würden, bei den Entwicklungsländern sei es das Eigeninteresse von Militär und Staat, Renten auf sich zu ziehen.

<sup>65</sup> Boettcher betont, dass die interne „ungleichmäßige Entwicklung“, also Dualismus, übersehen würde, wenn man „immer nur danach fragt, wie sie [die Volkswirtschaften] sich insgesamt entwickeln“ (ebd.: 149).

Fragmentierungen gebraucht, die im Inneren einer Gesellschaft bzw. „Volkswirtschaft“ anzutreffen sind. Es ist mithin ein Begriff, der *interne ungleiche Entwicklung* zu fassen versucht. Im Mainstream wird dabei – unabhängig vom Optimismus oder Pessimismus bezüglich der vorgestellten Überwindung des Dualismus – auf die Zuordnung zu den konträr gegenübergestellten Polen „modern“ und „traditionell“ abgehoben, was, wie skizziert, sowohl technisch-organisatorische und ökonomische als auch „mentale“ Gegenüberstellungen beinhaltet. Insgesamt wird Dualismus als Phänomen einer (noch) nicht erfolgreichen Modernisierung, also von Unterentwicklung, gefasst und den Ländern des Globalen Nordens gegenübergestellt.<sup>66</sup> Die dortige, zudem oft noch idealtypisch überhöhte, Koinzidenz von gesteigerten Profiten, Produktivitäten und Absatzzahlen sowie anwachsendem (Massen-)Konsum erscheint als Reifestadium von Kapitalismus überhaupt, das die „Entwicklungsländer“ noch nicht erreicht haben.

#### **4. Das Konzept der „strukturellen Heterogenität“ als kapitalismuskritische Wendung der Dualisierungs-Debatte**

Gegen diesen Mainstream der Entwicklungstheorie – der zudem, was hier leider wirklich nur benannt werden kann, von orthodox-marxistischen und parteipolitisch ausgerichteten Ansätzen prinzipiell völlig geteilt wurde (vgl. exemplarisch Warren 1980) – hatte sich insbesondere seit den 60er Jahren eine breite kritische Entwicklungsdebatte herausgebildet, die sehr grundlegend vor allem die strukturelle Abhängigkeit der „Peripherie“ von den „Zentren“ der Weltwirtschaft und den systematischen Ressourcentransfer von Süd nach Nord thematisierte. „Unterentwicklung“ war hiernach Resultat eines hierarchisch gegliederten ökonomischen und sozialen Weltzusammenhangs und also von sozioökonomischen Strukturen, die wesentlich als „Abhängigkeit“ (Dependenz) gefasst wurden.

##### **4.1 Entwicklungslogische Befangenheiten**

Allerdings blieb auch in dieser sich oft als zutiefst kapitalismuskritisch verstehenden Perspektive die Definition von „Unterentwicklung“ wesentlich an „duale“ bzw. nun als „heterogen“ aufgefasste Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen gebunden, so dass auch hier „entwickelter“, westlicher Kapitalismus in einer Verallgemeinerung sozialer Wohlfahrt bei wachsendem Konsum und wachsenden Profiten zu bestehen schien und wie selbstverständlich den Ländern der „Dritten Welt“ gegenübergestellt wurde.

Dabei blieb auch die vehement kapitalismus-kritische Entwicklungsdebatte, wiewohl sie unermüdlich darum rang, die wechselseitige Durchdringung von Erster und Dritter Welt strukturell und systematisch zu erfassen, in weiten Teilen einer Entwicklungslogik verhaftet, in der die „Erste Welt“ den Entwicklungsgang eines „normalen“ oder von Kapitalismus überhaupt zu repräsentieren schien. Obwohl eine (progressive)

---

<sup>66</sup>Der Auffassung von Fields (2004: 2f.), wonach die Diskussion um Dualisierung letztlich die Frage von sozialen Aufspaltungen und Fragmentierungen meint, die auch mehr Einheiten umfassen könnten als zwei, ist nur teilweise zuzustimmen. Bei aller, auch im Mainstream eingeräumten, *Abstufung* von Fragmentierungsprozessen, die sich in wesentlich mehr als nur zwei zentralen Ungleichheiten niederschlagen können, verweist die im Begriff betonte Dualität allerdings auf die für das klassische Modernisierungsdenken absolut zentrale Bipolarität „modern“ versus „traditionell“.

Stufentheorie von Kapitalismus weitgehend abgelehnt wurde<sup>67</sup>, blieb auch für jene, die mit starkem kapitalismuskritischem und anti-stufentheoretischem Einsatz argumentierten, das „entwickelte“ Wohlfahrtsmodell des Globalen Nordens durchaus Referenz ihrer begrifflichen Bestimmungen und Kritiken. Zwar gibt es – nicht zuletzt unter dem Eindruck neuer sozialer Bewegungen im Norden wie Süden – immer wieder auch Überlegungen in Richtung einer völlig anderen Arbeits- und Lebensweise (z.B. Frank 1974; Furtado 1984), diese gingen aber nicht oder nur bruchstückhaft<sup>68</sup> in die grundlegenden Konzeptionen von Entwicklung und Dependenz ein. Der Begriff der „strukturellen Heterogenität“ blieb konzeptionell für den Globalen Süden reserviert: massive sozio-ökonomische Ungleichheit schien lange Zeit ein exklusives Phänomen der „unterentwickelten“ bzw. „abhängigen“ Länder zu sein.

Auf diese Weise fand dann – oft gegen die eigene explizite Intention – doch eine begriffliche Gegenüberstellung einer „eigentlichen“ und einer „deformierten“ wie es explizit genannt wurde (Córdova/Michelená 1979 [1969]: 110) kapitalistischen Gesellschaftsformation statt. Mehr noch: die Abgrenzung von „entwickelten“ und „unterentwickelten“ Ländern erfolgte wesentlich entlang des Begriffs der „autozentrierten“ bzw. „sich selbst tragenden“ Entwicklung im Globalen Norden. „Autozentrierter“, „sich selbst tragender“ Kapitalismus blieb gedanklich die vorgestellte allgemeine Form von Kapitalismus überhaupt. Es gehe, so z.B. Dieter Senghaas (1974: 31) um „de[n] fundamentale[n] Unterschied zwischen abhängiger/deformierter Reproduktion und tendenziell autozentrierten Entwicklungsprozessen“.<sup>69</sup>

Die begriffslogische Perspektive auf einen „autozentrierten Kapitalismus“ ist durchaus irritierend, denn, wie noch genauer diskutiert wird, betonten Samir Amin, A. G. Frank, Dieter Senghaas und viele andere die unhintergehbare Funktionalität (in Form von Ressourcentransfers) der Dritten Welt für den Kapitalismus im Norden (Rohstoffe, billige Arbeitskräfte), zeichneten dann aber in der Abgrenzung zum dortigen Kapitalismus diesen als „sich selbst tragend“, „autonom“ usw. – ein Widerspruch, der teilweise auch expliziert wurde<sup>70</sup>, ohne ihn allerdings begrifflich auflösen zu können (s. z.B. Futardo 1974). Mit

---

<sup>67</sup> „Aufholen im Sinne einer irrigen Stufentheorie des Wachstums ist im Rahmen des real existierenden und seinem Wesen nach imperialistischen Kapitalismus unmöglich“ (Amin 2012: 81; vgl. auch Frank 1969; Ahmad 1983 u.a.). Ablehnung erfuhr insbesondere das von Bill Warren vertretene Konzept von Imperialismus als moderne und daher progressive Vorstufe zum Sozialismus (vgl. Ahmad 2012).

<sup>68</sup> „Werden steigende Konsumausgaben und deren zunehmende Diversifikation als ‚Anstiege des Lebensstandards‘ verstanden, dann müssen die Wertkriterien vom Fortschritt im ‚gesellschaftlichen Wohlbefinden‘ wieder in den Begriff von Entwicklung eingeführt werden. Aber man sollte nicht vergessen, dass Konsumwachstum ein Nebenprodukt im Reproduktionsprozess gesellschaftlicher Ungleichheiten ist, das andere Formen der Steigerung des Lebensstandards, die, bezogen auf die verschiedenen Entwürfe von gesellschaftlichen Veränderungen denkbar sind, ausschließt. Die Erkenntnis der Folgeprobleme und ein kritisches Bewusstsein, basierend auf der Praxis von Entwicklung, steht hinter vielen der anwachsenden politischen Bewegungen in den Ländern, in denen der Akkumulationsprozess am weitesten fortgeschritten ist: der Kampf gegen Umweltverschmutzung und die Verschwendung von nicht erneuerbaren Ressourcen, der Kampf um die Verteidigung des kulturellen Erbes, die Ablehnung des Konsumerismus.“ Diese Gruppen würden sich bemühen, neue gesellschaftliche Ziele zu definieren (Furtado 1984: 49f.). „Dieses geschärfte kritische Bewusstsein, das sich auf den gesellschaftlichen Entwurf, den [sic!] Akkumulation bezieht, bedroht zum ersten Mal substantziell die industrielle Kultur in den Ländern, die an der Spitze dieser Entwicklung stehen“ (ebd.: 30).

<sup>69</sup> „Development is a global, structural process of change, and underdeveloped countries are those countries which lack an autonomous capacity for change and growth and are dependent for these on the centre“ (Sunkel/Ray 1970: 30, zit. nach Warren 1980: 161).

<sup>70</sup> Vorstellungen von der „Autonomie“ des Nordens wurden in der Debatte durchaus auch kritisiert, diese Kritiken verblieben aber konzeptionell gewissermaßen noch in der „Arbeitsphase“. Carlos Johnson (1983) z.B. setzt sich mit genau der hier verfolgten Problematik auseinander, dass Dependenz- und Imperialismustheorien von einem klassischen Kapitalismus ausgehen, der letztlich der idealtypische des Globalen Nordens ist. Dem stellt er die *Inter-Dependenz* von USA und Lateinamerika gegenüber (ebd.: 87ff.). Die Vernachlässigung von Nord und Süd als gegenseitig zu bestimmendes soziales

anderen Worten: *abhängig*, und das hieß faktisch immer: eingebunden und abhängig von ökonomischen und sozialen *Weltmarktstrukturen*, schien so allein der Kapitalismus in der Dritten Welt zu sein – das begriffliche Ideal und letztlich analytische Referenz blieb der nationale, sich selbst tragende Kapitalismus.<sup>71</sup>

Obwohl also immer wieder betont wurde, dass der nördliche Kapitalismus gar nicht hätte entstehen können ohne Raubbau und Ressourcentransfer aus dem Süden, schien der Globale Norden ein Modell „normaler“ (nicht „deformierter“, „abhängiger“ oder „überausgebeuteter“) Entwicklung zu verkörpern, und zwar in einer Realisierung von wirtschaftlichem *Wachstum über Verallgemeinerung von Wohlfahrt*, also wohlfahrtsstaatlicher Durchkapitalisierung. Die Ausweitung des Konsums, so viele Diskutanten, ermögliche überhaupt erst die ihrerseits als „normal“ erachtete „Vermaschung“ (z.B. Elsenhans 1983), also relativ homogene Struktur der unterschiedlichen Produktionszweige – während diejenige im Globalen Süden eine „deformierte“, weil heterogene, Form bliebe.

In besonders exemplarischer Weise stellt Samir Amin (1974; ders. 2012) eine „autonome“ einer „peripheren“ Akkumulationsweise gegenüber und erklärt dabei die Realisierung von privatökonomischem Wachstum über ansteigenden Konsum zum allgemeinen Entwicklungsgesetz. Bezugnehmend auf die Marx'schen sog. „Reproduktionsschemata“<sup>72</sup> – und in Abwandlung derselben – gliedert sich nach Amin (1974: 72) „das ökonomische System“ generell in vier Sektoren: 1. Export, 2. Güter für Massenkonsum, 3. Güter für Luxuskonsum, 4. Ausrüstungsgüter. Dann hält er fest:

„Die entscheidende Verbindung in einem autozentrierten System ist diejenige, die mit dem Sektor 2 (Produktion der ‚Massen‘-Konsumgüter) mit dem Sektor 4 (die Produktion von Ausrüstungsgütern, die die Produktion von Sektor 2 ermöglichen sollen) verknüpft.“ Diese Verbindung habe „tatsächlich die historische Entwicklung des Kapitalismus im Zentrum des Systems (in Europa, Nordamerika und Japan) charakterisiert. Sie definiert folglich in abstrakter Weise die ‚reine‘ kapitalistische Produktionsweise, die im Kapital von Marx analysiert wurde.“ (ebd.)

Neben der Ausrichtung der Produktion auf Konsum gehe es also, so Amin, in der entwickelten kapitalistischen Form um das latent widersprüchliche, aber über steigende Löhne „ständig gemeisterte“ Verhältnis von Produktions- und Konsumkapazität (ebd.: 73); In einem „autozentrierten“, also „reinen“ Entwicklungsmodell, so Amin (ebd.: 80), aber beispielsweise auch Ruy Mauro Marini (1974: 121) und viele andere, habe der Lohn die inhärente Funktion, Nachfrage zu generieren, während er im

---

*Verhältnis* führe dann, so Johnson, dazu, dass der Wachstumsfetischismus auch in den kritischen Debatten fortgeführt würde. Aijaz Ahmad (1983) betont, dass Vorstellungen von Imperialismus als Fortschritt, wie sie Bill Warren (1980) besonders „schamlos“ vertrete, auf der Ideologie einer europäischen Autonomie beruhe. „I am speaking not of two systems, the civilized and the savage, one capitalist and the other precapitalist, but of one system, the imperialist. And imperialism is not simply a matter of the so-called productive forces, nor is it merely an economic system of unequal exchanges *between autonomous national economies*. Imperialism is simultaneously a world-economy as well as a global political system. The metropolitan/democratic state and the peripheral despotic state constitute a dialectical unity in that system, because each is necessary, in its own space, for maximization of the accumulation process“ (ebd.: 60). Es sei Teil der herrschenden Ideologie, die bis in den Marxismus reiche, Europa als historisch autonom zu untersuchen, was vielleicht durch „Abweichungen“ wie Kolonialismus oder Faschismus ging, „but whose secular history can be theorized adequately within the predicates of its own internal dynamic, so that the aberration in no substantial way contributes to, or detracts from Europe's essential splendor, isolation and difference“ (ebd.: 68).

<sup>71</sup> Der Begriff der „Dependenz“ kann entsprechend – gegen den ersten Eindruck der vielen auch ökonomischen Diskussionsbeiträge – als in hohem Maße politisch konnotierter Begriff angesehen werden, der auf das *Aufoktrojieren* von Gesellschaftsstrukturen durch die dominierende Gesellschaftsformation abzielt (Senghaas 1974; Hauck 2012).

„deformierten“ Kapitalismus, aufgrund der dortigen Orientierung auf den Weltmarkt-Export, lediglich Kostenfaktor sei. In der Folge widerspricht Amin naheliegenderweise auch seiner eigenen expliziten Aussage, dass es ein „Aufholen“ und ein Erklimmen vermeintlicher Entwicklungsstufen in der imperialen Konstellation nicht geben könne, denn andererseits setzt er doch darauf, genau jene Verbindung herzustellen: Eine „Strategie des Übergangs“ müsse an der Schaffung einer Verbindung der Sektoren 2 und 4, bei Auflösung der Verbindung 1-3-4 ansetzen – hin zu einem „wirklichen, autonomen und autozentrierten Entwicklungsmodell“ (Amin 1974: 81).

Kurz: in der Gegenüberstellung von „autozentrierter“ und „deformierter“ Entwicklung findet sich jene klassische Vorstellung weltweiter kapitalistischer Entwicklung wieder, wie sie auch von einem Gutteil der kritischen DiskutantInnen, die sich ja auch als entwicklungslogische GegnerInnen des Mainstreams sahen<sup>73</sup>, trotz der expliziten Abgrenzungen geteilt worden sind. Diese Entwicklungslogik läuft auf eine wohlfahrtsstaatliche Durchkapitalisierung hinaus, mithin auf wachstumsbasierte Inklusion, die der globale Norden damals wesentlich repräsentierte bzw. zu repräsentieren schien (vgl. Kapitel 1 und Kapitel 3).

Diese zu anderen Aussagen durchaus in eklatantem Widerspruch stehende Sichtweise blieb so lange Zeit paradigmatische Rahmung auch der undogmatischen kapitalismuskritischen Debatte. Sie zieht eine Reihe von systematischen und begrifflichen Begrenzungen nach sich, beispielsweise den nahezu durchgängig damals noch völlig unkritischen Bezug auf Industrialisierung, industrielles Wachstum usw., aber im (impliziten und expliziten) Bezug auf die sozialen Akteure, namentlich die Arbeitskräfte, die entgegen aller expliziten Kritik an dualen Betrachtungen oft als „rückständig-ländlich“ Marginalisierte den „progressiv-städtischen“ Lohnabhängigen entgegengehalten wurden, z.T. mit direkter Referenz auf die in Gewerkschaften und Parteien gut organisierte Industriearbeiterschaft im Globalen Norden. Bei aller prinzipiellen Kritik am Begriff der Traditionalität erschienen sie dann eben doch oft als traditionell und: zurückgeblieben (vgl. z.B. Quijano 1983; Chinchilla 1983).

Es wäre sicher lohnenswert, diese konzeptionellen Beschränkungen in Bezug auf den Begriff von Entwicklung, Tradition, aber auch moderne Arbeiterschaft und nicht zuletzt Wachstum genauer herauszuarbeiten und so noch dezidierter zu zeigen, dass und in welcher Weise die entwicklungstheoretische Debatte eben doch auch einer immer kritisierten Entwicklungslogik verhaftet blieb.<sup>74</sup> Dies wäre umso spannender, als die damaligen DiskutantInnen, wie ich versucht habe zu zeigen, durchaus selbst immer wieder auf die Gefahren einer Übernahme entwicklungslogischer Ideologien aufmerksam machten, ohne sich aber – nicht zuletzt angesichts eines noch weitgehend stabilen, sozial

---

<sup>72</sup> Zur Kritik von an Marx' Reproduktionsschemata anschließende Vorstellungen solcher prinzipieller Gleichgewichtsorientierung siehe Heinrich 1997.

<sup>73</sup> „Die Unterentwicklung ist bis heute vor allem unter dem Gesichtspunkt der klassischen Modernisierungstheorie betrachtet worden. Deshalb wird das optimale Funktionieren des gesellschaftlichen Systems im theoretischen Bezugsrahmen einer vollentfalteten kapitalistischen Wirtschaft gesehen, wie sie in der Praxis durch die entwickelten Länder repräsentiert wird. Unterentwicklung wird in einer solchen Konzeption nur als eine frühere, in bezug auf diesen Idealzustand noch unvollkommene Phase begriffen“ (Sunkel 1972: 258).

<sup>74</sup> Der schon zitierte Carlos Johnson (1983: 89) hebt hervor, dass die einseitige, auf vermeintliche Autonomie Europas abzielende Betrachtung zu einem fortgesetzten *Wachstumsfetischismus* auch in der Betrachtung der KritikerInnen führe: „The fetishism with the ideology of growth in terms of capital and technological production as progress thereby remains dominant in their writings“ (Hvh. i.O.).

vergleichsweise attraktiven Wohlfahrtskapitalismus im Norden – daraus wirklich politisch und theoretisch herausarbeiten zu können.

Im Folgenden soll aber etwas anderes unternommen werden: Die gesamte Debatte um interne ungleiche Entwicklung, also strukturelle Heterogenität, ist – so die These – genau darum so lohnenswert, wieder aufgegriffen zu werden, weil sie *erstens* in ihren Konzeptionen selbst diese entwicklungslogischen Begrenzungen immer wieder überschreitet und dabei *zweitens* konzeptionelle Herangehensweisen entwickelt, die als Analyseinstrumente für die heutige Diskussion weiter zu entwickeln sind. Der im Konzept der Autonomie enthaltene wachstumslogische methodologische Nationalismus wird – wie ich im Folgenden zeigen möchte – von den DiskutantInnen selbst immer wieder konterkariert und schließlich (lange vor der seit einiger Zeit prominenten Kritik an ihm, vgl. Kap. 1.2.) auch konzeptionell „überwunden“ zugunsten einer – abermals vor dem berühmten „spatial turn“ – transnationalen, multiscalaren Betrachtungsweise. Zudem besteht mit der feministischen Kritik insbesondere durch die BielefelderInnen eine reproduktionstheoretische Wendung der gesamten Diskussion, die – so mein Vorschlag – in der heutigen Kritik an kapitalistischem Wachstum nicht nur als frühes und grundsätzliches Plädoyer für ein anderes Verständnis von „Entwicklung“ wahrgenommen werden sollte, sondern auch in Bezug auf ihren fundamentalen Beitrag zur Frage der strukturellen Heterogenität und dem begrifflichen Verständnis der vermeintlich modernen und traditionellen Sektoren. Kurz gesagt: Ziel der weiteren Darstellung ist es nicht, die damaligen Grenzen und konzeptionellen Verstellungen, sondern umgekehrt die für die gegenwärtige Diskussion ausgesprochen reichhaltigen Momente und Anschlussmöglichkeiten herauszuarbeiten – zumindest einen Teil von ihnen.

## **4.2 Aktualisierung des Konzepts „strukturelle Heterogenität“: Transnationalisierung, Multiscalarität und Reproduktion**

Um an das Konzept der strukturellen Heterogenität nicht nur zu erinnern, sondern seine Aktualität und analytische Stärke zu markieren, darf seine Darstellung und Diskussion nicht allein entlang der damaligen Fragestellungen und Auseinandersetzungslinien – d.h. in seinen historischen Grenzen – erfolgen<sup>75</sup>. Vielmehr müssen neben der Darlegung zentraler Prämissen andere, aus heutiger Sicht formulierte Schwerpunkte und Perspektiven an die damalige Debatte angelegt werden, d.h. es braucht eine Übersetzung zu und eine Verknüpfung mit zentralen Ansätzen der gegenwärtigen politischen und theoretischen Debatte. Der Ausgangspunkt muss m.E. die Überwindung einer auf ein Europa des Massenkonsums und des Wohlfahrtsstaates ausgerichteten entwicklungslogischen Rahmung sein, was im Anschluss an die o.a. Regulationstheorie – wie in Kapitel 1.1.4. skizziert – ohne weiteres möglich ist.

### **4.2.1 Darstellungsperspektiven I: Transnationalisierung und Multiscalarität**

Eine zentrale theoretische Schneise, die im Unterschied zu der vom „Fordismus als Fundsache“ (vgl. Kap. 1.1.4.), auch anhand der damaligen Diskussionen expliziert werden kann, ist die *transnationale*

---

<sup>75</sup> Als Beispiel wurde oben bereits die umfangreiche „Produktionsweisen-Diskussion“ erwähnt, eine andere, vor allem historisch interessante Diskussion wäre die zum „ungleichen Tausch“ (vgl. hierzu Hauck 2012: 50ff.).

*Analyseperspektive.* Eine solche transnationale Betrachtung ist nicht nur zur Bestimmung heutiger Vergesellschaftungsprozesse und zur Überwindung des wachstumslogischen methodologischen Nationalismus (Kap. 1.1.2.) unabdingbar, sie ist auch wie selbstverständlich schon in den damaligen Diskussionen über strukturelle Heterogenität angelegt: Die heterogene Verfasstheit der untersuchten Gesellschaften kann gar nicht ohne die Ländergrenzen transzendierende soziale und ökonomische Bezüge erklärt werden. Dies meint mitnichten, die lokalen und nationalen Ebenen als lediglich von außen „bestimmt“ zu denken, allerdings greift – das machen schon die damaligen DiskutantInnen deutlich – ein lokaler und nationaler Analyserahmen zu kurz. Auch wenn dieser methodologisch transnationale Zugang hier nicht systematisch-kategorial bestimmt wurde, kann mit Bezug auf die damalige Diskussion um strukturelle Heterogenität gesagt werden: Es geht von vorn herein um das Zusammenspiel von lokalen, nationalen und länderübergreifenden Akteuren, Strukturen, Handlungs- und Vergesellschaftungslogiken.

Mit der transnationalen hängt notwendig eine *multiscalare Betrachtungsweise* zusammen. Wie ich in Kapitel 4.3. ausführlich darstelle, bestand die vorherrschende Denkweise der damaligen kapitalismuskritischen Diskussion keineswegs nur darin, „unterentwickelte“ Länder den „entwickelten“ gegenüberzustellen. Es wurde durchaus an zentraler Stelle die – damals anders bezeichnete – Multiscalarität von Zentrum-Peripherie-Beziehungen diskutiert, nämlich als sowohl *externe* globale Nord-Süd-Beziehung wie auch als *interne*, d.h. sich im Entwicklungsland selbst reproduzierendes Zentrum-Peripherie-Gefälle, d.h. als Herausbildung von „inneren Peripherien“ bzw. „internen Kolonien“ (Cardoso 1974). Die diskutierte Heterogenität der Gesellschaften im Globalen Süden meint ja genau eine nicht einfach homogene Abhängigkeit, sondern eine tiefe *sozio-ökonomische Zerklüftung*, eine Nicht-Verallgemeinerung von wachstumsbasierter sozialer Inklusion – also auch nicht einfach eine verallgemeinerte, gesamt-nationale Exklusion. Wenn – wofür die Begriffe Heterogenität, Fragmentierung, Spaltung, Polarisierung usw. Ausdruck sind – die nationale Ebene nicht mehr als *allgemeine* ökonomische und soziale, und damit als *vorrangige* Ebene von Vergesellschaftung unterstellt werden kann, sondern sich sowohl innerhalb von Nationalstaaten systematische Polarisierungen auf tun, die ihrerseits mit nationalen, aber eben auch länderübergreifenden ökonomischen und sozialen Prozessen unmittelbar verbunden sind – dann müssen in theoretischen und empirischen Untersuchungen diese unterschiedlichen Ebenen auch begrifflichen und analytischen Ausdruck finden. Es ist kein Zufall, dass die Kritische Humangeographie und der mit ihr einhergehende „spatial turn“ derzeit so hohes innovatives Potenzial für die Kritische Gesellschaftsforschung beinhaltet: Hier wird bereits seit längerem das *Auseinanderfallen* von vormals als sozioökonomische Einheiten vorgestellten Zusammenhängen (Betrieb, Stadt, Region, Gesellschaft) und *also* der (permanente) Prozess des Re-Scaling thematisiert: in Bezug auf die Kapitalakkumulation allgemein (Harvey) ebenso wie in Bezug auf die Konfiguration von städtischen Räumen als „dual cities“, in Bezug auf innerstaatliche regionale Disparitäten als „innere Peripherien“ usw.<sup>76</sup> Für die DiskutantInnen über strukturelle Heterogenität war es (ebenfalls) die offensichtliche soziale und ökonomische *Nicht-Homogenität*, die sie zu einer multiscalaren Betrachtung führte, also zu den heutigen humangeographischen sehr vergleichbaren analytischen Zugangsweisen.

---

<sup>76</sup> Neuerdings auch in Bezug auf das Rescaling von industriellen Beziehungen (vgl. Hürtgen 2011; Heeg 2014; Hürtgen 2015).

Dass diese transnationale und multiscalarare Betrachtung allerdings selbst wieder konzeptionell eingeschränkt wurde auf die damaligen Entwicklungsländer, denen dann – jegliche Transnationalisierung und Multiscalarität negierende – Vorstellungen sowohl (national) autonomer wie auch (national) homogener Gesellschaften im Globalen Norden entgegengehalten wurde, ist im letzten Unterkapitel (Kap. 4.1.) ausführlich diskutiert worden. Die *Deformation*, von der letztlich auch ein Gutteil der kritischen DiskutantInnen ausgingen, muss allerdings *heute*, darauf verweisen die eigenen empirischen Befunde wie eine Fülle weiterer Diskussionen, zumindest heuristisch *als das allgemeine Modell* unterstellt werden. Heute wissen wir, dass sich nicht Homogenisierung, sondern Heterogenisierung verallgemeinert hat, somit die transnationale und multiscalarare Betrachtungsweise zur Notwendigkeit auch in den Analysen des Globalen Nordens wie insgesamt der weltweiten Zusammenhänge geworden ist. In diese Richtung argumentiert das vorliegende Papier.

#### 4.2.2 Darstellungsperspektive II: Der Analysefokus soziale und ökologische Reproduktion

Im Anschluss an eine Kritik selbst-referenziellen, sozial wie ökologisch<sup>77</sup> problematischen industriellen Wachstums stellt sich folgerichtig die von der Degrowth-Debatte in Anschlag gebrachte Frage, was damit überhaupt sinnvoll als Entwicklung, als Entwicklungsmodell, Fortschritt usw. verstanden werden kann und soll. In dieser Frage war (und ist zum Teil heute noch, vgl. Elsenhans 1992; Quaas 1993) die Entwicklungsdiskussion im Großen und Ganzen insofern orthodox, als dass Industrialisierung, Verstädterung, Steigerung von Effizienz und Produktivität und natürlich Massenkonsum auch hier verbreitet – allerdings nicht ausschließlich – zum unhinterfragten Maßstab von Entwicklung erhoben wurden, und so auch ein unkritischer Wachstumsbegriff verwendet wurde. Allerdings – und dies macht die Wiederentdeckung der damaligen Diskussionen umso wichtiger – formulierten feministische KritikerInnen, heute mitunter als Öko-Feministinnen bezeichnet, schon in den 70er und 80er Jahren einen prinzipiellen Einspruch: Entwicklung könne, so das basale Argument, letztlich nicht an industriellem Output, sondern müsse an gesellschaftlichen wie individuell körperlich-leiblichen Reproduktionsbedingungen festgemacht werden. Wachstum wird hier bekanntermaßen zurückgewiesen zugunsten der Betonung des beständigen Kreislaufcharakters von Natur und *also* auch gesellschaftlicher, immer zugleich biologischer Reproduktion.

Man muss der radikalen Ablehnung industrieller Produktion beispielsweise von Maria Mies nicht in Gänze folgen um die reproduktionstheoretische Kritik an unhinterfragter industrieller Entwicklungs- und also Wachstumslogik aufzunehmen. Die feministische Kritik ermöglicht in diesem Sinne die notwendige Frage danach, was heutzutage sinnvoll unter (progressiver) gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung verstanden werden kann und soll. Vor allem aber ermöglicht diese *reproduktive Analyseperspektive* – wie ich in Kapitel 4.3.5 ausführe – den kategorischen Durchbruch eines Verständnisses von vermeintlich „traditionellen“ Sektoren und Lebensweisen als inhärent moderne, als unmittelbares Gegenstück zu einer

---

<sup>77</sup> Zur Stärkung einer Perspektive, die das „Soziale“ mit „dem Ökologischen“ zusammenführt und also Ökologie nicht als das Außen, die *Umwelt* betrachtet, wäre eine Forcierung der Debatte um die „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (Görg 1999) angezeigt: Gesellschaft ist hiernach Teil von Natur, nicht ihr Gegenstück (vgl. Becker/Jahn 2006; Wissen 2011), ebenso ist aber auch der einzelne Mensch in seiner tätigen Existenz immer auch „Naturwesen“ (vgl. Biesecker/Hofmeister 2006; Voß 2010; Mellor 2014).

Art und Weise moderner Produktion, die – wie ich es empirisch für Mitteleuropa und Tunesien skizziert habe – gerade keine konsumbasierte Sozialinklusion über Löhne verallgemeinert. Subsistenzarbeit und informelle Subsistenzsektoren sind hiernach die notwendige Sicherung einer Reproduktion, die die Niedrig- und Niedrigstlöhne sowie die unstete Beschäftigung als solche nicht gewährleisten. Sich ausweitende bzw. transformierende Subsistenz (s. Kap. 4.3.5.) ist hier als *Pendant* zu systematisch unzureichenden Einkommen zu fassen. Die Aktualität und Brisanz dieser Betrachtungsweise und der kategorialen Aufwertung des vermeintlich traditionellen Sektors (und „traditioneller“ Bevölkerungsgruppen) als reproduktive Kehrseite moderner Niedriglohnarbeit für Europa scheint offensichtlich. Anschauung findet sich dafür über die genannten Regionen hinaus mühelos in Griechenland oder Spanien, aber auch in Deutschland, wo die – wie es so schön heißt – „sozialen Kosten“ wohlfahrtsstaatlicher Reduktionen bislang über neu entstehende Barter-Tausch-Strukturen, ländliche Selbstversorgung und andere Formen von „Subsistenz“ reguliert werden. Der für strukturell heterogene, also soziale fragmentierte Gesellschaften typische breite Niedrig-Einkommenssektor wird also über sich dann ausweitende Subsistenz stabilisiert.

Kurz: Die aus heutiger Sicht dringenden methodologischen Zugangsweisen der Transnationalisierung, der Multiskalarität und des Insistierens auf reproduktionstheoretische Betrachtung waren immanente Bestandteile der bis in die frühen 80er Jahre reichenden Diskussion um strukturell heterogene Gesellschaften, wie ich im Folgenden genauer rekonstruieren werde.

### 4.3 Strukturelle Heterogenität revisited

#### 4.3.1 Dependenz als transnationale und multiskalare Zentrum-Peripherie-Konzeption

Wie ich in Kapitel 4.1. dargelegt habe, war die Diagnose der strukturellen Heterogenität als eines „Auseinanderfallens“ von Ökonomie und Gesellschaft in „moderne“ und „traditionelle“ Sektoren dem Befund der Dualisierung zunächst recht ähnlich (worauf in der Debatte auch immer wieder aufmerksam gemacht wurde, z.B. von Chilcote/Dale 1983: 14)<sup>78</sup>. Strukturelle Heterogenität wird, ganz wie die Dualisierung, als das vorrangige Kennzeichen von „Unterentwicklung“ verstanden, in Form einer Verfestigung von „präkapitalistischen“ Sektoren hier und „kapitalistischen“ dort (z.B. Menzel 1995).

Allerdings beinhaltet die theoretische Einbettung des Befundes zentrale Kritiken, die sie vom Mainstream der Entwicklungsdebatte grundsätzlich unterschied. Ein *erster zentraler kritischer Einsatz* – gedanklicher Ausgangspunkt des vorliegenden Unterkapitels – ist eine Ursachenbestimmung von Unterentwicklung nicht über unzureichende Modernisierung im jeweiligen Land, sondern über – oft seit Jahrhunderten bestehende – internationale Konstellationen der Ausplünderung der Ressourcen zugunsten der Metropolen. Der Ressourcentransfer beginne mit dem Sklavenhandel, setze sich in der Kolonialzeit fort und dann weiter im Handels- und schließlich derzeitigen Industriekapitalismus (s. Ahmad 1983). Diese Ausplünderung schmälere eigene Entwicklungsressourcen, führe zu Abhängigkeit und so im Weiteren zu einer strukturellen *Verfestigung von Dependenz*.

<sup>78</sup> Deshalb ist deren begriffislogische Trennung und Verortung („Dualisierung“ = Mainstream, „strukturelle Heterogenität“ = undogmatische Kapitalismuskritik) nicht allgemein, sondern nur als starke Tendenz zu begreifen.

Mit anderen Worten: für die kritische Entwicklungstheorie ist die Thematisierung von *internationalen* (imperialen, Abhängigkeit induzierenden) Strukturen unabdingbar für das Verständnis von Ökonomie und Gesellschaft der sog. Entwicklungsländer. Eine einfach nationale Betrachtung von Entwicklung und Unterentwicklung verbietet sich hier. Entwicklungsländer seien vielmehr als „Subsystem“ nur im Kontext des „globalen, übergeordneten Systems“ sinnvoll zu analysieren, so z.B. Celso Furtado (1972: 317). Die nationale Gesellschaft könne kein Ausgangspunkt der Analyse sein, es muss *immer und zugleich* die Frage nach ihrer Einbindung in globale Beziehungen gestellt werden.

Diese globale Betrachtung wird aber zwingend zu einer multiscalar-transnationalen, insofern – und genau dafür steht der Begriff der strukturellen Heterogenität – abhängige globale Verflechtung nicht einfach zu einer relativ gleichmäßigen Unterprivilegierung eines jeweiligen (abhängigen) Landes führt. Es entsteht vielmehr systematisch immer auch *interne ungleiche Entwicklung*. Peripherisierung und Abhängigkeit bedeutete nicht einfach die Unterjochung usw. eines Landes, sondern die ihrerseits nicht ohne länderübergreifende ökonomische Verflechtungen zu erklärende massive Spaltung der abhängigen Gesellschaften. In der Dependenz-Debatte entsteht so eine *transnationale Mehrebenenbetrachtung*:

*André Gunder Frank* z.B. entwirft eine veritable Kaskadentheorie von Abhängigkeit, nach der weltweit unterschiedliche Stufen von Zentren und Peripherien<sup>79</sup> bestünden, die jeweils höhere die niedrigeren ausplündernd. Es bestehe eine „world-embracing metropolis-satellite structure“ (Frank 1969: 7), die Frank dann auf mehreren – heute würde man sagen – „scales“ ansiedelt: als Verhältnis zwischen (entwickelten und unterentwickelten) Ländern, explizit aber auch – als *interne ungleiche Entwicklung* – zwischen bestimmten Regionen innerhalb eines Landes. In der Vorstellung einer dabei auftretenden Strukturhomologie entsteht so ein System von hierarchisch aufgebauten Produktionsbeziehungen, die Frank immer zugleich auch als politische Unterdrückungsbeziehungen fasst. Zur Verdeutlichung seiner Konzeptionen zieht Frank im Übrigen auch gern europäische „unterentwickelte“ Länder als Beispiele heran:

„When we examine this metropolis-satellite structure, we find that each of the satellites, including now-underdeveloped Spain and Portugal, serves as an instrument to suck capital or economic surplus out of its own satellites and to channel part of this surplus to the world metropolis of which all are satellites. Moreover, each national and local metropolis serves to impose and maintain the monopolistic structure and exploitative relationship of this system [...] as long as it serves the interests of the metropolises which take advantage of this global, national, and local structure.“ (Frank 1969: 4; vgl. zu einer multiscalaren Argumentation auch Wallerstein 1983)

Kapitalistische Entwicklung wird bei Frank, in erwähnenswerter Nähe zu David Harvey, als immer und notwendig beruhend auf ihrem Gegenteil konzipiert: als Zusammenhang von Entwicklung und Stillstellung, von Modernisierung und Ausplünderung, von Akkumulation und Entzug von Akkumulationsressourcen. Frank begründet dies mit dem letztlich außerökonomisch herbeigeführten „Ressourcentransfer“ bzw. der zur kapitalistischen Akkumulation notwendigen *Ausplünderung*. Mit diesem Ressourcen- und Werttransfers (daher auch die breite Diskussion zum „ungleichen Tausch“) entstehe Unterentwicklung, auf ihn bauen die Zentren des Metropolenkapitalismus und auch des jeweiligen Landes

---

<sup>79</sup> Dass und warum der „spätere Frank“ die Begriffe Zentrum und Peripherie nicht mehr verwandte, soll – wie viele damalige Wendungen – nicht weiter Gegenstand der Betrachtung sein.

in ihrer schieren Existenz auf.<sup>80</sup> In letzter Instanz entstehe „strukturelle Heterogenität“ dadurch, dass die Zentren kein Interesse daran haben, die „Peripherien“ zu entwickeln, Löhne zu steigern, Infrastruktur aufzubauen, sondern sich die Ressourcen der abhängigen Länder und Regionen – mit Unterstützung der jeweiligen nationalen und lokalen Eliten – herrschafts- und gewaltförmig anzueignen, sie ausplündern, zu extrahieren. Frank schlussfolgert, dass soziale Gegensätze nicht nur in internationalem Rahmen, sondern auch innerhalb eines Landes zu analysieren seien: „Folglich gibt es eine Polarisierung der Einkommen, und zwar nicht nur global gesehen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern, sondern auch auf nationaler Ebene, wo die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“ (Frank 1983: 246).

*Fernando Enrique Cardoso* (1974: 211) bezeichnet die innerhalb eines (abhängigen) Landes sich herausbildenden marginalisierten Sektoren als „interne Kolonie“ und streicht ihre Funktionalität in Bezug auf Ressourcen- und (günstigen) Arbeitskräftetransfer heraus (ein Aspekt, der breit benannt und später von den sog. BielefelderInnen auch konzeptionell noch stärker betont wurde, s.u.). *Johan Galtung* (1971: 84) warnt, dass das imperialistische Weltsystem oft fälschlich nur als *internationales* und nicht als auch *intranationales* verstanden würde, und *Oswaldo Sunkel* (1972: 162) insistiert, weltweit bestünden nicht nur eine, sondern zwei „Polarisierungen“ zwischen Zentrum und Peripherie:

„Die Entfaltung [des] weltweiten Systems von Unterentwicklung/Entwicklung führte zu zwei Polarisierungen, die ihren Ausdruck in geographischen Begriffen finden; erstens zu einer Polarisierung unter den Ländern der ganzen Welt: auf der einen Seite die [...] des ‚nördlichen Zentrums‘, auf der anderen Seite die [...] der ‚südlichen Peripherie‘, zweitens beobachten wir eine Polarisierung innerhalb der Länder: zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Regionen und wirtschaftlichen Tätigkeiten, die fortschrittlich und modern sind und solchen Gruppen und Regionen und Tätigkeiten, die zurückgeblieben, marginalisiert und abhängig sind.“<sup>81</sup>

Explizit lehnt Sunkel (ebd.: 283) dabei die Gegenüberstellung je national aggregierter Wirtschaftsleistungen (gemessen im durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen) ab: „[D]iese Mittelwerte sind problematisch, insbesondere wenn die nationale Situation, die sie repräsentieren sollen, heterogen ist, wie dies in den unterentwickelten Ländern bei einer extrem ungleichen Einkommensverteilung der Fall ist“.<sup>82</sup>

<sup>80</sup> Ähnlich argumentiert Samir Amin (1974; ders. 2012: 81), der deshalb den Begriff Unterentwicklung ablehnt, man müsse vielmehr von „Überausbeutung“ sprechen.

<sup>81</sup> Bemerkenswerterweise geht Sunkel dabei durchaus davon aus, dass „rückständige“ Sektoren auch in den Ländern des Globalen Nordens bestünden, allerdings seien diese Sektoren dort klein und vor allem: sie seien politisch, über ökonomische und wohlfahrtsstaatliche Transfers und Ausgleichsmechanismen, relativ gut in die gesamte Gesellschaft integriert. Im Unterschied dazu seien die „traditionellen“ Sektoren in den Entwicklungsländern sehr groß, zugleich blieben sie „Enklaven“ in der insgesamt „strukturell heterogenen“ Gesellschaftsformation.

<sup>82</sup> Ähnlich formuliert es Dieter Senghaas (1974: 19), der betont, die Vorstellungen eines dramatischen Nord-Süd-Gefälles müssten korrigiert werden durch die Existenz von „herrschenden Klassen und privilegierten Schichten“ in der Peripherie. Auch Senghaas spricht letztlich von mehreren Ebenen von Peripherie und Zentrum und schließt sich der Kritik an ökonomischen Durchschnittswerten an: „Die Existenz eines derart privilegierten internationalisierten Kernbereichs in den Ländern der 3. Welt (den Zentren der Peripherie) wird durch aggregative nationale Durchschnittsdaten [...] unterschlagen. In Wirklichkeit ist das Pro-Kopf Einkommen privilegierter Schichten in den Peripherien manchenorts höher als das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in hochentwickelten Industrienationen“, entsprechend hätten diese Schichten ein Interesse am Erhalt des Status Quo.

Sunkel widmet sich dann wie viele andere insbesondere der Analyse multinationaler Konzerne und des sich herausbildenden System internationaler Arbeitsteilung sowie von dessen politischer und militärischer Absicherung durch internationale Organisationen und Nationalstaaten. Rohstoffbereitstellung und –produktion im Globalen Süden, so hier sehr vereinfacht zusammengefasst die grundsätzliche Analyse, stehe einer „entwickelten“ Endverarbeitung und Industrieproduktion im Globalen Norden gegenüber, so dass technisches Wissen, Innovation, aber auch Entscheidungskompetenzen, Finanzierungsmöglichkeiten usw. im Globalen Norden lägen, von dem der Süden entsprechend „abhängig“ sei. Auch hier kommt er zu dem Schluss, dass das hierarchische globale Gefälle mit interner ungleicher Entwicklung, mit „Spaltung“, wie er es nennt, zusammen geht:

„Die internationalen Konzerne konstituieren [...] ein neues Wirtschaftssystem, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene; das neue System begünstigt die Entwicklung der lokalen Wirtschaftssektoren, die in den internationalen Kernbereichen des kapitalistischen Systems integriert sind, insbesondere derjenigen Sektoren, die direkt mit den internationalen Konzernen verbunden sind. Gleichzeitig hat es die Tendenz, den übrigen Teil der Wirtschaft und Gesellschaft abzuspalten, indem es bedeutende Fraktionen der Bevölkerung zur Segregierung und zur Marginalität zwingt.“ (ebd.: 301)

Landnahme (von Arbeitskräften), um mit Harvey zu sprechen, und Landpreisgabe (Marginalisierung anderer Arbeitskräfte) sind hier zwei Seiten einer Medaille, nämlich der unter spezifischen, konkurrenzbedingenden Bedingungen erfolgenden Inwertsetzung eines Teils der vorgefundenen Ressourcen. Im Zentrum der Betrachtung steht – statt nationale Volkswirtschaften als gesonderte Einheiten zum Ausgangspunkt zu nehmen und zu vergleichen – die Frage nach dem *Zusammenspiel* von weltweiten Exportmärkten, multinationalen Firmen, ausländischen Regierungen und Organisationen und der sozialen Situation der „heimischen“ Bevölkerung, mit dem Befund ihres *Auseinanderdriftens*.<sup>83</sup>

Diese Struktur der „doppelten Polarisierung“, so Sunkel weiter, dürfe aber nicht als buchstäblich nur *eine* interne Spaltung verstanden werden, auch deshalb sei der Begriff „Dualisierung“ – den er wie die meisten kritischen EntwicklungstheoretikerInnen kritisiert – irreführend. Vielmehr seien in den unterentwickelten Ländern zwar einerseits breite soziale „Marginalität“ typisch, diese manifestiere sich aber andererseits in „abgestuften Polarisierungs- und Schichtungsprozessen“ (ebd.: 270; Hvh. SH), besonders deutlich sichtbar in ihrer „städtischen Erscheinungsform“ (ebd.), d.h. in den Wohn- und Arbeitsvierteln der in Lateinamerika neu entstehenden Mega-Städten.<sup>84</sup>

---

<sup>83</sup> Der immanente Bezug zu länderübergreifenden Markt- und Konkurrenzbeziehungen des „modernen“ Sektors in den jeweiligen Ländern könne dabei beispielsweise, wie Osvaldo Sunkel erläutert, ökonomisch erklären, warum trotz „Wachstum“ in diesem Sektor nicht unbedingt ein „Aufsaugen“ von Arbeitskräften aus den traditionellen Wirtschaftsbereichen erfolgen müsse, gar ein Verschwinden dieses traditionellen Sektors, wie es die Gleichgewichtsannahme der Dualisierungstheorie unterstelle (s. Kap. 3.). Gerade weil sich die „moderne“ Ökonomie nicht am Standard der sonstigen heimischen misst, sondern sich nicht zuletzt technologisch und organisatorisch auf andere Weltmarktlieferanten aus anderen Ländern (konkurrenzziell) beziehen muss, wird Wachstum im modernen Sektor regelmäßig von technologischen Innovationen begleitet, die die Zahl der notwendigen Arbeitskräfte – u.U. trotz Wachstum – wiederum reduziert. „Man kann sich deshalb eine Situation vorstellen, in der eine Steigerung der Investitionsrate eine Steigerung der Arbeitslosenquote und der Unterbeschäftigung bewirkt, und davon ausgehend eine Verschärfung der Marginalität“ (ebd.: 274).

<sup>84</sup> Es bestünden hier „eine marginalisierte, d.h. unterprivilegierte Randgruppenbevölkerung, die einen Gürtel schrecklicher Armut um die Städte herum bildet; Fabrikviertel, die mehr oder weniger identisch sind mit den Wohnvierteln des Proletariats [...]; Verwaltungs-, Finanz- und Handelszentren, um die herum die Wohngebiete der unteren Mittelklasse liegen; und schließlich industrielle Vorortgebiete, in denen die Angehörigen der mittleren und oberen Einkommensklassen wohnen“ (ebd.: 270). Bei letzteren, so merkt Sunkel anschließend an, seien die Ausgaben für Luxus am höchsten und die Bevölkerungsdichte am geringsten.

In den hier vorgestellten Analysen geht es dabei mitnichten um eine ökonomistische Herleitung nationaler sozialer Strukturen aus einem abstrakten, nun global gefassten Kapitalismus. Sunkel selbst betont (und das ist typisch für die Debatte) den immanent politischen, oft auch macht- und militärpolitischen Zusammenhang, in dem sich die Akteure, transnationale Konzerne, nationale Regierungen, aber auch marginalisierte Bevölkerungen bewegen. In der Tat ist die Frage der massiven politischen und militärischen Repression von Bevölkerungen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften usw. als *Bestandteil* der entstehenden transnationalen Produktionsstrukturen zentraler Gegenstand der Debatte (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977: 483ff.; Frank 1983). Machtgefälle spielen aber auch in der Frage der global agierenden Institutionen wie IWF, Weltbank, der militärischen Einflussnahme seitens der USA oder auch der von den Headquatern der Konzerne aus organisierten Wertschöpfungskette eine Rolle – die allesamt als übernationale Akteure und Institutionen über die jeweiligen „heimischen Bevölkerungen“ und ihre sozialen Existenzbedingungen in hohem Maße verfügen (Sunkel 1972: 303).

Um es zusammenzufassen: die hier beispielhaft diskutierten Autoren André Gunder. Frank und Osvaldo Sunkel thematisieren strukturelle Heterogenität als Mehrebenenprozess, bei beiden wird aus der zunächst aufgemachten analytischen doppelten Polarisierung dann explizit eine innergesellschaftliche multiscale Fragmentierung. Diese Ebenen oder Scales des Zentrum-Peripherie-Gegensatzes sind dabei selbst nicht zu erklären ohne unmittelbaren Rekurs auf „Abhängigkeit“ und also die Einbindung in transnationale soziale Zusammenhänge. Sunkel betont immer wieder, dass „Unterentwicklung“, Marginalität und „Abhängigkeit“ eine analytische Einheit darstellen (ebd.: 272). Die eingenommene transnationale Perspektive meint dabei aber nicht, dass „externe“ (transnationale) Faktoren über die „nationalen“ einfach bestimmten, sondern dass die nationale sozio-ökonomische Verfasstheit nicht mehr verstanden werden kann, ohne empirische und begriffliche Analyse der länderübergreifenden Einbindung zentraler Akteure – eine theoretische Innovation, die beispielsweise von Ulrich Menzel (1995) nicht verstanden wird, wenn er in seinem Abriss über Entwicklungstheorie beständig Ansätze „interner“ und „externer“ Ursachenerklärung von Unterentwicklung dualistisch gegenüberstellt (ähnlich Touraine 1976: 58ff.).<sup>85</sup>

Damit ist auch eine Einordnung einiger der hier skizzierten Herangehensweisen und insbesondere von A.G. Frank in eine „Weltsystemperspektive“<sup>86</sup> nicht das, worum es hier geht, oder anders gesagt: der oft in der Tat *systemische bzw. systemfunktionalistische* Charakter der Weltsystemperspektive<sup>87</sup> erhellt dann doch gerade nicht die unterschiedlichen Ebenen der sozialen und politischen Auseinandersetzungen um Formen und Logiken der Vergesellschaftung und ihre Verwobenheit miteinander, sondern bekommt den

---

<sup>85</sup> Menzel führt aus, dass die Dependenztheorie auch deshalb so begierig aufgenommen worden sei, weil sie sowohl bei westlichen Linken wie auch bei nationalen politischen Eliten der Dritten Welt „unabhängig von deren jeweiliger politischer Provenienz eine bequeme Erklärung lieferte, die alle Probleme nach außen verlagerte“, so dass keine Reformanstrengungen und Infragestellungen bisheriger Politikansätze mehr unternommen werden mussten (ebd.: 28). Hier, wie in vergleichbaren Bemerkungen (z.B. Elsenhans 1983) zeigt sich der hochgradig politisierte Charakter der damaligen Diskussion, der oft auch mit (unterstellter) Parteinahme für konkrete soziale Akteure einherging.

<sup>86</sup> Vgl. den (ebenfalls aus dem Bemühen einer Überwindung des methodologischen Nationalismus und den ihn begleitenden Eurozentrismus formulierten) Überblick von Sebastian Conrad und Shalini Randeria (2013) sowie Zündorf (2010).

<sup>87</sup> Einige der hier dargestellten Autoren wie Frank oder Fröbel/Heinrichs/Kreye ordnen sich durchaus selbst dem Weltsystemansatz zu und formulieren dann teilweise arg systemlogische Darstellungen (z.B. Frank 2005). Dies ist aber eben nicht durchgängig der Fall und im vorliegenden Papier soll genau die „andere Seite“ betont werden, eine transnationale Perspektive, die nach kapitalistisch dominierten multiscale Logiken von Vergesellschaftung fragt, ohne erstere auf ihren „funktionalen Systembeitrag“ zu vermeintlich „dem“ Kapitalismus zu reduzieren.

Charakter einer hermetischen Zuordnung von arbeitsteilig miteinander verbundenen Ländern und Regionen entlang der Ränge Zentrum, Peripherie und Semi-Peripherie (vgl. Wallerstein 1983<sup>88</sup>; kritisch dazu z.B. Blaschke 1982; Robertson 1992). Doch über die auch bei den zitierten Autoren (und weiteren) anzutreffenden arg systemlogischen Darstellungen hinaus (vgl. z.B. Frank 2005) wird – wie ich gezeigt habe – in den damaligen Debatten soziales *Handeln* als auch wesentlich transnational geformt thematisiert (was später die Migrationssoziologie betont). Mehr noch: die unmittelbare soziale Verfasstheit einer gesellschaftlichen Gruppe ist nicht zu erklären ohne Betrachtung transnationaler Zusammenhänge. Wie „qualifiziert“, integriert, (über-)ausgebeutet, unterdrückt oder auch – wie es nun oft hieß – *marginalisiert* beispielsweise „heimische“ Arbeitskräfte sind, ist hiernach *sowohl* eine Frage des nationalen/regionalen politischen usw. Systems wie seines Zusammenspiels mit transnationalen Wirtschafts- und Produktionsstrukturen, Migrationsbewegungen usw. Die grundsätzliche Perspektive lautet: die gesellschaftliche Struktur eines Landes, und damit auch die – wie es in Kritik am systemischen Denken Wallersteins auch formuliert wurde – „Kräfteverhältnisse“ eines Landes können nicht erklärt werden unter Absehung von ihrer sozioökonomischen weltweiten Verflechtung und ihrer Interaktion mit weltweit organisierter Ökonomie und über Ländergrenzen hinausgehende Vergesellschaftungsformen.

#### 4.3.2 Die moderne Hervorbringung der vermeintlich „traditionellen“ Sektoren

Neben dem ersten zentralen Kritikpunkt, der Verfestigung von Unterentwicklung aufgrund globaler Dependenz-Strukturen, lautet der *zweite zentrale Einwand* gegen den Mainstream der Entwicklungsdebatte, dass die vermeintlich aus alten Zeiten „traditionell“ fortbestehenden wirtschaftlichen und sozialen Sektoren genau das nicht sind – sie sind keine Relikte alter, vor-moderner Zeiten, sondern selbst Resultat einer Art und Weise von „Entwicklung“ und „Modernisierung“, die systematisch ihr Gegenteil – Marginalisierung, wie Sunkel u.a. es nennen – hervorbringt: „Peripherien“ bzw. „unterentwickelte“ Länder und Regionen sind Quellen und Basis moderner kapitalistischer Akkumulation, und sie sind zugleich Produkt von deren Ausgrenzung durch Ausplünderung, namentlich der Rohstoffe und des Landes. Entwicklung, so die berühmte Frank'sche Formulierung, ist immer zugleich *Entwicklung der Unterentwicklung*.

„We must conclude, in short, that underdevelopment is not due to the survival of archaic institutions and the existence of capital shortage in regions that have remained isolated from the stream of world history. On the contrary, underdevelopment was and still is generated by the very same historical process which also generated economic development: the development of capitalism itself.“ (Frank 1969: 6)

„Unterentwickelte“ Sektoren werden als vermeintlich „traditionelle“ im Weltmaßstab *hervorgebracht* (vgl. Frank 1969; Hauck 2012; Laclau 1981).<sup>89</sup> Abermals ist dies allerdings kein national-gleichmäßiger Prozess, *sondern einer der forcierten zwischenstaatlichen wie auch innergesellschaftlichen Fragmentierung*, wie beispielsweise André Gunder Frank deutlich macht:

---

<sup>88</sup> Auch die analoge Zuordnung von Klassenhandeln bleibt objektivistisch, solange sie vorgängig identifizierten systemischen Subeinheiten zugeordnet wird, aus denen (theoretisch) kein Entrinnen möglich ist (vgl. ebd.).

<sup>89</sup> „All of this historical evidence contradicts the generally accepted theses that Latin America suffers from a dual society or from the survival of feudal institutions and that these are important obstacles to its economic development.“ (Frank 1969: 6)

„Analogously to the relations between development and underdevelopment on the international level, the contemporary underdeveloped institutions of the so-called backward or feudal domestic areas of an underdeveloped country are no less the product of the single historical process of capitalist development than are the so-called capitalist institutions of the supposedly more progressive areas.“  
(Frank 1969: 3)

Entwicklung und Unterentwicklung markieren für Frank und andere also inter- wie international *ein Verhältnis*: So wie die abhängigen Länder nicht einfach solche der Unterentwicklung sind, sondern das notwendige Gegenstück zur Entwicklung im Norden, so sind marginalisierte Arbeits- und Sozialverhältnisse innerhalb eines Landes das notwendige Gegenstück der Entwicklung anderer Sektoren und Bereiche im selben Land und außerhalb. In direkter Kritik an klassischen Dualisierungskonzeptionen (s. Kap. 3) werden moderne Investitionen, die Schaffung von Industrie und Lohnarbeit, insbesondere der Aufbau von Produktionsstätten durch multinationale Konzerne nicht als Überwindung struktureller Heterogenität aufgefasst, sondern als ihre *Ursache*. Eben dieser Gedanke ist – wie in Kapitel 2 angedeutet – äußerst lohnenswert auf aktuelle Diskussionen beispielsweise in Bezug auf Mitteleuropa anzuwenden. Mit Bezug auf die Konzeption der strukturellen Heterogenität bzw. besser noch: *Heterogenisierung* von Gesellschaft könnte die hegemoniale Diskurskonstruktion von sozialer Fragmentierung als einer Problematik der Konfrontation „moderner“ und „traditioneller“ Bevölkerungen dechiffriert und als ideologische Herrschaftsstrategie zurückgewiesen werden.

#### 4.3.3 Die transnationale ökonomische und soziale Einbindung der „modernen“ Sektoren

Einer der spannenden Punkte in der Entwicklungsdiskussion der 1970er Jahre war, dass die sich herausbildenden globalen und transnationalen Nord-Süd-Verflechtungen nicht allein als ökonomische, produktionsseitige usw. beschrieben wurden (auch wenn dies einen großen Raum einnahm, siehe dazu das nächste Unterkapitel), sondern Transnationalisierung und Fragmentierung auch aus soziologischer Perspektive eine zentrale Rolle spielten.

Von besonderem Interesse sind hier die Ausführungen von *Oswaldo Sunkel* (1972), der im Anschluss an seine multiskalaren Betrachtungen von Produktion und Polarisierung auch soziologisch zum Befund einer *nationalen sozialen Desintegration bei transnationaler sozialer Integration* kommt, und der damit bemerkenswert früh einen fundierten Beitrag zur Debatte transnationaler Klassenbildung leistet (s. Schlusskapitel). Bislang knüpfen an diese Überlegungen vor allem systemtheoretisch inspirierte Weltgesellschaftsansätze an (vor allem Richard Münch), eine breitere Rezeption wäre wünschenswert (vgl. Hürtgen 2015).

Die moderne Ökonomie, so Sunkel, bilde einen „weltweit organisierten“, Erste und Dritte Welt verbindenden Sektor. Die in diesen „modernen“ Sektor integrierten Beschäftigten stellten die „Privilegierten“ des jeweiligen Landes dar, wobei Sunkel hier vor allem die sog. „Hochqualifizierten“ vor Augen hat, die zugleich oft auch Führungs- und Leitungspositionen in den Produktionsstrukturen innehaben. Entscheidend ist nun seine Aussage, dass diese Privilegierten über verschiedene Länder und Kontinente hinweg eine ähnliche „Konsumstruktur“ und einen ähnlichen Lebensstil ausbilden. In der Folge, so Sunkel, hätten diese in den modernen Sektor integrierten untereinander mehr gemeinsam, als jeweils im Verhältnis zu den heimischen, auf „traditionelle Sektoren“ zurückgeworfenen Marginalisierten.

Diese Aussage gelte sowohl für die Erste wie für die Dritte Welt. Nicht nur ökonomisch, auch sozial nähmen „moderne Schichten“ länderübergreifend aufeinander Bezug, während weitgehende Unverbundenheit zu den „heimischen“, nationalen und regionalen Bedingungen und Existenzweisen bestehe. Im Zuge fortschreitender Modernisierung bleibe diese Kluft zwischen modernen und traditionellen Sektoren und Lebensweisen nicht nur bestehen, sondern sie wachse<sup>90</sup>. Sunkel geht so weit zu betonen, dass das „vermeintliche“ [!] aus dem Gebrauch von statistischen nationalen Durchschnittswerten errechnete Auseinanderdriften der Arbeits- und Lebensbedingungen zwischen Nord und Süd, die *eigentliche* wachsende Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen zumindest in den Entwicklungsländern vertusche (ebd.: 284).

*Fröbel/Heinrichs/Kreye (1977)* knüpfen gewissermaßen an diese Darstellung an wenn sie betonen, dass die Leitungsebenen in den ausländischen Produktionsstrukturen von Beschäftigten besetzt würden, die eine Reihe von Schulungen, Sprachregelungen usw. im Sinne einer transnationalen „Corporate Identity“ hinter sich gebracht hätten, dabei regelmäßig auch im Ausland tätig gewesen seien und sich so innerhalb ganz anderer sozialer Verhältnisse verorteten, als ihre Untergebenen und erst recht die Marginalisierten außerhalb. *Dieter Senghaas (1974: 21)* bezeichnet in einer Art Zuspitzung diese in moderne, transnationale Sektoren eingebundene Beschäftigtengruppe als „internationale Brückenköpfe“, denn sie seien zutiefst „in den Kernbereich des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems eingebunden und spielen für die Metropolen auf der zweiten (oft subimperialistischen) und auf tieferliegenden Ebenen dieses Gesamtsystems eine politische Stellvertreter- oder Agentenrolle“ (ebd.). Die „Kernbereiche“ der Wirtschaft in peripheren Ländern seien somit auch sozial „internationalisiert“ (ebd.) bzw. „transnational integriert“: durch Orientierungen, Konsumverhalten, Teilhabe an repressiver Aufrechterhaltung des Status Quo. Im Resultat entstehe „nationale Desintegration“.

Auch *Giovanni Arrighi (1974)* betont die soziale, ideologische und lebensweltliche Spaltung des lokalen Beschäftigungsregimes als einen zentralen Aspekt struktureller Heterogenität. Transnational eingebunden ist nach seinen Ergebnissen (in Bezug auf das damalige Südafrika) vor allem die von ihm so bezeichnete „Elite“, während die „Subelite“ eher heimische Haupt- oder Mittelabschlüsse absolviere. Anders als zu Beginn der Investitionen seien die TNK – auch als eine Reaktion auf die Befreiungsbewegungen – dazu übergegangen, ihr Büropersonal und einige leitende Positionen insbesondere in den Personal- und Werbeabteilungen mit Einheimischen zu besetzen, Elite und Subelite vergrößerten sich also. Hinzu kämen „stabil“ Beschäftigte in den transnationalen Konzernen, die er mal als „Arbeiteraristokratie“ und mal als das „eigentliche Proletariat“ bezeichnet, und zudem am Rande bemerkt: hier, in diesen transnationalen modernen Sektoren und vom „eigentlichen Proletariat“ würden „überhaupt annähernd normale Tarifverhandlungen geführt werden“ können (ebd.: 248).

Über die transnationalen Produktionsstrukturen hinaus betont Arrighi allerdings auch die *wichtige Rolle des nationalen Verwaltungs- und Staatsapparates*. Hier sei bei der Elite ebenfalls eine transnationale soziale Einbindung typisch, während die Subelite, beispielsweise leitende Bürokräfte und Lehrer, sich zumindest in der Ausbildung eher national orientiere. Arrighi betont, dass die nationalen

---

<sup>90</sup> „Die fortschreitende Modernisierung verbreitert den Graben, der den integrierten von dem nicht-integrierten Teil der Gesellschaft trennt.“ (ebd.: 312)

Unabhängigkeitsbewegungen zu einer Vergrößerung dieser staatlichen und Verwaltungsbereiche geführt hätten, die zudem – aus unmittelbar politischen Gründen – in der Regel gute Löhne erhalten würden, einmal zur Erlangung und Sicherstellung von Unterstützung, aber auch, um den politischen Wert der errungenen Unabhängigkeit zu demonstrieren.

Um es zusammenzufassen: strukturelle Heterogenität bedeutet in Bezug auf Beschäftigung die (mehrstufige) Marginalisierung eines Teils der Bevölkerung bei transnationaler Integration eines anderen Bevölkerungsteils. Transnationale Integration meint – es sei noch einmal betont – nicht einfach „länderübergreifend“, vielmehr manifestiert sich die privilegierte Position der in den modernen Sektor Integrierten von vornherein multiscalar: die nationale und lokale Machtposition und soziale Besserstellung (z.B. in konkreten Produktionsstandorten, Regionen, Verwaltungsbereichen, Regierungsverantwortlichkeiten usw.)<sup>91</sup> gehen zusammen mit länderübergreifender Einbindung: normativ (Konsumstil, Corporate Identity) und sozial, als Ausrichtung der eigenen Lebensweise.

#### **4.3.4 Die Herausbildung eines Weltmarktes für industrielle Arbeitskräfte als Kombination von „High-Tech und Niedriglohn“**

Bezieht man die unterschiedlichen entwicklungstheoretischen Beiträge direkt aufeinander, so ließe sich formulieren, dass das folgende Konzept, die sog. „neue internationale Arbeitsteilung“ (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977), sich mit den unteren Hierarchien in den entstehenden transnationalen Produktionsstätten bzw. wie es verbreitet heißt: Weltmarktfabriken befasst. Das Konzept stellt eine Verbindung her zwischen Entwicklungstheorie und Industriesoziologie und bezieht sich auf die hier bislang weitgehend unterstellte Tatsache, dass Unternehmen des Globalen Nordens angesichts von sowohl zunehmender Marktsättigung und damit wachsender Preiskonkurrenz wie auch angesichts neuer technologischer Möglichkeiten der Digitalisierung, des kostengünstigen Transports und durch politische Deregulierung und Senkung von Lieferkosten dazu übergingen, vor allem niedrigqualifizierte Fertigungsbereiche in den Globalen Süden zu verlagern. „Neu“ heißt diese Arbeitsteilung, weil die Markteinbindung nun nicht mehr (vorwiegend) entlang eines Tausches von „Primärgütern gegen Fertigwaren, sondern [von] Fertigwaren unterschiedlicher Arbeits- und Kapitalintensität“ erfolgt (Menzel 1995: 41). Die Länder des Globalen Südens sind, mit anderen Worten, in eine „moderne“ industrielle Arbeitsteilung eingebunden – darauf hatten sich auch die bereits zitierten Autoren bezogen.

Die Innovation von Fröbel/Heinrichs/Kreye bestand nun wesentlich darin, dass sie den etwa zur gleichen Zeit im Globalen Norden zu beobachtenden Prozess der „*systematischen Rationalisierung*“ (Altmann u.a. 1986), d.h. einer Managementstrategie der permanenten Prozessoptimierung durch Zerlegung einzelner Produktionsschritte und ihre Neuzusammensetzung, als *internationalen Prozess* begriffen. Das heute selbstverständliche Outsourcing von Produktionsschritten analysierten die Autoren, lange vor der

---

<sup>91</sup> Hier ist beispielsweise die ausführliche soziologische Analyse Pierre Bourdieus zu nennen, der die „zwei Gesichter der Arbeit“ als Resultat einer sozial gespaltenen Gesellschaft in Algerien der 60er Jahre beschreibt (vgl. Bourdieu 2000 [1977]). Worauf Klaus Dörre in Bezug auf heutige prekär Beschäftigte z.B. in Deutschland indirekt aufmerksam macht, wenn er sich auf die von Bourdieu betonte Unmöglichkeit der Planung der damaligen marginalisierten algerischen Bevölkerungen bezieht, das ist, dass die von Bourdieu noch unterstellte Entwicklungslogik (Algerien als „Übergangsgesellschaft“) nicht mehr ohne Weiteres unterstellt werden kann.

Etablierung der Begriffe des Off-Shorings, als einen Prozess, der genuin internationalen Charakter hat, insofern systematisch die äußerst niedrigen Lohn- und Beschaffungskosten in den Ländern der sog. Dritten Welt, aber auch bereits die vor allem in den Sonderwirtschaftszonen gesenkten Steuern, zum zentralen Argument für Verlagerungen wurden. Mit dieser Bewegung der Verlagerung von Produktion in die Länder des Globalen Südens entstehe ein *Weltmarkt für Arbeitskräfte und Produktionsstandorte*. Lohn- und Produktionsverhältnisse im Globalen Süden werden verglichen und kalkuliert – und in eine konkurrenzill vergleichende Relation zu denen im Globalen Norden gebracht (vgl. Fröbel/Heinrichs/Kreye 1981). Die Löhne in den südlichen Standorten sind dabei in allererster Linie Kostenfaktor, als die dortigen Produktionsstätten von vornherein der Belieferung des Weltmarktes dienen, als Nachfragekomponente daher weitgehend uninteressant sind (vgl. die entsprechende Generalisierung des Gedankens in Kap. 4.1.). Im Gegenteil: Politische Institutionen und Regulierungen (wie die Sonderwirtschaftszonen und spezielle Produktionsabkommen), aber auch unmittelbare (militärische) Repression sollen niedrige Löhne in den „Weltmarktfabriken“ absichern helfen (Frank 1983b). Die entstehenden „modernen“ produktiven Inseln bzw. „Enklaven“ sind also nicht als solche Orte von besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen, sondern teilen sich ihrerseits wieder – wie oben schon angedeutet – in wesentlich Besser- und wesentlich Schlechtergestellte. Die insgesamt für die Masse der Lohnabhängigen auch im modernen Sektor gering gehaltenen Löhne waren ja ein zentrales Argument für den fortbestehenden enklavenhaften Charakter der Produktion, die trotz ihrer „Modernität“ *kein* ökonomisches und soziales Wachstum nach innen induziert (als Zusammenfassung s.a. Menzel 1995: 39f.).

Fröbel/Heinrichs/Kreye betonen wie viele andere Autoren<sup>92</sup> dieser Debatte das Zusammenspiel von politischer Repression und enklavenhaftem Niedriglohnmodell (z.B. 1977: 32). Während sie allerdings die Prozesse des länderübergreifenden Vergleichs von Standortbedingungen und der Verlagerung im Wesentlichen auf die Bereiche niedrigqualifizierter Massenproduktion beziehen (konkret auf die Textil- und Elektronikfertigung), hat sich die systemische Rationalisierung als permanente Optimierung durch Neuzusammensetzung der Produktionsschritte nicht nur perpetuiert (als „permanente Restrukturierung“), sondern vor allem auch „vertikal“ verallgemeinert: sie betrifft mittlerweile nahezu alle Industrien und auch höherqualifizierte Arbeitsbereiche (vgl. Faust u.a. 2004; Hürtgen 2008: 21ff.; Hürtgen u.a. 2009). Dies bestärkt aber nur den prinzipiellen Befund: Über Standort- und Arbeitskräftekonkurrenz sowie politisch repressive Regulierungsmodi (wozu auch das in Bezug auf die polnische Stadt Waldenburg beispielhaft angeführte Workfare-Modell und natürlich auch diktatorische Regimes wie das von Ben Ali in Tunesien gezählt werden müssen) kommt es zu einer Kombination hochmoderner Fertigung mit niedrigen und niedrigsten Löhnen, zu High-Tech für Niedriglohn<sup>93</sup>, oder – wie Ruy Mauro Marini (1974: 133) es nennt – zu einer Kombination von technischem Fortschritt mit „systematischer Überausbeutung“:

---

<sup>92</sup> „Im Fall Chile ging die Militärjunta so weit, einen Teil des Hungerlohns zu übernehmen, damit das ausländische Kapital seine Kosten niedrig halten konnte. Um die Niedriglöhne zu sichern, [...] müssen diese Regierungen Gewerkschaften zerschlagen. [...] Systematische Inhaftierungen, Folter und die Ermordung von Arbeiterführern und politischen Gegnern, Ausnahmezustand und Kriegsrecht [...] sind in den Ländern der Dritten Welt an der Tagesordnung. [...] Diese Welle der Repression breitet sich im Laufe der 70er Jahre systematisch über Asien, Afrika und Lateinamerika aus“ (Frank 1982: 245).

<sup>93</sup> In Hürtgen u.a. (2009) haben wir diese Kombination von moderner Fertigung auf Weltmarktniveau bei gleichzeitiger äußerst niedriger Bezahlung (und zwar auch im regionalen Maßstab) als *High-tech für Niedriglohn* bezeichnet und als typisch für die in den „Peripherien“ aufgebauten Standorte verallgemeinert, insbesondere auch für die Länder Mittelosteuropas (ebd.: 89ff.; s.a.

„[Das bedeutet, SH], dass der technische Fortschritt auf der Grundlage einer Produktionsstruktur, die von der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter zehrt, *gleichzeitig* die Intensivierung des Arbeitsrhythmus, die Erhöhung der Produktivität und die Tendenz, die Arbeitskraft unter ihrem realen Wert zu entlohnen, begünstigte.“ (Hvh. SH)

Diese Kombination aus High-Tech für Niedriglohn bzw. von technischem Fortschritt mit systematischer Überausbeutung vervielfacht und verstärkt die (transnationalen) Spaltungs- und Konkurrenzbeziehungen zwischen Ländern und Regionen. Schon in den 70er Jahren hatten Fröbel/Heinrichs/Kreye auf diese, sich auch sozial darstellende Fragmentierung durch (potenzielle) Verlagerung und Lohnkostendruck aufmerksam gemacht. Und sie betonten dabei die nun auch im Globalen Norden anzutreffende *ungleiche Entwicklung* als ungleiche Betroffenheit von Outsourcing und Verlagerung. Auf der *einen Seite* nämlich fänden sich diejenigen, die direkt und in hohem Maße Verlagerungen zu spüren bekämen, in der damaligen Perspektive der Autoren vor allem Frauen und sog. Geringqualifizierte, zudem spezifischer, besonders stark restrukturierter Branchen wie der Textilindustrie. Hier drohe Arbeitslosigkeit und unsichere Existenz, politisch seien protektionistische Forderungen (an den Staat) zu erwarten (vgl. Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977: 17). Auf der *anderen Seite* allerdings seien die bessergestellten Kernbelegschaften (damals, SH!) von diesen Verlagerungen weitgehend verschont – mehr noch: sie *begrüßten* nicht selten die Politik der Verlagerung als Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens und damit ihrer eigenen sozialen Position in Arbeit und Gesellschaft<sup>94</sup>.

Die Autoren stellen hier, mit anderen Worten, eine soziale Heterogenität auch im Globalen Norden fest, was in parallel sich entwickelnden industriesoziologischen Debatten ebenfalls Gegenstand geworden war<sup>95</sup>, allerdings aus transnationaler Perspektive. Die Globalisierung der Produktionsstruktur schlägt sich hier systematisch als konkurrenzuelle Fragmentierung zwischen Belegschaften, zugleich aber auch als Spaltung zwischen Kern- und Randbelegschaften – mithin abermals als multiscale Fragmentierung – nieder. Der nicht-homogene soziale Entwicklungsprozess im Norden ist dabei mit demjenigen tiefer sozialer Spaltung im Süden *verbunden*. Weil dort Niedrigstlöhne durchgesetzt werden können, entsteht einerseits Konkurrenz, andererseits aber auch „Beschäftigungssicherung“ im Globalen Norden. Ohne eine politische Re-Regulierung der neu entstehenden Konkurrenzbeziehungen wird die idealtypische Koinzidenz von ökonomischem Wachstum und dessen sozialer Verallgemeinerung über Konsum angegriffen: über Durchsetzung immer breiterer Niedriglohnbereiche und Niedriglöhne auch im Globalen Norden – eine Perspektive, die die Autoren damals bereits eindrücklich vor Augen hatten.

---

Sproll 2010). Die Kombination von moderner Produktion und Niedriglohn ist darüber hinaus, wie ich in Hürtgen 2009 argumentiert habe, kein Spezifikum mehr nur für (europäische) Peripherie-Länder, sondern findet sich als Formen prekärer Niedriglohnarbeit in großen Industrieunternehmen längst auch in Deutschland (vgl. Hürtgen 2008; Hürtgen/Voswinkel 2014: 297ff. ).

<sup>94</sup> Diese Haltung wurde später auch bei den in den 90er Jahren massiv erfolgenden Verlagerungen nach Mitteleuropa aufgefunden, wo sich Betriebsräte zur Stärkung ihres Unternehmens durchaus auch für Verlagerungen einsetzten (vgl. Hürtgen 2008; Blöcker 2009; neuerdings Hassel 2013).

<sup>95</sup> Die wachsende Fragmentierung national-gesellschaftlicher Arbeitsmärkte wurde in dieser Zeit auch an anderer Stelle reflektiert, v.a. in der Diskussion zur „Segmentierung“ bzw. ebenfalls „Dualisierung“ des Arbeitsmarktes, d.h. seiner Aufspaltung in gut abgesicherte „Kernbelegschaften“ und flexibel einsetzbare, zumeist geringer entlohnte „Randgruppen“, die auf sog. „Jedermannarbeitsplätzen“ beschäftigt wurden (vgl. Sengenberger 1978; Mendius/Sengenberger 1976). Fast schon affirmativ dagegen konzipieren Kern/Schuman (1984: 22) die Kernbelegschaften als TrägerInnen der neuen, modernen Produktionskonzepte, während hier die Randbelegschaften als „Rationalisierungsverlierer“ bezeichnet werden, die in Branchen tätig seien, die im globalen Wettbewerb „ums Überleben“ kämpften und die in diesem Wettbewerbskampf „herausgefiltert“ würden.

#### 4.3.5 „Städtische Subsistenz“ und industrieller Niedriglohn

Der letzte argumentative Schritt in diesem konzeptionellen Rückblick auf Debatten zur „strukturellen Heterogenität“ verbindet aus reproduktionstheoretischer Perspektive zwei hier zentrale Argumentationsschritte, nämlich erstens die (moderne) Hervorbringung vermeintlich traditioneller Arbeits- und Lebensbereiche und zweitens die Schaffung eines weit gefassten modernen Produktionsregimes, das auf Niedrig- und Niedrigstlöhne baut.

Die grundlegende Frage des „Bielefelder Reproduktionsansatzes“, deren zentrale Autorinnen Maria Mies und Claudia von Werhof später als „Öko-Feministinnen“ bezeichnet wurden, besteht in einem Zugang zu Reproduktionsarbeit generell als unhintergehbare Grundlage kapitalistischer Warenproduktion, wobei die Art und Weise dieser Reproduktion je nach Charakter der im Kapitalismus dominanten profitorientierten Warenproduktion unterschiedliche Formen annimmt (Mies/Bennholdt-Thomsen/von Werhof 1988). In expliziter Anlehnung an die Dependenztheorie und dem Ziel, deren Gedanken einer Gleichzeitigkeit von Entwicklung und Unterentwicklung „konsequenter“ weiterzuführen<sup>96</sup>, bestimmen die AutorInnen Reproduktionszusammenhänge als allgemein-grundlegende eines weltweiten Kapitalverhältnisses, die sie zugleich in ihrer spezifisch nationalen oder auch regionalen Ausprägung untersuchen wollen (vgl. Bennholdt-Thomsen/Boeck 1981). Wie David Harvey, Frank und andere verfolgen sie den Gedanken, dass kapitalistische „Entwicklung“ immer auf ihrem „Gegenteil“ beruht und dieses „Gegenteil“ hervorbringt, so dass es ein *Verhältnis* zu analysieren gilt, in ihrer Perspektive das von profitorientierter Warenproduktion und das der notwendigen Reproduktion, insbesondere von Arbeitskräften.

Im Globalen Norden gestalte sich dieses Verhältnis als „Hausfrauisierung“, also als Prozess, „in dem die Produktion für das Leben aus dem Bereich der anerkannten gesellschaftlich relevanten Tätigkeiten herausdefiniert und entwertet sowie an [vermeintlich müßiggehende, SH] Hausfrauen delegiert wird“ (Baier/Müller 2006). Im Globalen Süden dagegen nehme die reproduktive Arbeit eine andere Form an, hier sprechen die BielefelderInnen von der Herausbildung einer „städtischen Subsistenz“: Das meint eine Subsistenzproduktion, die sich im Angesicht eines umfassenden Entzuges der Grundlage vormaliger „bäuerlicher Subsistenz“ durch Entzug (letztlich Raub) von Land und anderen, für die Reproduktion basalen (Natur-)Ressourcen seitens des Staates und (ausländischer) kapitalistischer Investoren herausbildet. Städtische Subsistenz entsteht hiernach als Kehrseite einer bestimmten Form von Industrialisierung und Kapitalisierung: Durch profitorientierte Ressourcenaneignung seitens Staat und Kapital würde bäuerliche Subsistenz gleichermaßen zurückgedrängt wie umgewandelt – und zwar um den Preis der eklatanten Verschlechterung des erzielten Reproduktionsniveaus (vgl. Otto-Walter 1981).

Städtische Subsistenz *korrespondiert* hiernach mit einem extremen Niedriglohnregime, wie es aus Sicht der BielefelderInnen und anderer für die moderne transnationale Produktion in der sog. Dritten Welt typisch ist (s. Kap. 4.3.4.). Die AutorInnen betonen: An Stelle einer – entwicklungslogisch oft unterstellten – *Verallgemeinerung* von freier Lohnarbeit durch Kapitalisierung und Industrialisierung (eine Konzeption,

---

<sup>96</sup>„Der zentrale Beitrag der Dependenztheorie zur Weiterentwicklung weltmarktabhängiger Länder sollte konsequenter gehandhabt werden: die Erkenntnis der historischen Gleichzeitigkeit von entwickeltem und unterentwickeltem Kapitalismus.“ (Bennholdt-Thomsen/Boeck 1981: 107)

die die BielefelderInnen auch prinzipiell ablehnen)<sup>97</sup> entwickle sich angesichts zutiefst unzureichender Löhne etwas völlig anderes: *Industrielle Lohnarbeit, die strukturell auf Subsistenzarbeit zur reproduktiven Absicherung angewiesen ist*: „[Die] Lohnarbeit [zeigt] in der Mehrheit der Fälle einen anderen Charakter, als den generell vermuteten: sie erbringt nicht die nötigen Einkommen und ist auch nicht von ausreichender Dauer, um die Produktion und Reproduktion der Arbeitskräfte zu garantieren.“ (v. Werlhof/Neuhoff 1981: 203)

Entsprechend seien Marginalisierung und städtische Subsistenz mit dem dualen Konzept von Tradition und moderner Entwicklung nicht zu fassen, denn die vermeintlich traditionellen Sektoren seien basale Ressource der vermeintlich modernen, ihr notwendiges Pendant. Statt nach dualen Strukturen solle man deshalb „nach der ‚Dialektik der ‚Heterogenität‘ der Produktionsverhältnisse und Produktivkraft-Entwicklung in Stadt, Land und nach Geschlecht fragen“ (ebd.: 202) – was aber verbreitet nach wie vor nicht geschehe.

„Sogar die Marxisten betrachten mit einer wahrhaften Euphorie die vermeintliche ‚Dynamik‘ der mit dem Erdöl zusammenhängenden Sektoren der venezolanischen Volkswirtschaft. Für fast alle aber ist es kaum einer Erwähnung, geschweige denn einer Analyse wert, die Dynamik des ‚modernen‘ Sektors im Verhältnis zur Situation der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors zu betrachten und zu sehen, wie im Zusammenhang damit ein anderes Phänomen an Dynamik gewinnt, nämlich die Verallgemeinerung nicht der Proletarisierung, sondern der Marginalisierung im ganzen Land“ (ebd.: 190). Und an späterer Stelle: „In anderen Worten, die allgemeine Tendenz ist nicht die Proletarisierung der Arbeiter, sondern ihre Marginalisierung und die marginale Reproduktion ihrer Arbeitskraft.“ (ebd.: 223)

Den „marginalisierten Massen“ gelinge es nur deshalb, sich zu reproduzieren und immerhin zum größeren Teil nicht zu verhungern, weil besagte Transformation der Subsistenz in eine städtische stattgefunden habe. Das instabile, auf zeitweise Lohnarbeit mit niedrigsten Löhnen orientierende Arbeitsregime könne überhaupt nur funktionieren, weil die prekären Lohnabhängigen nicht nur Lohnabhängige seien, sondern auch noch (kleine) Bauern, Händler, Dealer, Gelegenheitsarbeiter in Familienstrukturen usw. Die „systematische Überausbeutung“ (Ruy Mauro Maurini; vgl. Kap. 4.3.4.), die eklatante Senkung der Reproduktionskosten in der modernen industriellen Produktion sei nur möglich auf der Grundlage einer Fülle von (wiederum prekären) Formen der „Selbst-Erarbeitung“ von Einkommen. Es entstände, so Henry Veltmeyer (1983: 209), kein klassisches „freies Proletariat“, sondern ein „Halbproletariat“: seine Einbindung in Industrie und industrielle Produktion geht mit fortgesetzter, vermeintlich traditioneller Subsistenz einher:

---

<sup>97</sup> An Stelle einer Konzeption abstrakt freier Lohnarbeit unterscheiden die AutorInnen anschließend an Marx drei „Subsumtionsformen“: die reelle, die formelle und die marginale (v. Werlhof/Neuhoff 1981: 116f.). Von Werlhof/Neuhoff schließen an die Differenzierungen unterschiedlicher Subsumtionslogiken bei Bennholdt-Thomson an und unterscheiden einen „formell bzw. marginal subsumierten“ und einen „reell [unter die Kapitallogik] subsumierten Sektor“, die sie selbst dann vereinfacht als traditionell-moderne Sektoren bezeichnen (ebd.: 180). Zwischen der Subsistenz und der städtischen, oft großindustriell entweder von verstaatlichten oder Auslandsunternehmen beherrschten „Warenproduktion“ bestehe so ein Dominanz- und Ausbeutungsverhältnis: (Weibliche) Reproduktionsarbeit würde angeeignet, zugleich die Struktur kleiner Warenproduzenten (für lokale Märkte etc.) zerstört oder von industriellen Vorgaben, Vorschriften, Einflüssen etc. dominiert, gleichwohl nicht vollends beseitigt, um ein sehr niedriges Lohnniveau in der industriellen Produktion aufrecht erhalten, das wiederum zur „Verflechtung“ mit der Subsistenzökonomie zwingt (Stauth 1981: 57). Auf diese Weise eigne sich „das Kapital“ sehr unterschiedliche Arbeiten an: nicht nur formal freie, sondern auch formal oder auch nur marginal subsumierte usw. (v. Werlhof/Neuhoff 1981: 223).

„The large mass of dispossessed peasants, together with all those who combine subsistence/petty commodity production with seasonal or casual wage labour, are more correctly placed into the semiproletariat. Although this remains a controversial question, this categorization reflects the effective relationship of the vast bulk of small producers to the dominant capitalist mode of production: as a source of cheap surplus labor and as such a lever of capital accumulation.“

Umgekehrt *ermöglichte* erst diese neue, städtische Subsistenz der Kapitaleseite die Etablierung derartiger Niedriglohnregime: Löhne und Ausgaben würden von vornherein nicht in der Höhe notwendiger sozialer und biologischer Reproduktion kalkuliert. Vielmehr zeigten die Analysen, dass „das Kapital aufgrund der auf diese Weise erreichbaren Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskräfte die Bedingungen seiner eigenen Reproduktion und Akkumulation verbessert, weil es folglich rentabler ist, wenn sich nicht alle Arbeit in Lohnarbeit verwandelt“ (v. Werlhof/Neuhoff 1981: 205f.)

Die vermeintlich „traditionelle“ Existenzweise marginalisierter Massen ist somit eine moderne und mit kapitalistischer Inwertsetzung hervorgebracht<sup>98</sup>:

„In dieser [höchst prekären, SH] Situation befindet sich heute die Masse der kleinbäuerlichen Produzenten in Lateinamerika ihrer *Erscheinung* nach als Überreste anderer Produktionsweisen, dem *Wesen* nach aber Ergebnis der kapitalistischen Durchdringung dieser Länder“ (Bennholdt-Thomsen/Boeck 1981: 114; Hvh. SH). Wir hätten also „unter der Erscheinungsform der bäuerlichen Produktion eine stagnierende industrielle Reservearmee oder auch marginale Masse vor uns.“ (ebd.)

Indem die BielefelderInnen jegliche Vorstellungen von (weltweiter) Entwicklung hin zu einem nördlichen, vermeintlich klassischen Kapitalismus ablehnen, betonen sie umgekehrt, dass die „semi-proletarische“ Existenz nicht etwa ein Übergangsphänomen darstellt (im Sinne eines Prozesses einer einmaligen ursprünglichen Akkumulation), sondern eine moderne, sich perpetuierende Form kapitalistischer Vergesellschaftung: eine spezifische Ausprägung des Verhältnisses von warenförmiger und Subsistenzproduktion bzw. von Entwicklung und Unterentwicklung. Die „Unterentwicklung von Produktivkräften“ sei dabei

„das immer wieder neue Ergebnis des ‚Fortschritts‘ selbst, die Unterentwicklung ist die andere Seite der Medaille der Entwicklung, die Armut resultiert aus dem Reichtum usw.“ (v. Werlhof/Neuhoff 1981: 190). „Traditionelle“ Sektoren und Unterentwicklung seien „insofern keineswegs eine ungewollte, systemwidrig-krisenhafte Fehlentwicklung, sondern immanenter Bestandteil, ggf. sogar Basis der kapitalistischen Reproduktion.“ (ebd.: 179)<sup>99</sup>

<sup>98</sup> Mit Samir Amin kann hier von „pseudotraditionellen“ Existenzweisen gesprochen werden: „Verschiedene wichtige gesellschaftliche Phänomene, wie z.B. die Durchführung solidarischer Verteilung dürfen nicht als ‚Überbleibsel‘ der traditionellen Gesellschaft [...] analysiert werden, sondern müssen im Gegenteil als Mittel des Widerstandes und des Überlebens unter Bedingungen des peripheren Kapitalismus neu interpretiert werden, selbst wenn sie in ‚traditionelle‘ Formen eingelassen sind“ (2012: 94). Amins Konsequenz: „Die sog. ‚traditionelle‘ Gesellschaft, die den größten Teil der Weltbevölkerung umfasst, und die der Funktion, für den ‚modernen‘ Sektor billige AK zur Verfügung zu stellen, unterworfen ist, existiert nicht mehr. Sie ist pseudotraditionell.“ (ebd.: 95)

<sup>99</sup> „However, what is different about this process of primitive accumulation in the contemporary context of Third World agriculture is that it is clearly not a transitory phenomenon; semiproletarianization (that is, the combination of wage labor and subsistence/commodity production based on the incomplete [sic! Trotz seiner systematischen Analyse denkt er noch teilweise in klassischen Entwicklungslogiken; SH] separation of direct producers from their means of production) is, in fact, an active process of class formation in most peripheral countries and regions, even at a relatively advanced stage of capitalist Development“ (Veltmeyer 1983, 209). Als Beispiel nennt er Studien, wonach in LA kleine Landeigentümer (unter 5 ha), die in El Salvador und generell bis zu 80% der Landbevölkerung und in Guatemala und anderen Ländern bis zu 60% ausmachten, 50% ihres Einkommens aus Lohnarbeit beziehen (ebd.: 221).

Damit wird auch klar, was hier nur angedeutet werden kann, dass für die BielefelderInnen die kapitalistische Reproduktion kein Maßstab (potenzieller) progressiver Entwicklung durch Industrialisierung, Verstädterung usw. darstellt. Entwicklungspotenziale sind hier vielmehr Ressourcen für „Basisbedürfnisse zur Reproduktion des menschlichen Lebens“. Die AutorInnen verfechten mithin einen anderen Entwicklungsbegriff als den, der Industrialisierung zum Ausgangspunkt nimmt (woran nicht zuletzt die heutige Degrowth-Diskussion anschließt).<sup>100</sup> Städtische Subsistenz ist dabei die spezifische Ausprägung eines Verhältnisses von Produktion und Reproduktion, das im Globalen Norden die Form der „Hausfrauisierung“ annahm.<sup>101</sup>

Allerdings lässt sich heute ohne Weiteres nach Parallelen in der Entwicklung einer „städtischen Subsistenz“ in Europa, seinen Peripherien wie Zentren, fragen. Ich selbst habe oben beispielhaft einige Reproduktionsstrategien in Form hybrider Subsistenzproduktion geschildert (das Kumulieren von Einkommen vom Staat, Gelegenheitsarbeiten, aber auch kleiner Landwirtschaftsproduktion; vgl. Kap. 2), dass sich derlei „traditionelle“ Formen der Reproduktion ausweiten, wird spätestens seit der Wirtschaftskrise in Europa deutlich: als Sicherung von Reproduktion über eigenen Lebensmittelanbau in Griechenland (Strittmatter 2012), als Kumulation unterschiedlicher Einkommen (wozu auch Dankes-Geschenke für private Dienstleistungen zählen) angesichts beispielsweise äußerst niedriger Hartz-IV-Sätze oder auch sonstiger Einkommensprekarität in Deutschland (Willisch/Eckart 2012; Dörre/Scherschel/Booth u.a. 2013: 209ff.).

#### **4.4 Zusammenfassung: strukturelle Heterogenität und fragmentierte Wachstumsgesellschaften**

Im letzten Kapitel habe ich zweierlei unternommen: erstens habe ich das entwicklungstheoretische Konzept der „strukturellen Heterogenität“ ausführlich vorgestellt, und dabei zunächst die entwicklungslogische Befangenheit eines Großteils der damaligen Diskussion herausgearbeitet, die in einer begrifflich-theoretischen Gegenüberstellung von deformierten heterogenen Gesellschaften hier und normalen autonomen und (relativ) homogenen dort auch in der kritischen Debatte mündete (4.1.). Nach einem Intermezzo zur wenigstens angedeuteten Explikation meiner Betrachtung der damaligen Debatten (4.2.) habe ich dann in Kap. 4.3. versucht zu zeigen, dass weit über die damalige explizite konzeptionelle Grenzziehung hinaus der Begriff der strukturellen Heterogenität ein zur heutigen begrifflichen Bestimmung von fragmentierten Wachstumsgesellschaften äußerst fruchtbares Konzept darstellt: als ein

---

<sup>100</sup> „Im Zentrum [...] steht die Unterentwicklung der Reproduktion insbesondere des Subsistenzbereichs. Sie wird zugeich als Implikation gesamtgesell. Reproduktion und als Problematik der Erhaltung menschlichen Lebens definiert.“ (Otto-Walter 1981: 10f). Unterentwicklung ist hiernach „die Verschlechterung der Möglichkeiten zur Befriedigung der Basisbedürfnisse, also der Reproduktion menschlichen Lebens [...] „In diesem [konzeptionellen, SH] Rahmen wird die Problematik der Befriedigung der Basisbedürfnisse der gesamten Bevölkerung systematisch zum analytischen Thema“ (Otto-Walter 1981: 10f.). Es ist schon bemerkenswert, dass Ulrich Menzel in seinem Abriss der Entwicklungstheorie diesen Umstand überhaupt nicht bemerkt, sondern diesem Ansatz vor allem Innovationen im Bereich der längerfristigen empirischen Forschung zugesteht (vgl. Menzel 1995: 35). Für die BielefelderInnen jedenfalls hatte ein veränderter Begriff von (Unter-)Entwicklung auch eine veränderte Vorstellung über die sozialen Akteure von (progressiver) Entwicklung zur Folge: dies seien die Marginalisierten, Frauen usw.: „Anstöße für alternative Entwicklungspraktiken werden mit aller Wahrscheinlichkeit nur ‚von unten‘ kommen können, und zwar in erster Linie von den schlecht bezahlten und nicht zur kleinen Gruppe von relativ privilegierten Facharbeitern gehörenden industriellen Lohnarbeitern, von marginalisierten Bauern, Tagelöhnern, Frauen etc.“ (v. Werlhof/Neuhoff 1981: 184).

<sup>101</sup> Auch die BielefelderInnen stellen m.a.W. der sozialen Heterogenität des Südens nicht eine vermeintlich „homogenen“ Gesellschaft des Globalen Nordens gegenüber.

Konzept zur transnationalen und multiscalareren Analyse, das immer auch nach den Reproduktionsverhältnissen, also der konkret-historischen Artikulation von lohnarbeitsförmiger Einbindung in profitorientierte Produktion und (notwendiger) Arbeit im privaten bzw. hier insbesondere: vermeintlich „traditionellen“ Sektor fragt – und das aus dieser Perspektive die im Mainstream unterstellte progressive gesellschaftliche Entwicklung durch moderne Kapitalakkumulation anzugreifen vermag.

## **5. Zusammenfassung und Ausblick: Wachstum und Fragmentierung in transnationaler Perspektive**

Der vorliegende Text ist Resultat meiner Forschung als Fellow in Jena und hat das Ziel, empirisch und begrifflich auf eine notwendige Abkehr von einem *wachstumslogischen methodologischen Nationalismus* aufmerksam zu machen, eine Abkehr von der Vorstellung, die Wachstumsindikatoren eines Landes bedeuteten im Prinzip den – dann als konsumistisch zu kritisierenden – wohlfahrtsstaatlichen Einschluss der Bevölkerungen in dieses Wachstum. Wie ich in Kapitel 1 ausgeführt habe, ist eine solche (nationalstaatlich verortete) vermeintliche Koinzidenz von privatkapitalistischer Investition und gesellschaftlicher Wohlfahrt vorherrschende Ideologie, gängiges ideologisches Mantra, das in eine Darlegung gesellschaftlicher Entwicklung als jeweilig nationale „Failure-“ oder auch „Success-Stories“ mündet, während die reale gesellschaftliche Verfasstheit, soziale Fragmentierung und Spaltung, d.h. die Existenz systematischer sozialer Ausschlüsse gerade auch in den Ländern mit sehr hohen Wachstumsraten, allenfalls als beklagenswertes Randphänomen von Modernisierungsverlierern thematisiert wird oder vollends aus dem Blick gerät. Auch die Postwachstumsdebatte hat selbst dort, wo sie massive soziale Verwerfungen und Exklusionsformen benennt (was nur ein kleiner Teil der DiskutantInnen tut), kein begriffliches Instrumentarium zur Analyse systematischer Nicht-Koinzidenz von Wachstum und allgemeiner (konsumtiver) Wohlfahrt. Entsprechend mündet die Degrowth-Diskussion wesentlich in eine Kritik der Lebensweise, ohne dass systematisch-begrifflich betrachtet werden kann, dass an dieser – zu recht als entfremdet, konsumistisch, individualisierend und nicht zuletzt ressourcen-negierend kritisierten – Lebensweise (auch im Globalen Norden) nur noch Teile der jeweiligen „Bevölkerungen“ partizipieren können.

Diesen Tatbestand habe ich in Kapitel 2 empirisch illustriert anhand von zwei sog. peripheren europäischen Regionen, Mittelosteuropa (hier v.a. Polen und Ungarn) sowie Tunesien, die bis zur Wirtschaftskrise 2008ff. bzw. dem Sturz Ben Alis 2010 mit ausgesprochen hohen Wachstumsraten aufwarten konnten und die dieses Wachstum über jenes Modell erzielt hatten, wie es seit Jahren in Europa insgesamt propagiert und durchgesetzt wird: Die angebotsorientierte Liberalisierung und Öffnung des Landes zur Attraktion insbesondere ausländischer Investoren mit dem offiziell erklärten Ziel, darüber Anschluss an Modernisierungs-, Wachstums- und Wohlfahrtspotenziale zu erlangen. Allerdings ist das Resultat dieser durchaus erfolgreichen Wachstumspolitik eine in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte oft „übersehene“ massive Fragmentierung der jeweiligen Gesellschaften: in eklatant verarmte soziale Gruppen, Regionen, Stadtteile und Arbeitsverhältnisse hier und neu errichtete Infrastruktur, renovierte Stadtteile und soziale Gruppen mit steigenden Einkommen und entsprechenden

Konsummöglichkeiten dort – in „westliche“ konsumtive Reproduktion hier und kaum existenzsichernde, für Leib und Seele hochgradig prekäre Subsistenzreproduktion dort.

Von diesem Befund ausgehend habe ich mich anschließend der Entwicklungsdiskussion zugewandt, die derartige gesellschaftliche Fragmentierungen bereits bis in die frühen 1980er Jahre intensiv diskutiert hatte – allerdings als das zentrale Kennzeichen für *Unterentwicklung*, also für eine noch nicht vollständig erfolgte Modernisierung bzw. Durchkapitalisierung der Gesellschaften. Während der Begriff „Dualisierung“ bis heute zumeist<sup>102</sup> eine derartige entwicklungslogische Erklärung von Armut und sozialer Exklusion als unzureichende Einbindung in moderne Wachstumslogiken verfißt, kann der sich dazu explizit kritisch verstehende Begriff der „strukturellen Heterogenität“ auf eine Weise rekonstruiert werden, die ihn zur aktuellen begrifflichen Analyse systematischer sozioökonomischer Fragmentierung in Wachstumsgesellschaften hochgradig fruchtbar und interessant macht. Dies insbesondere aus folgenden Gründen:

- *Erstens* zielt das Konzept der strukturellen Heterogenität auf die Analyse *transnationaler, multiscalarer Vergesellschaftung*. Anstatt einer als äußerlich konzipierten *ökonomischen* Globalisierung jeweils das national gedachte Soziale *gegenüberzustellen*, also von nationalstaatlich-homogenen Institutionen, Bevölkerungen usw. auszugehen (und so die vielfach kritisierten methodologischen Container zu produzieren), kann mit dem Begriff der strukturellen Heterogenität von vornherein nach der transnationalen Hervorbringung von sozioökonomischer Gesellschaftlichkeit gefragt werden. Dies bedeutet, einerseits die hochgradig globalisierten Wirtschaftszusammenhänge in den Blick zu nehmen, zugleich und damit zusammenhängend aber auch die transnationale Verfasstheit von Sozialstrukturen zu beleuchten – was, wie nun vielfach betont, nicht meint, dabei die nationale Vergesellschaftungsebene gering zu schätzen. Allerdings aber erfolgt die heutige Strukturierung sozialer (Un-)gleichheit von vornherein in einem engen Zusammenspiel globaler, europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Akteure – und also auch entlang von Auseinandersetzungen auf all diesen Ebenen, von denen keine als solche einfach zu isolieren und methodologisch „fürs Ganze“ zu nehmen ist. Vielmehr erfolgt, wie es die humangeographische Diskussion später nennt, und wie es die damalige Debatte erstaunlich ähnlich vorab beschrieb, ein permanentes „*Re-Scaling* aller sozialen Vergesellschaftungsebenen“: an die Stelle (relativ!) allgemeiner (nationalgesellschaftlicher) Inklusion treten vielfache trans- wie internationale Konfigurationen von Ein- und Ausschlüssen; Exklusionen nicht nur – wie D. Harvey hervorhebt – aus kapitalismuslogischer Inwertsetzung, sondern vor allem auch aus „normaler“ Reproduktionsmöglichkeit, beispielsweise in Form massenhafter Nutzung von hochgradig prekärer Niedrig- und Niedrigstlohnarbeit im Sinne der Setzung einer konkurrenzlogischen (Kosten-)Vorteils.
- Damit zielt das Konzept der strukturellen Heterogenität *zweitens*, und dies war Hauptgrund und überhaupt auch Anlass, sich so ausführlich mit ihm zu beschäftigen, auf *systematische Fragmentierung bei Wachstum*, es analysiert *fragmentierte Wachstumsgesellschaften*. Armut und Exklusion von sozialer Teilhabe sind hiernach nicht Folge von „zu wenig Wachstum“, sondern können

<sup>102</sup> Diese Zuordnung ist nicht durchgängig treffsicher, mitunter argumentieren auch KapitalismuskritikerInnen mit dem Begriff der „Dualisierung“, meinen damit aber letztlich strukturelle Heterogenität.

als inhärentes Resultat eines Wachstumsmodells gefasst werden, das die konkurrenzuelle Logik partikularer Vorteilsdifferenzen, also die Aufspaltung und konkurrenzuelle Entgegensetzung sozialer (regionaler, reproduktiver usw.) Zusammenhänge zum allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Wohlfahrtsmechanismus erklärt. Auf diese Weise werden einerseits immer neue „Anreize“ für Investitionen geschaffen, was mit immer massiverer Degradierung von Einkommen, der Vernachlässigung allgemeiner Infrastruktur oder der (kriminellen) Bereitstellung von „peripheren“ Regionen als Ablagerungs-Brache einhergeht – während zugleich die metropolitan „Bessergestellten“ transnational einkommens- und konsumpolitisch eingebunden werden. „Deindustrialisierung“, als der „eine Spur der Verwüstung“ nach sich ziehende Abzug von Kapital und Ressourcen (Harvey 2004: 186) ist hiernach die Kehrseite „moderner“ Inwertsetzung, und zwar nicht nur in „Entwicklungsländern“, sondern auch „in Pittsburgh und Sheffield“ (ebd.) und in Europa. „Verwüstung“ ist zudem – wie u.a. Neil Brenner herausarbeitet – als multiscales Phänomen zu begreifen: als tiefe sozialräumliche Spaltung zwischen Ländern, ebenso wie *innerhalb* von Ländern, Regionen, Städten, Stadtteilen usw. Schließlich: Der auf allen sozialräumlichen Scales anzutreffende Gegensatz von „Kathedrale und Wüste“ bzw. von „Zitadelle und Ghetto“ heißt nicht, dass es zwischen beiden keine Verbindung gäbe, darauf hat insbesondere die damalige kritische Entwicklungsdebatte verwiesen (s. Kap. 4.3.): die prekär oder „abgehängt“ lebenden Menschen arbeiten als Niedrigstlohnbeschäftigte in den „Kathedralen“: in den Büros, in den modernen Produktionsstätten oder auch in gut situierten Familien fremder Länder. Die „Kathedrale“ schließt dabei – wie der Begriff der (Sub-)Elite andeutet – die Affirmation und Sicherstellung dieses hochgradig repressiven Wachstumsmodells durch aktiven Ausschluss anderer und Sicherstellung der eigenen (besseren) Position ein.

An solchen Strukturen massiver (kaskadenförmiger) gesellschaftlicher Heterogenisierung geht eine Kritik an einer vermeintlich allgemeinen konsumtiv übersättigten Lebensweise in Europa vollends vorbei, und dies nicht nur in den hier beispielhaft vorgestellten Ländern und Regionen. Damit ist – wie ich mit Verweis auf den Bielefelder Reproduktionsansatz angedeutet habe – die generelle Frage nach einer neuen allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungslogik (in Europa und darüber hinaus) in keinster Weise obsolet. Allerdings riskiert ein progressiv gemeinter Konsumverzichtsdiskurs nicht nur, an der Realität breiter Bevölkerungen vorbeizugehen, sondern durchaus auch, wie konservative Debattenstränge bereits zeigen, selbst Bestandteil eines elitären „Governing the Poor“-Projektes (Haubner/Lessenich 2014) zu werden.

- Eine allgemeine progressive Entwicklungsperspektive – und das verdeutlicht das Konzept der strukturellen Heterogenität als *drittes* – kann dabei allerdings kaum in Form einer Ausrichtung auf (vermeintlich per se positive, da nicht wachstumsorientierte) Subsistenz konzipiert werden. Wie eine reproduktionstheoretische Perspektive erinnert, ist „Subsistenz“ als zentraler Bestandteil von Reproduktionsarbeit als *Pendant*, als in einem Zusammenhang mit auf Profitmaximierung hin organisierte Erwerbsarbeit sowie zu Formen politischer und (fehlender) wohlfahrtsstaatlicher Regulierung zu begreifen. Ob Subsistenzarbeit als sich selbst befreiende, alternative Arbeits- und Lebensform verstanden werden kann, hängt immer auch von ihrem „Gegenstück“, der allgemeinen gesellschaftlichen Organisation von Ökonomie ab: welche Löhne und Sozialunterstützungen hier gezahlt werden, welche regionalen und infrastrukturellen Ressourcen für einen alternativen

„Eigennutz“ überhaupt bestehen gelassen werden, welche Art von Repression staatlicherseits betrieben wird usw. – beispielsweise Vertreibung von Land, von privat betriebenen Kohleminen in Polen oder von fliegenden Händlern in Tunesien, aber auch der Zwang zum Wohnungswechsel und Nachbarschaftsbeziehungen in Deutschland wären hier zu nennen<sup>103</sup>. „Subsistenz“ als solche der „wachstumsorientierten Produktion“ positiv entgegenzusetzen verkennt und verniedlicht das Ausmaß in dem bereits heute (und auch in Europa) Subsistenz(re-)produktion in erzwungenem und oft repressivem Ausmaß betrieben wird – ebenso wie umgekehrt moderne profitorientierte Produktion mit sozial kaum vertretbaren Arbeits- und Einkommensbedingungen einhergeht. „Subsistenz“ ist – positiv wie negativ – nur ein relativer Ausstieg, der, solange kapitalistische Produktionsweise vorherrscht, an dieser gekoppelt bleibt.

- Wir haben es also – *viertens* – mit hochgradig fragmentierten Wachstumsgesellschaften zu tun, und zwar in Europa insgesamt. Prekäre Niedrigsteinkommen korrespondieren hier mit „inneren Peripherien“, die ihrerseits abermals auf allen sozialen Scales anzutreffen sind – während zugleich ein als allgemein proklamierter „Sozialbürgerstatus“ (Dörre 2014) durchaus für Teile der Bevölkerungen (weiter) besteht. „Inmitten der Eurozone bilden sich [...] Gesellschaften mit informellen Strukturen heraus, wie sie lange Zeit nur aus dem globalen Süden bekannt waren“ so Klaus Dörre (ebd.: 9) in Bezug auf Griechenland und Spanien. Und weiter: „In diesen Gesellschaften leben Bevölkerungsmehrheiten in prekären Verhältnissen. ‚Regieren‘ läuft in diesem Regime auf eine Maximierung von Unsicherheit bei gleichzeitiger Gewährung jenes Minimums an sozialer Absicherung hinaus, das gerade noch notwendig ist, um Aufstände und Revolten zu vermeiden oder doch unter Kontrolle zu halten“ (ebd.).

Auch diese Feststellung bedeutet nicht, auf Konsumkritik und Fragen einer „Re-Territorialisierung“ von Arbeit und Leben zu verzichten, und noch weniger auf die notwendige Debatte und praktischen Bewegung (vgl. Welzer 2014) in Richtung einer umfassenden sozialökologischen Transformation für eine Verallgemeinerung der Prinzipien gemeinwohlorientierten Wirtschaftens. Der für weite Teile des Postwachstumdiskurses typische kritische Ausgangspunkt einer vermeintlich allgemeinen konsumtiven Übersättigung „der“ Bevölkerungen im Globalen Norden greift hierbei allerdings deutlich zu kurz. Er negiert nicht nur das Ausmaß an (sozialer, arbeitsbezogener, konsumtiver usw.) Verarmung auch in Europa und auch bereits vor der Wirtschaftskrise, sondern er suggeriert zudem, basierend auf der falschen Unterstellung, im Norden hätten doch alle „genug“, dass eine gesellschaftliche Neuausrichtung hin zu mehr Arbeits- und Lebensqualität (allein) auf Grundlage individueller Erkenntnisse und Entscheidungen für eine andere Lebensweise bewerkstelligt werden kann – man muss sich gewissermaßen nur für das Bessere, den Verzicht, entscheiden. Damit aber sind, wie Stephan Lessenich (2014) zurecht betont, nicht nur „himmelschreiende“ Ressourcenungleichheiten ausgeblendet, sondern zudem ein neues gesellschaftliches Gesamtes – auch imaginär – nicht hervorgebracht: „Sich die eigenen, partikularen ‚Produktionsverhältnisse‘ zu schaffen, ist schön und gut, aber unter den gegebenen

---

<sup>103</sup> Hier sind als nur wenige Beispiele Vertreibung von besetztem Land, die Verfolgung von Subsistenzaktivitäten im „privaten Steinkohleabbau“ in Polen oder von fliegenden Händlern in Tunesien zu nennen, aber auch der Zwang zum Umzug bei „zu großer“ Wohnung in Deutschland, der mit Zerstörung von Nachbarschaftsbeziehungen und damit sozialräumlich nahen Subsistenzmöglichkeiten einhergeht (vgl. Dörre/Scherschel/Booth u.a. 2013).

ökonomischen Bedingungen ein Minderheitenprogramm“ (ebd.: 566), solange nicht, so der Autor weiter, die kapitalistische Produktion gewissermaßen auch „von innen“, von den „unmittelbaren Produzentinnen und Produzenten, der lebendigen Arbeit und ihrer vitalen Interessen“ transformiert würde (ebd.: 567). Dass diese unmittelbaren Produzentinnen und Produzenten kapitalistischer Konsumgüter, infrastruktureller Einrichtungen und im umfassenden Sinne von Lebensmitteln auch in Europa nicht länger nur die wohlfahrtsstaatliche inkludierten, wenngleich mit Stress und Vermarktlichung häufig extrem belasteten „Normalbeschäftigten“ sind, sondern zu weiten Teilen immer mehr jenen Bevölkerungsgruppen ähneln, die in der damaligen Entwicklungsdiskussion in Bezug auf den Globalen Süden als „marginalisierte Massen“ bezeichnet wurden, gehört dabei endlich in die Debatte aufgenommen – und ihre Perspektive in die „kollektive Arbeit am gesellschaftlichen Imaginären“ (ebd.) einbezogen.

## 6. Literatur

- Aglietta, Michel (1987 [1979]): A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience. London/New York: Verso [franz. 1974].
- Ahlers, Elke/Ziegler, Astrid (2009): Ein Dambruch. Zu Umfang und Auswirkungen von Standortverlagerungen in Deutschland. In: Dies. u.a. (Hg.): Beschäftigte in der Globalisierungsfalle? Baden-Baden: Nomos, S. 19-36.
- Ahmad, Aijaz (1983): Imperialism and Progress. In: Ronald Chilcote/ Dale L. Johnson (eds.): Theories of Development. Mode of Production or Dependency? Beverly Hills/London: Sage, pp. 33-73.
- Allal, Amin/Bennafla, Karine (2011): Les mouvements protestataires de Gafsa (Tunisie) et Sidi Ifni (Maroc) de 2005 à 2009. Des mobilisation en faveur du réengagement de l'Etat ou contre l'ordre publique? In: Sarah Ben Néfissa/Baldine Destremau (dir.): Protestation sociales, révolutions civiles. Transformations du politique dans la Méditerranée arabe. Paris: Armand Colin, Revue Tiers Monde, Hors Série, No. 5, p. 27-46.
- Altmann, Norbert/Deiß, Manfred/Döhl, Volker/Sauer, Dieter (1986): Ein „Neuer Rationalisierungstyp“. Neue Anforderungen an die Industriosozologie. In: Soziale Welt, 37. Jg., H. 2/3, S. 191-206.
- Altwater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstandes oder die Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Amelina, Amelina/Nergiz, Devrimsel D./Faist, Thomas/Schiller, Nina Glick (eds.) (2012): Beyond Methodological Nationalism. Research Methodologies for Cross-Border Studies. New York/Abingdon: Routledge.
- Amin, Samir (1974): Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 71-97.
- Amin, Samir (2012): Das globalisierte Wertgesetz. Hamburg: Laika.
- Arrighi, Giovanni (1974): Multinationale Konzerne, Arbeiteraristokratien und die ökonomische Entwicklung in Schwarz-Afrika. In: Dieter Senghaas (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 221-275.
- Asseburg, Muriel (2011): Zur Anatomie der arabischen Proteste und Aufstände. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39/2011, S. 3-9.
- Aster, Ernst Ludwig von/Mroz, Wojtek (2010): Fluch und Segen des schwarzen Goldes: Kohlebergbau in Polen. Deutschlandfunk, ausgestrahlt am 15.05.10, 11.05-12.00 Uhr. Text im Internet: <http://www.deutschlandfunk.de/fluch-und-segen-des-schwarzen-goldes-kohlebergbau-in-polen.media.17798ac7782c332389c18fe3e8088d3a.pdf>; letzter Zugriff 20.09.14.
- attac Deutschland u.a. (Hg.) (2007): Initiative für Globale Soziale Rechte – Zwischenstand einer fortzusetzenden Debatte. Internet: [www.attac-ffm.de/x\\_docs/GSR-komplet2.rtf](http://www.attac-ffm.de/x_docs/GSR-komplet2.rtf); letzter Zugriff 14.11.14.

- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit (2013): Kapitalismus und Krise - eine Frage von Ökonomie und Klasse? Über kapitalismustheoretische Öffnungen in Sachen Reproduktion, Geschlecht und Ethnie In: Roland Atzmüller u. a. (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 90-110.
- Avineri, Shlomo (1968): Karl Marx on Colonialism and Modernization. New York: Doubleday.
- Babacan, Errol/Gehring, Axel (2013): Hegemonie in Zeit und Raum. Zur Dekonstruktion des Zentrum-Peripherie-Gegensatzes in der Hegemonietheorie am Beispiel Türkei. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 130/131, S. 197-219.
- Bahl, Friederike/Staab, Philipp (2012): Ein Dienstleistungsproletariat? Fragen an eine polarisierte Arbeitswelt. Internet: [http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Namara\\_Freitag/Material/SOFI-Konferenz/Friederike\\_Bahl\\_-\\_Phillipp\\_Staab.pdf](http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Namara_Freitag/Material/SOFI-Konferenz/Friederike_Bahl_-_Phillipp_Staab.pdf); letzter Zugriff 17.11.14.
- Baier, Andrea/Müller, Christa (2006): Der Bielefelder Subsistenzansatz. Internet: <http://coforum.de/?1228>; letzter Zugriff 23.09.14.
- Balogh, Peter (2014): The formation, reproduction, and persistence of spatial social and economic polarisation in East Central Europe. Vortrag auf der Tagung „Crisis and Resistance in Central and Eastern Europe“, Universität Warschau, 22.-23. November 2014; demnächst veröffentlicht in: Debatte. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe.
- Balon, Krzysztof (2013): Armut und Implementierung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (FEAD) am Beispiel Polens. Internet: [http://www.mais.nrw.de/08\\_PDF/004/europa\\_und\\_internationales\\_pdf\\_dateien/131205\\_Veranstaltung\\_bruessel/Vortrag04\\_20131205\\_Praesentation\\_Balon.pdf](http://www.mais.nrw.de/08_PDF/004/europa_und_internationales_pdf_dateien/131205_Veranstaltung_bruessel/Vortrag04_20131205_Praesentation_Balon.pdf); letzter Zugriff 3.11.14.
- BAMF (2014): Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung: Migrationsbericht 2012. Internet: [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile); letzter Zugriff 10.10.14.
- Bartelheimer, Peter/Land, Rainer/Busch, Ulrich/Willisch, Andreas (2006): Diskussionspapier zum SOEB-Werkstattgespräch 3: Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung. Berlin, 11./12. April 2006. Internet: [http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/ws3\\_diskussionspapier06.pdf](http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/ws3_diskussionspapier06.pdf); letzter Zugriff 8.09.14.
- Barwińska-Malajowicz, Anna/David, Alexandra (2014): Motive der Migration. Suche nach besseren Berufschancen oder sozioökonomische Notwendigkeit? Institut Arbeit und Technik, Forschung aktuell 05/2014, Internet: <http://doku.iab.de/externe/2014/k140507r06.pdf>; letzter Zugriff 27.11.14.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004): Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.) 2006: Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Belina, Bernd/Michel, Boris (2007): Raumproduktion. Beiträge der ‚Radical Geography‘. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd/Bock, Stephan (2012): Armut und Reichtum in der Rhein-Main-Region. Zuspitzung räumlicher Ungleichheiten während der aktuellen Krise? Internet:

- [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/studie-armut\\_reichtum\\_rheinmain\\_2012-7.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/studie-armut_reichtum_rheinmain_2012-7.pdf); letzter Zugriff 21.11.14.
- Ben Jazia, Tarak (2011): Quel modèle économique pour la Tunisie de l'après révolution? In: Conjoncture. Etudes et informations économiques de Tunisie, No. 259 v. 01.04.11, p. 4-12.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Boeckh, Albrecht (1979): Zur Klassenanalyse des Agrarsektors: Mexiko. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen (Hg.): Subsistenzproduktion und Akkumulation. Saarbrücken/Fort Lauderdale: Breitenbach, S. 103-174.
- Bertelsmann Stiftung (2003): Bertelsmann Transformation Index – Ländergutachten Tunesien. Internet: [http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/naehr\\_osten\\_nordafrika/Tunesien.pdf](http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/naehr_osten_nordafrika/Tunesien.pdf); letzter Zugriff 8.09.14.
- Berzins, Janis (2014): Ignacio Rangel Visits Latvia: Crisis and the Political Economy of Duality. In: Debatte. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, Vol. 22, No. 1, pp. 81-102.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. München: oekom.
- Blaschke, Jochen (1982): Strukturen der Weltökonomie und soziale Bewegungen. Perspektiven eines sozialwissenschaftlichen Programms. In: Ders. (Hg.): Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallersteins: Das moderne Weltsystem. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 7-32.
- Blöcker, Antje (2009): Mobile Module. Internationalisierung und Restrukturierung in der Automobilindustrie. In: Elke Ahlers u.a. (Hg.): Beschäftigte in der Globalisierungsfalle? Baden-Baden: Nomos, S. 87-106.
- Boeke, Julius Hermann (1953): Economics and Economic Policies of Dual Societies. New York: Institute of Pacific Relations.
- Boettcher, Erik (1982): Die Ordnungsdebatte und das Phänomen des ungleichgewichtigen Wachstums. In: Ders. u.a. (Hg.): Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie. 1. Band. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 140-177.
- Bourdieu, Pierre (2000 [franz. 1977]): Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft. Konstanz: UVK.
- bpb - Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Einkommen (Artikeleintrag vom 30.10.2011). Internet: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70628/einkommen>; letzter Zugriff 3.11.14.
- Brand, Ulrich (2014): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik. In: Prokla. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, Nr. 175, 44. Jg., H. 2, S. 289-306.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika. In: PVS, Sonderheft 48/2014, S. 128-165.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013): Sozialökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zur Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Reader BUKO Gesnat Seminar. 5.-7. April 2013 in Meuchefitz, Wendland. S. 3-17. Internet:

- [http://www.buko.info/fileadmin/user\\_upload/doc/reader/BUKO-Gesnat-Seminar-04-2013-Reader-V1.pdf](http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/doc/reader/BUKO-Gesnat-Seminar-04-2013-Reader-V1.pdf); letzter Zugriff 20.11.2014.
- Brenner, Neil (1997): Globalisierung und Reterritorialisierung: Städte, Staaten und die Politik der räumlichen Redimensionierung im heutigen Europa. in: *Welttrends*, Nr. 17, S. 7-30.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: Oxford UP.
- Bruder, Emese/Obádovics, Csilla (2012): Poverty among the Hungarian Working Population. In: *International Journal of Humanities and Social Science*, Vol. 2, No. 18 (October), pp. 158-166. Internet: [http://www.ijhssnet.com/journals/Vol\\_2\\_No\\_18\\_October\\_2012/19.pdf](http://www.ijhssnet.com/journals/Vol_2_No_18_October_2012/19.pdf); letzter Zugriff 28.11.14.
- Bruff, Ian/Ebenau, Matthias (2014): Critical Political Economy and the Critique of Comparative Capitalisms Scholarship on Capitalist Diversity. In: *Capital & Class*, Vol. 38, No. 1 (Febr.), pp. 3-15.
- Buckley, Neils (2014): CEE countries: From industrial dinosaurs to world-class growth rates. In: *Financial Times* v. 01.10.14. Internet: <http://www.ft.com/cms/s/0/3b40935c-374a-11e4-b45c-00144feabdc0.html#axzz3MoPEQ9k8>; letzter Zugriff 02.09.14.
- Budapest Business Journal (2014): Eurostat: One in three Hungarians at risk of poverty (Artikeleintrag v. 5.11.14). Internet: [http://www.bbj.hu/economy/eurostat-one-in-three-hungarians-at-risk-of-poverty\\_87616](http://www.bbj.hu/economy/eurostat-one-in-three-hungarians-at-risk-of-poverty_87616); letzter Zugriff 15.12.14.
- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hg.) (2006): *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bude, Heinz (2012): Klassengesellschaft ohne Klassenspannung – Leben in der fragmentierten Gesellschaft. Ein Gespräch mit Heinz Bude. In: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte* Nr. 3/2012, S. 18-23. Internet: [http://www.frankfurter-hefte.de/upload//NGFH\\_3-2012\\_Gesprch\\_Bude\\_Web.pdf](http://www.frankfurter-hefte.de/upload//NGFH_3-2012_Gesprch_Bude_Web.pdf); letzter Zugriff 08.09.14.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014): Cluster Breslau. Internet: <http://www.kooperation-international.de/innovationsportal/clusterportal/cluster-breslau.html>; letzter Zugriff 13.12.14.
- Bundesministerium für Wirtschaft (2014): Tunesien. Wirtschaftliche Beziehungen. Internet: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/laenderinformationen,did=277828.html>; letzter Zugriff 07.12.14.
- Bürkl, Anni (2007): *Karriere bei den Nachbarn. Als Expatriat nach Ungarn, Tschechien und in die Slowakei*. Heidelberg: Redline.
- Butterwegge, Christoph (2012): *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*. 3., aktual. Aufl. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Candeias, Mario/Steckner, Anne (2014): Geiz ist gar nicht geil. Über Konsumweisen, Klassen und Kritik. Standpunkte 11/2014. Internet: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_11-2014.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_11-2014.pdf); letzter Zugriff 09.12.14.
- Cardoso, Fernando Henrique (1974): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. In: Dieter Senghaas (Hg.): *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 201-220.

- Castel, Robert (2008): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. 2. Aufl. Konstanz: UVK.
- Castles, Stephen/Kosack, Godula (2010 [1972]): The function of labour immigration in Western European capitalism. In: Marco Martiniello/Jan Rath (Hg.): Selected Studies in International Migration and Immigrant Incorporation. Amsterdam: Amsterdam University Press, pp. 21-44.
- Central Statistical Office (2012): Yearbook of Labour-Statistics 2012. Internet: <http://stat.gov.pl/en/topics/statistical-yearbooks/statistical-yearbooks/yearbook-of-labour-statistics-2012,10,2.html>; download 18.11.14.
- Central Statistical Office (2013): Quality of Life, Social Capital, Poverty and Social Exclusion in Poland. Internet: <http://stat.gov.pl/en/topics/living-conditions/living-conditions/quality-of-life-social-capital-poverty-and-social-exclusion-in-poland,4,1.html>; download 18.11.14.
- Chinchilla, Norma (1983): Interpreting social change in Guatemala. Modernization, dependency, and articulation of modes of production. In: Chilcote, Ronald H.; Dale L. Johnson (ed.): (1983): Theories of Development. Mode of Production or Dependency? Beverly Hills/London: Sage, pp. 139-178.
- Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (2013 [2003]): Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen Welt. In: Dies./Regina Römheld (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. 2., erw. Aufl. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 32-72.
- Córdova, Armando/Silva Michelena, Héctor (1979 [1969]): Die wirtschaftliche Struktur der unterentwickelten Länder. In: Dies. (Hg.): Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 63-119.
- Cornia, Giovanni Andrea (1994): Poverty, Food Consumption, and Nutrition During the Transition to the Market Economy in Eastern Europe. In: The American Economic Review, Vol. 84, No. 2 (May), pp. 297-302.
- DIE ZEIT v. 01. 08. 2014: Wirtschaftskrise. Griechenland lässt Rezession hinter sich. Internet: [www.zeit.de/wirtschaft/2014-08/wirtschaftswachstum-griechenland-tourismus](http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-08/wirtschaftswachstum-griechenland-tourismus); letzter Zugriff 07.12.14.
- Dohnke, Jan/Seidel-Schulz, Antje/Häußermann, Hartmut (2012): Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009. Berlin: DifU-Impulse; Institut für Urbanistik.
- Domański, Boleslaw (2001): Poland: Labour and the Relocation of Manufacturing from the EU. In: Grigor Gradev (ed.): CEE Countries in the EU Companies' Strategies of Industrial Restructuring and Relocation. Brüssel: European Trade Union Institute, pp. 21-50.
- Dörre, Klaus (2011): Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation. In: Thomas Haipeter; Klaus Dörre (Hg.): Gewerkschaftliche Modernisierung. Wiesbaden: S. 267-301.
- Dörre, Klaus (2013): Übriggebliebene und Verwundbare. Das Gesellschaftsbild des Prekariats in Fremdzuschreibungen und Selbstzeugnissen. In: Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek (Hg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg: VSA, S. 132-180.
- Dörre, Klaus (2014): Kapitalismus und Krise. Von der inneren Landnahme zur Spaltung Europas. Unveröff. Buchmanuskript, Version vom Oktober 2014.

- Dörre, Klaus/Scherschel, Karin/Booth, Melanie u.a. (2013): *Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Dörre, Klaus/Jürgens, Kerstin/Matuschek, Ingo (2014): *Ein Europa der Spaltungen und Polarisierungen? Arbeit im Sog des Marktfundamentalismus*. In: Dies. (Hg.): *Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe*. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 11-21.
- Dörre, Klaus/Haubner, Tine (2012): *Landnahme durch Bewährungsproben – ein Konzept*. In: Klaus Dörre/Dieter Sauer/Volker Wittke (Hg.): *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik*. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 63-108.
- Eckardt, Frank (2002): *Eine periphere Gesellschaft. Regionalentwicklung zwischen Erfurt und Weimar*. Marburg: Tectum.
- Elsenhans, Hartmut (1981): *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Elsenhans, Hartmut (1992): *Kapitalismus und Massenkonsum – Eine Kritik der Marxschen politischen Ökonomie*. In: *COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, 2. Jg., H. 2, S. 7-29.
- Emmenegger, Patrick/Häusermann, Silja/Palier, Bruno/Seeleib-Kaiser, Martin (eds.) (2012): *The Age of Dualization. The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies*. Oxford: Oxford UP.
- Eurofound (2014): *European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: Social Situation of Young People in Europe. 3<sup>rd</sup> EQLS policy brief*. Internet: [eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef\\_files/pubdocs/2014/04/en/2/EF1404EN.pdf](http://eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_files/pubdocs/2014/04/en/2/EF1404EN.pdf); letzter Zugriff 20.11.14.
- European Commission (2014): *EU-Measures to tackle youth unemployment*. MEMO Brussels, 8 July 2014. Internet: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-466\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-466_en.htm); letzter Zugriff 20.11.14.
- Faust, Michael/Voskamp, Ulrich/Wittke, Volker (2004): *Globalization and the Future of National Systems: Exploring Patterns of Industrial Reorganization and Relocation in Enlarged Europe*. In: Dies. (eds.): *European Industrial Restructuring in a Global Economy. Fragmentation and Relocation of Value Chains*. Göttingen: SOFI-Berichte, pp. 19-84.
- Fields, Gary S. (2004): *Dualism in the Labor Market: A Perspective on the Lewis Model After Half a Century*. In: *The Manchester School*, Vol. 72, No. 6, pp. 724-735. Internet: [http://works.bepress.com/gary\\_fields/44/](http://works.bepress.com/gary_fields/44/); letzter Zugriff 17.09.14.
- Fischer, Karin (2013): *Peripherisierung, Industrialisierung und Abhängigkeit: die Frage nach den Hemmnissen gelungener Entwicklung*. In: *Jurnal für Entwicklungspolitik* Vol. XXIX, 3-2013, S. 9-33.
- Frank, André Gunder (1969): *The Development of Underdevelopment*. In: Ders.: *Latin-America: Underdevelopment or Revolution? Essays on the Development of Unterdevelopment and the Immediate Enemy*. New York/London: Monthly Review Press, pp. 3-17.
- Frank, André Gunder (1983): *Die gegenwärtige Krise und die Perspektiven des Weltsystems*. In: Jochen Blaschke (Hg.): *Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallerstein, „Das moderne Weltsystem“*. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 230-255.

- Frank, André Gunder (1983b): Crisis and Transformation of Dependency in the World-System. In: Chilcote, Ronald H.; Dale L. Johnson (eds.): (1983): Theories of Development. Mode of Production or Dependency? Beverly Hills/London: Sage, pp. 181-200.
- Frank, André Gunder (2005): Orientierung im Weltsystem. Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Wien: Promedia.
- Friedmann, John/Wolff, Goetz (1982): World City Formation. An Agenda for Research and Action. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 6, No. 3, pp. 309-344.
- Fröbel, Volker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto (1977): Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek: Rowohlt.
- Fröbel, Volker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto (1981): Ungleiche und ungleichmäßige Entwicklung in der kapitalistischen Weltwirtschaft heute. In: Dies. (Hg): Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie. Reinbek: Rowohlt, S. 8-18.
- Furtado, Celso (1972): Externe Abhängigkeit und ökonomische Theorie. In: Dieter Senghaas (Hg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 316-334.
- Furtado, Celso (1984): Akkumulation und Entwicklung. Zur Logik des industriellen Zivilisationsprozesses. Frankfurt a.M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- Galtung, Johan (1971): A Structural Theory of Imperialism. In: Journal of Peace Research, Vol. 8, No 2 (1971), pp.81-117
- giz (2014): Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit: Tunesien. Wirtschaft und Entwicklung. (Autorin: Sarah Mersch) Internet: <http://liportal.giz.de/tunesien/wirtschaft-entwicklung/>; letzter Zugriff 10.12.14.
- giz (2014b:) Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: Unterstützung der Regionalisierung [in Tunesien]. Projekturzbeschreibung. Internet: <http://www.giz.de/de/weltweit/19520.html>; letzter Zugriff 29.11.14.
- Glassmann, Ulrich (2012): Changing Varieties of Capitalism. Social consequences of spatial and institutional fragmentation in Germany and Italy. In: Luigi Burroni/Maarten Keune/Guglielmo Meardi (eds.): Economy and Society in Europe. A Relationship in Crisis. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, pp. 159-184.
- Golinowska, Stanislaw (1998): Armut in Polen. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 44, Nr. 6, S. 418-437.
- Görg, Christoph. (1999). Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Haipeter, Thomas (2000): Mitbestimmung bei Volkswagen. Neue Chancen für die betriebliche Interessenvertretung? Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Handelskammer Schweiz (2014): Wirtschaftsbericht Serbien 2013-2014. Internet: <http://sec-chamber.ch/files/340/rapport-economique-serbia2014.pdf>, Zugriff 10.01.15
- Hardy, Jane (1998): Cathedrals in the Desert? Transnationals, Corporate Strategy and Locality in Wroclaw. In: Regional Studies, Vol. 32, No. 7, pp. 639-652.

- Harvey, David (2001) [1975]: *The Geography of Capitalist Accumulation: a Reconstruction of the Marxian Theory*. In: Ders.: *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*. New York: Routledge, pp. 237-266.
- Harvey, David (2004): *Die Geographie des ‚neuen‘ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung*. In: Christian Zeller (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 183-215.
- Harvey, David (2005): *Akkumulation durch Enteignung*. In: Ders.: *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA, S. 136-178.
- Hassel, Anke (2011): *The paradox of liberalization – Understanding dualism and the recovery of the German political economy*. London: The London School of Economics and Political Science. LSE ‘Europe in Question’ Discussion Paper Series No. 42.
- Haubner, Tine/Lessenich, Stephan (2014): “Degrowth and social inequality: Eating the Rich or Governing the Poor?” Abstract zum gleichnamigen Panel auf der 4. Internat. Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit, Leipzig, 2.-6. September 2014, Leipzig.
- Haubner, Tine/Reitz, Tilmann (2014): *The threat of (not) being exploited: How inequality promotes growth dispositions*. Beitrag auf der 4. Internat. Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit, Leipzig, 2.-6. September 2014, Leipzig, Panel “Degrowth and social inequality: Eating the Rich or Governing the Poor?”.
- Hauck, Gerhard (2004): *Die Geschichte der Entwicklungstheorie*. In: Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Daniel Kumitz/Andreas Nowak (Hg.): *Peripherie und globalisierter Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, S. 12-50.
- Hauck, Gerhard (2012): *Globale Vergesellschaftung und koloniale Differenz*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.) (2004): *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heeg, Susanne (2014): *The erosion of corporatism? The rescaling of industrial relations in Germany*. In: *European Urban and Regional Studies*, Vol. 31, No. 2, pp. 146-160.
- Heinrich, Michael (2011 [1997]): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*. 5. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- HIPA (2014): *Hungarian Investment Promotion Agency/Hungarian Investment and Trade Agency: Investing Guide Hungary 2014*. Internet: <http://hipa.hu/en/Content.aspx?ContentID=d6b7edb4-17aa-42a4-8d70-470fa0f74895>; letzter Zugriff 22.11.14.
- Hitz, Hansruedi u.a. (1995): *Capitales fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Holst, Hajo (2014): *‘Commodifying institutions’ – Vertical Disintegration and Institutional Change in German Labour Relations*. In: *Work, Employment and Society*, Vol. 28, No. 1, pp. 3-20.

- Holst, Hajo/Matuschek, Ingo (2013): Sicheres Geleit in Krisenzeiten? Leiharbeit, Krise und Interessenvertretungen im Industriebetrieb West. In: Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek (Hg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Betrieben. Hamburg: VSA, S. 85-108.
- Hungary Invest (2014): Aims of Hungarian economic policy. Internet: <http://www.kormany.hu/en/hungary/invest-in-hungary/aims-of-the-hungarian-economic-policy>; letzter Zugriff 14.06.14.
- Hürtgen, Stefanie (2003): „Gestaltung des Anpassungsdrucks“, „Rückkehr zu bewährter Gewerkschaftspolitik“ oder „Kampf um soziale Transformation“? Gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, H. 130, 33. Jg., Nr. 1, S. 7-29.
- Hürtgen, Stefanie (2003a): Der ganz normale Weltmarkt. Kontraktfertigung als „Unterseite“ der New Economy und Formen gewerkschaftlicher Interessenartikulation in Osteuropa. In: Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung, Heft 14, Frankfurt a.M., S. 45-72.
- Hürtgen, Stefanie (2005): Keine Netze ohne Boden: Kontraktfertigung und gewerkschaftliche Interessenvertretung in der osteuropäischen Elektronikindustrie. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/2005, S. 108-126.
- Hürtgen, Stefanie (2007): Globalisierungskritik statt Modellanalyse. Das Beispiel der Elektronik-Kontraktfertigung in Mittel- und Osteuropa. In: Giovanni Arrighi u.a. (Hg.): Kapitalismus Reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie. Hamburg: VSA, S. 104-125.
- Hürtgen, Stefanie (2008): Transnationales Co-Management. Betriebliche Politik in der globalen Konkurrenz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hürtgen, Stefanie (2011): Europäische Interessenvertretung – eine Frage der nationalen Kultur? In: Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management, 18. Jg., H. 4, S. 315-335.
- Hürtgen, Stefanie (2014): Labour as a transnational actor, and labour's national and cultural diversity as an important frame of today's transnationality. In: Capital&Class, Vol. 38, No. 1, S. 211-238.
- Hürtgen, Stefanie (2014b): Some reflections on Transnational Corporations and Labour in Europe. Beitrag auf der Konferenz „Core and periphery in the European Union – a new phenomenon? Challenges for modern left policies in the EU and in Europe“, Belgrad 24.-26.10.14. Internet: <http://peripherization.blog.rosalux.de/files/2014/07/Stefanie-Huertgen-Reflections-on-labour-and-Transnational-Corporations-in-Eastern-Europe-and-Europe-in-General.pdf>; letzter Zugriff 8.09.14.
- Hürtgen, Stefanie (2015): Transnationalisierung und Fragmentierung: Euro-Betriebsratshandeln als multiscale Praxis. In: Susanne Pernicka (Hg.): Horizontale Europäisierung im Feld der Arbeitsbeziehungen. Wiesbaden: VS/Springer, S. 17-53.
- Hürtgen, Stefanie/Lüthje, Boy/Schumm, Wilhelm/Sproll, Martina (2009): Von Silicon Valley nach Shenzhen. Globale Produktion und Arbeitsteilung in der IT-Industrie, Hamburg: VSA.
- Hürtgen, Stefanie/Voswinkel, Stephan (2014): Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte. Berlin: Sigma.

- Jany-Catrice, Florence/Lallement, Michel (2014): Frankreich unter dem Druck der Krise. Die Verschärfung der sozialen Ungleichheit. In: Steffen Lehndorff (Hg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg: VSA, S. 160-174.
- Johnson, Carlos 1983: Ideologies in Theories of Imperialism and Dependency. In: Ronald Chilcote/Dale Johnson (eds.): Theories of Development. Mode of Production or Dependency? Beverly Hills/London: Sage, pp. 75-104.
- Juchler, Jakob (2000): Zehn Jahre Transformationsprozess in Polen. In: Osteuropa, 50. Jg., H. 2, S. 189-200.
- Jürgens, Ullrich/Krzywzinski, Martin (2010): Die neue Ost-West-Arbeitsteilung. Arbeitsmodelle und industrielle Beziehungen in der europäischen Automobilindustrie. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Kálnoky, Boris (2014): Abwanderung ist für den Osten eine Katastrophe. In: Die Welt v. 31.01.14. Internet: <http://www.welt.de/politik/ausland/article124377169/Abwanderung-ist-fuer-den-Osten-eine-Katastrophe.html>; letzter Zugriff 28.10.14.
- Kardymowicz, Anna (2012): Perspektiven für 2012/Arbeitsmarkt Polens. AHK News – Artikeleintrag v. 20.04.12. Internet: <http://www.ahk.de/ahk-news/detail-view/artikel/perspektiven-fuer-2012-arbeitsmarkt-polens/?land=27387&cHash=0bafa015bef1301bb35d1e8de8eda929>; letzter Zugriff 25.12.14.
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München: Beck.
- Kerényi, Gábor (2014): Ungarn wollen Armut blockieren. In: Neues Deutschland v. 17.12.14. Internet: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/955753.ungarn-wollen-armut-blockieren.html>; letzter Zugriff 04.01.15.
- Kinkel, Steffen/Lay, Gunter/Maloca, Spomenka (2004): Produktionsverlagerungen ins Ausland und Rückverlagerungen. Ergebnisse aus der Erhebung „Innovationen in der Produktion“ des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung. Bericht zum Forschungsauftrag Nr. 8/04 an das Bundesministerium der Finanzen. Karlsruhe: Fraunhofer ISI. Internet: [http://www.isi.fraunhofer.de/isi-wAssets/docs/i/de/publikationen/Bericht\\_final\\_Nov.pdf](http://www.isi.fraunhofer.de/isi-wAssets/docs/i/de/publikationen/Bericht_final_Nov.pdf); letzter Zugriff 23.09.14.
- Kinkel, Steffen/Maloca, Spomenka (2008): Produktionsverlagerungen rückläufig. Ausmaß und Motive von Produktionsverlagerungen und Rückverlagerungen im deutschen Verarbeitenden Gewerbe. Mitteilungen aus der ISI-Erhebung zur „Modernisierung der Produktion“ Nr. 45 (Januar 2008). Karlsruhe: Fraunhofer ISI. Internet: <http://www.isi.fraunhofer.de/isi-wAssets/docs/i/de/pi-mitteilungen/pi45.pdf>; letzter Zugriff 23.09.14.
- Klas, Gerhard/Mader, Philip (Hg.) (2014): Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Körner, Kevin/Mühlberger, Marion (2014): CEE: Fit for the next decade in the EU. In: Deutsche Bank Research: EU Monitor. European integration, 24. April 2014. Internet: [https://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD/PROD000000000333790/Mittel-+und+Osteuropa%3A+Fit+f%C3%BCr+die+n%C3%A4chste+Dekade+.pdf](https://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000333790/Mittel-+und+Osteuropa%3A+Fit+f%C3%BCr+die+n%C3%A4chste+Dekade+.pdf); letzter Zugriff 26.11.14.
- Kohlmorgen, Lars (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Koniecz, Tomasz (2012): Arbeitsalltag nach ultrarechtem Gusto. Ungarische Regierung hebt Privatsphäre auf und organisiert ein brutales System der Zwangsarbeit. Neues Deutschland v. 01.08.2011. Internet: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/203362.arbeitsalltag-nach-ultrarechtem-gusto.html>; letzter Zugriff 04.01.15.
- Kosta, Jiri/Meyer, Jan/Weber, Sibylle (1973): Warenproduktion im Sozialismus. Überlegungen zur Theorie von Marx und zur Praxis in Osteuropa. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Krätke, Michael R. (2014): Die britische Blase und Labour ohne Biss. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 59. Jg., H. 6, S. 17-20.
- Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Kumitz, Daniel (2004): Nationalismus, Nationalstaat und Nation-Building. Zur Kritik des nationalgesellschaftlichen Bias der Entwicklungstheorie. In: Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Daniel Kumitz/Andreas Nowak (Hg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, S. 112-132.
- Kutz, Martin (2001): Die Ökonomie Mittelosteuropas in der Transformation. Zur Wiederherstellung traditioneller Wirtschaftsregionen und Wirtschaftsbeziehungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 15/2001, S. 22-31. Internet: ; letzter Zugriff: 8.12.14.
- Laclau, Ernesto (1981 [1971]) : Feudalismus und Kapitalismus in Lateinamerika. In: Ders.: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus; mit einem Anhang „Populistischer Bruch und Diskurs“ (1979). Berlin: Argument.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg (2005): EU Osterweiterung [Vorspann für einen Link zu einer Dossiersammlung der Zeitschrift Stern]. Internet: [http://www.lpb-bw.de/eu\\_osterweiterung.html](http://www.lpb-bw.de/eu_osterweiterung.html); letzter Zugriff 13.11.14.
- Latouche, Serge (2009 [franz. 2007]): Farewell to Growth. Cambridge/Malden: Polity Press.
- Lehndorff, Steffen (2014): Der eingebilte Gesunde. Die neue Karriere des 'Modells Deutschland'. In: Ders. (Hg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg: VSA, S. 131-159.
- Lehndorff, Steffen (2014b): Die spaltende Integration Europas. In: Ders. (Hg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg: VSA, S.7-39.
- Lemke, Jakob (2005): Litauen. Der „baltische Tiger“. In: Stern v. 26. April 2005. Internet: <http://www.stern.de/wirtschaft/news/litauen-der-baltische-tiger-539463.html>; letzter Zugriff 22.12.14.
- Lessenich, Stephan (2014): Ab in die Produktion oder Der diskrete Charme der Ökonomie. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 7/2014, S. 566-567.
- Lessenich, Stephan/Dörre, Klaus (2014): Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus? In: WSI-Mitteilungen, Nr. 7/2014, S. 504.
- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.) (2006): Deutschland - eine gespaltene Gesellschaft. Frankfurt a.M./New York: Campus.

- Lewis, Walter Arthur (1954): *Economic Development with Unlimited Supplies of Labor*, Manchester School of Economic and Social Science, Vol. 22, No. 2, pp. 139-191.
- Linz, Manfred (2006): Was wird dann aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Wuppertal Papers Nr. 157 (Januar 2006). Wuppertal Institut für Klima, Umwelt Energie. Internet: <http://www.econstor.eu/bitstream/10419/29704/1/50756054X.pdf>; letzter Zugriff 20.12.14.
- Lipietz, Alain (1982): Marx or Rostow? In: *New Left Review*, No. 132 (March-April 1982), pp. 48-58.
- Lüdemann, Elke/Richter, Barbara (2014): Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa – Krisenfolgen oder Fehler im System? KfW Economic Research. Fokus Volkswirtschaft, Nr. 43 v. 31.01.13. Internet: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-Nr.-43-Januar-2014.pdf>; letzter Zugriff 20.11.14.
- Lutz, Helma (ed.) (2008): *Migration and Domestic Work. A European Perspective on a Global Theme*. Aldershot: Ashgate.
- Mahnkopf, Birgit (2012): Wachstumskritik als Kapitalismuskritik. In: Klaus Dörre/Dieter Sauer/Volker Wittke (Hg.): *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik*. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 389-409.
- Mahnkopf, Birgit (1985): *Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Marini, Ruy Mauro (1974): Die Dialektik der Abhängigkeit. In: Dieter Senghaas (Hg.): *Peripherer Kapitalismus, Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 98-136.
- Martinone, Sandra (2014): *Economic Reforms in Latvia after Independence: revisiting ‚success story‘*. Vortrag auf der Tagung „Crisis and Resistance in Central and Eastern Europe“, Universität Warschau, 22.-23. November 2014; demnächst veröffentlicht in: *Debatte. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*.
- Mayer, Margit (1997): Berlin – Los Angeles. Berlin auf dem Weg zur ‚Global City‘? In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, H. 109, 27. Jg., Nr. 4, S. 519-544.
- Meardi, Guglielmo (2000): *Trade Union Activists, East and West. Comparisons in multinational companies*. Burlington.
- Meardi, Guglielmo (2012): *Social Failures of EU Enlargement. A Case of Workers Voting with their Feet*. New York/London: Routledge.
- Mellor, Mary (2014): *The Humanity-Nature-Nexus. A Materialist Eco-Feminist Critique*. Vortrag auf der internationalen Konferenz „Critical Sociology – Current Issues and Future Challenges“ des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität in Frankfurt a.M. am 24. Juni 2014.
- Mendius, Hans Gerhard/Sengenberger, Werner (1976): *Konjunkturschwankungen und betriebliche Politik. Zur Entstehung und Verfestigung von Arbeitsmarktsegmentation*. In: Dies. u.a.: *Betrieb – Arbeitskraft – Qualifikation I. Beiträge zu Rezession und Personalpolitik, Bildungsexpansion und Arbeitsteilung, Humanisierung und Aualifizierung, Reproduktion und Qualifikation*. Frankfurt a.M.: aspekte, S. 15-82.

- Internet: [http://www.isf-muenchen.de/pdf/isf-archiv/1976-mendijs-sengenberger-lutz-altmann-boehle-  
asendorf-krings-drexel-nuber-betrieb.pdf](http://www.isf-muenchen.de/pdf/isf-archiv/1976-mendijs-sengenberger-lutz-altmann-boehle-asendorf-krings-drexel-nuber-betrieb.pdf); letzter Zugriff 08.07.2014.
- Menzel, Ulrich (1995): Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie. Hamburg: Deutsches Überseeinstitut. 5. überarb. und erw. Aufl.
- Miegel, Meinhard (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin.
- Mies, Maria/Benholdt-Thomsen, Veronika/von Werlhof, Claudia (1988): Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung von Arbeit. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Mütterstreik (2010). Dokumentarfilm über den Hungerstreik alleinerziehender Mütter in Walzbrzych, Polen, im Mai 2008. Polnisch mit dt. Untertiteln, 22 Min. Internet: <http://de.labournet.tv/video/6166/muetterstreik?caption=ger>; letzter Zugriff: 18.12.14.
- Müller, Franziska (2008): Zwischen Markt, Multifunktionalität und Marginalisierung. Die Zukunft der Semi-Subsistenz in Osteuropa. In: Peter H. Feindt/M. Gottschick u. a.: Nachhaltige Agrarpolitik als reflexive Politik. Berlin: Sigma, S. 213–229.
- Muraca, Barbara (2013): Décroissance: A Project for a Radical Transformation of Society. In: Environmental Values, Vol. 22, No. 2, pp. 147-169.
- Najjar, Fausi (2012): Tunesiens IT-Sektor zwischen Zukunftschancen und Realität. Hohes Potenzial für Outsourcing/Cloud-Computing könnte Durchbruch bringen. Internet: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte.did=577344.html>; letzter Zugriff 7.12.14.
- Neelsen, John P. (2014): Die Zeit wird knapp. Der ausgeplünderte Planet und die Gefahr der Globalen Barbarei. In: Rosalux. Journal der Rosa Luxemburg Stiftung H. 2/2014, S. 14-15.
- Neuhaus, Marco (2005): Direktinvestitionen: Der Wachstumsmotor in Mittel- und Osteuropa. In: Deutsche Bank Research: EU-Monitor. Beiträge zur europäischen Integration, Nr. 24. Juni 2005, S. 14-20. Internet: [https://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-  
PROD/PROD0000000000188730/EU-Monitor+Nr.+26%3A+EU+in+der+Krise,+Freihandel,+Di.pdf](https://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000188730/EU-Monitor+Nr.+26%3A+EU+in+der+Krise,+Freihandel,+Di.pdf); letzter Zugriff 26.11.14.
- Nitsch, Manfred (2002): Strukturelle Heterogenität in Lateinamerika und Osteuropa. Vom Nutzen des Produktionsweisenansatzes für die Analyse von Akkumulation, (Unter-)Entwicklung und Transformation sowie für den Aufbau von Mikrofinanz-Institutionen. In: Dittmar Schorkowitz (Hg.): Transition – Erosion – Reaktion. Zehn Jahre Transformation in Osteuropa, Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang, S. 91-129.
- Nolan, Brian (2008): Low Pay and Household Poverty during Ireland's Economic Boom. In: Hans-Jürgen Andreß/Lohmann, Henning (Hg.): The Working Poor in Europe. Employment, Poverty and Globalization, Cheltenham u.a.: Edward Elgar, S. 250-271.
- Nolte, Hans Heinrich (1992): Innere Peripherie im modernen Weltsystem und die Zukunft Ostdeutschlands. In: Das Argument, Nr. 196, S. 887-896.
- Nordhausen, Frank Thomas Schmid (2011): Die Rebellion des jugendlichen Mittelstandes. In: Dies. (Hg.): Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. Berlin: Chr. Links Verlag, S. 10-14.

- Nuhr, Achim (2008): So viel Armut gab's noch nie. Sendung des Deutschlandfunks, ausgestrahlt am 16.12.2008. Internet: <http://www.deutschlandfunk.de/so-viel-armut-gab-s-noch-nie-die-verlierer-des-polnischen.media.7a77f0a50ad166d105efa7f342a20f7c.pdf>; letzter Zugriff 23.12.14.
- Otto-Walter, Renate (1981 [1979]): Unterentwicklung und Subsistenzproduktion – Forschungsansatz der Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen (Hg.): Subsistenzproduktion und Akkumulation, 2. Aufl. Saarbrücken/Fort Lauderdale: Breitenbach, S. 7-12.
- Paech, Niko (2010): Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie. In: Harald Welzer/Klaus Wiegandt (Hg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus? Frankfurt a.M.: Fischer, S. 131-151.
- Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.
- Palier, Bruno/Thelen, Kathleen (2010): Institutionalizing Dualism: Complementaries and Change in France and Germany. In: Politics & Society, Vol. 38, No. 1 (March), pp. 119-148.
- Paugam, Serge (2009): Die Herausforderung der organischen Solidarität durch die Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung. In: Robert Castel/Klaus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 175-196.
- Pfaller, Robert (2014): Das ist eine groteske Verzerrung linker Anliegen. Wenn das Glück der anderen nur noch eine Bedrohung ist. Interview mit dem Kulturtheoretiker Robert Pfaller. In: Woz, die Wochenzeitung v. 18.12.14 (Nr. 51/2014). Internet: <https://www.woz.ch/1451/robert-pfaller/das-ist-eine-groteske-verzerrung-linker-anliegen>; letzter Zugriff 29.12.14.
- Pfannkuch, Katharina (2013): Tunesien: Wo die Revolution im Staub liegt. Spiegel online v. 06.01.13. Internet: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/redeyef-in-tunesien-frust-in-der-wiege-der-revolution-a-875788.html>; letzter Zugriff 26.10.14.
- Polnisches Fremdenverkehrsamt (2012): Erneuerungen im Zentrum von Wałbrzych. In: Presseinformation 11/2012, S. 7. Internet: <https://polen.travel/de/presse/presseinformationen-archiv/>; letzter Zugriff 20.12.14.
- Preisendörfer, Peter (2014): Umweltschonender Lebenswandel – ein Trugschluss? Interview mit dem Umweltsoziologen Peter Preisendörfer. Radiosendung auf HR Info, ausgestrahlt am 21.12.14. Internet: <http://www.hr-online.de/website/radio/hr-info/index.jsp?rubrik=33902>; letzter Zugriff 08.01.15.
- Pries, Ludger (2008): Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Prigge, Walter (Hg.) (1998): Peripherie ist überall. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Prokla (2012): Deutschland – Krisengewinner? Prokla 166, 42. Jg., Nr. 1, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Puhl, Jan (2009): Der Kater nach der Party. In: Der Spiegel, Nr. 13/2009, S. 94-98. Internet: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/64760885>; letzter Zugriff 29.11.14.
- Pysz, Piotr (2011): Polen. Wirtschaftssystem und ordnungspolitische Prozesse seit 1990. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 311, hgg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Internet:

- <http://www.bpb.de/izpb/23328/wirtschaftssystem-und-ordnungspolitische-prozesse-seit-1990?p=all>;  
letzter Zugriff 06.11.14.
- Quaas, Georg (1993): Massenkonsum oder Unterentwicklung in der "Dritten Welt"? Randbemerkungen zu den polit-ökonomischen Thesen von Hartmut Elsenhans. In: COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, 3. Jg., H. 3, S. 106-121.
- Quijano, Anibal (1983): Imperialism, Social Class and the State in Peru. In: Ronald Chilcote/Dale Johnson (eds.): Theories of Development. New York/London: Sage, pp. 107-138.
- Ranis, Gustav (2004): Arthur Lewis' Contribution to Development Thinking and Policy. Economic Growth Center, Yale University, Discussion Paper No. 891. Internet: [http://www.econ.yale.edu/growth\\_pdf/cdp891.pdf](http://www.econ.yale.edu/growth_pdf/cdp891.pdf); letzter Zugriff 17. 09.14.
- Revelli, Marco (1999): Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Robertson, Roland (1992): Globalization. Social Theory and Global Culture. Beverly Hills/London: Sage.
- Ropke, Inge (2010): Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors. In: Irmi Seidl/Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis, S. 103-115.
- Rostow, Walt Whitman (1960): The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto. New York: Cambridge University Press.
- Roth, Roland (2012): Occupy und Acampada. Vorboten einer neuen Protestgeneration? In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 25-26/2012, S. 36-42. Internet: <http://www.bpb.de/apuz/138286/vorboten-einer-neuen-protestgeneration?p=all>; letzter Zugriff 18.12.14.
- Röttger, Bernd (2001): New Economy – Old Theory. Die Regulationstheorie am Ende der Fahnenstange. In: iz3w, Nr. 254, S. 38-41.
- Samary, Chatherine (2009): Die Bankenkrise in Mittel- und Osteuropa. Kehrseite der Osterweiterung und die Rückwirkung auf westeuropäische Banken. in: Soz. Sozialistische Zeitung Mai 2009, S. 12. Internet: <http://www.vsp-vernetzt.de/soz-0905/090512.php>; letzter Zugriff 15.12.14.
- Sassen, Saskia (2001): Global City: Einführung in ein Konzept und seine Geschichte. In: Peripherie, H. 81-82/01, S. 10-31.
- Schmelzer, Matthias (2014): Wirtschaftswachstum als Hegemonie. Historische Zugriffe auf ökonomisches Wissen am Beispiel des Wachstumsparadigmas. Vortrag und Konferenz-Papier auf der Tagung „Zur Soziologie ökonomischen Wissens“ am 17./18. Juli 2014 in Jena, organisiert vom Kolleg „Postwachstumsgesellschaften“ der Friedrich Schiller Universität Jena.
- Schmid, Bernard (2013): Hier spricht das Call-Center in Tunis. In: WoZ. Die Wochenzeitung Nr. 16 v. 18.04.2013. Internet: <https://www.woz.ch/1316/interkontinentales-outsourcing/hier-spricht-das-callcenter-in-tunis>; letzter Zugriff 27.11.14.
- Scholz, Fred (2002): Die Theorie der „fragmentierenden Entwicklung“. In: Geographische Rundschau, 54. Jg., H. 10, S. 6-11.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2010) (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis.

- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2010b): Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums. In: Diess. (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis, S. 23-26.
- Sen, Amartya K. (1966): Peasants and Dualism with or without Surplus Labour. In: The Journal of Political Economy, Vol. 74, No. 5 (October), pp. 425-450. Internet: [http://darp.lse.ac.uk/PapersDB/Sen\\_%28JPolE\\_66%29.pdf](http://darp.lse.ac.uk/PapersDB/Sen_%28JPolE_66%29.pdf); letzter Zugriff 3.11.14.
- Sengenberger, Werner (Hg.) (1978): Der gespaltene Arbeitsmarkt. Probleme der Arbeitsmarktsegmentation. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Smith, Neil (1982): Gentrification and Uneven Development. In: Economic Geography, Vol. 58, No 2 (April), pp. 139-155. Internet: <http://rohcamaintenant.free.fr/USB%20KEY%20Fahriye/GENTRIFICATION/NEIL%20SMITH-GENTRIFICATION%20AND%20UNEVEN%20DEVELOPMENT.pdf>; letzter Zugriff 16.11.14.
- Smith, Neil (2004): Scale Banding and the Fate of the National. In: Eric Sheppard/Robert B. McMaster (eds.): Scale Geography Inquiry. Nature, Society and Method. Oxford u.a.: Blackwell, pp. 192-212. Internet: <http://instruct.uwo.ca/geog/9322/Smith2004.pdf>; letzter Zugriff 12.11.14.
- Soederberg, Susanne (2013): The US Debtfare State and the Credit Card Industry: Forging Spaces of Dispossession. Antipode. Radical Journal of Geography, Vol. 45, No. 2, pp. 493-512. Draft aus 2012 im Internet: <http://www.cips.uottawa.ca/wp-content/uploads/2012/01/Debtfare-Soederberg-Antipode-Jan-2012.pdf>; letzter Zugriff 22.09.14.
- Soederberg, Susanne (2014): Debtfare States and the Poverty Industry. Money, Discipline and the Surplus Population. London u.a.: Routledge.
- Stark, David (1994): Nicht nach Design. Rekombiniertes Eigentum im osteuropäischen Kapitalismus. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, H. 94, 24. Jg., Nr. 1, S. 127-143.
- Stauth, Georg (1981 [1979]): Zur Auflösung und Peripherisierung integrierter Kleinbauernwirtschaft. Das Beispiel der Fellachen im Nildelta. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen (Hg): Subsistenzproduktion und Akkumulation. 2. Aufl. Saarbrücken/Fort Lauderdale: Breitenbach, S. 63-100.
- Strittmatter, Kai (2012): Blühende Phantasie. Weil die Griechen von ihren Politikern gar nichts mehr erwarten, entwickeln sie gerade die tollsten Ideen, um sich selbst zu helfen. In: Süddeutsche Zeitung v. 2.05.2012, S. 3.
- Sunkel, Osvaldo (1972): Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration. Der Fall Lateinamerika. in: Dieter Senghaas (Hg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 258-317.
- Tignor, Robert L. (2006): Arthur W. Lewis and the birth of Development economics. Princeton: Princeton University Press.
- Touraine, Alain (1972 [franz. 1969]): Die postindustrielle Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Touraine, Alain (1976): Les sociétés dépendantes. Essais sur l'Amérique latine. Paris: Éditions Duculot.
- Veltmeyer, Henry (1983): Surplus labor and Class formation on the Latin American Periphery. In: Ronald Chilcote/Dale L. Johnson (eds.): Theories of Development. Mode of Production or Dependency? Beverly Hills/London: Sage, pp. 201-230.

- Vogel, Joel (2006): Arme Stollen, tote Löcher. Durch den illegalen Abbau von Steinkohle versuchen schlesische Bergleute zu überleben. In: der Freitag v. 30.06.06. Internet: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/arme-stollen-tote-locher>; letzter Zugriff 13.12.14.
- von Werlhof, Claudia/Neuhoff, Hanns Peter (1981): Weltmarkt, Erdöl und Agrarproduktion in Venezuela. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen (Hg.): Subsistenzproduktion und Akkumulation. Saarbrücken/Fort Lauderdale: Breitenbach, S. 175-254.
- Voß, G. Günter (2010): Was ist Arbeit? Zum Problem eines allgemeinen Arbeitsbegriffs. in: Fritz Böhle/G. Günter Voß/Günther Wachtler (Hg.): Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: VS/GWV Fachverlage, S. 23-80.
- Wallerstein, Immanuel (1983): Klassenanalyse und Weltsystemanalyse. In: Rainer Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen: Schwartz, S. 301-320.
- Warren, Bill (1980): Imperialism as Pioneer of Capitalism. London/New York: Verso.
- Welzer, Harald (2014): Mal wieder die Produktionsverhältnisse ändern. In: WSI-Mitteilungen Nr. 7/2014, S. 564-565.
- Willisch, Andreas (Hg.) (2012): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen. Berlin: Ch. Links.
- Willisch, Andreas/Eckart, Anna (2012): Fahrrad, Rucksack, Nebenjob. Selbsthilfe im prekären Alltag. In: Andreas Willisch (Hg.): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen. Berlin: Ch. Links, S. 151 – 172.
- Wilson, William Julius (1987): The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass and the Public Policy. Chicago: University of Chicago Press.
- Wimmer, Andreas/Nina Glick Schiller (2002): Methodological Nationalism and the Study of Migration. In: European Journal of Sociology, Vol. 43, No. 2 (August), pp. 217-240.
- Wissen, Markus/Naumann, Matthias (2008): Uneven Development. Zum Konzept der ungleichen Entwicklung in der radical geography. In: Wolfgang Krumbein u.a. (Hg.): Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 87-109.
- Witkowska, Janina (1997): Foreign Capital as a Factor of Structural Change in the Polish Economy. In: Osteuropa-Wirtschaft, 42. Jg., H. 4, S. 419-436.
- Zapf, Wolfgang (1997): Entwicklung als Modernisierung. In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklung: Die Perspektive der Entwicklungssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 31-45.
- Zdziechowska, Małgorzata (2011): Von wegen Masseneinwanderung. Die Löhne in Polen steigen so schnell – da bleiben viele Fachleute lieber gleich daheim. In: Die ZEIT Nr. 34 v. 21.08.11. Internet: <http://www.zeit.de/2011/34/Polen-Arbeitsmarkt>; letzter Zugriff 15.12.14.
- Zündorf, Lutz (2010): Zur Aktualität von Immanuel Wallerstein. Einleitung in sein Werk. Wiesbaden: VS/Springer.